

**November 1939**

16.-30.



# Deutschland im Kampf

herausgegeben von

**Ministerialdirigent A. J. Berndt**

Reichspropagandaministerium

**Oberstleutnant von Wedel**

Oberkommando der Wehrmacht

**Zweite November-Lieferung**

(Nr. 6 der Gesamtlieferung)

---

**Verlagsanstalt Otto Stollberg, Berlin W9**

## Zeittafel

16. 11. 39 Deutsch-sowjetrussisches Abkommen über die Umsiedlung aus der Westukraine (S. 32).
17. 11. 39 Anordnung über die Wiedereinführung von Urlaub (S. 5).
18. 11. 39 Kundgebung des Führers an das Landvolk (S. 3).  
Aufruf Dr. Ley an die Schaffenden (S. 3).
21. 11. 39 Bekanntmachung der Aufdeckung des Münchener Attentats und der Verhaftung des Chefs des britischen Intelligence Service für Westeuropa (S. 6, 18).
22. 11. 39 Lebhaftige Aufklärungstätigkeit der Luftwaffe über Frankreich und England (S. 9).
23. 11. 39 Torpedierung des britischen Kreuzers „Helfast“ im Firth of Forth (S. 10).  
Erste Verleihungen des Schutzwall-Ehrenzeichens (S. 13).
24. 11. 39 Deutschland gibt die Olympischen Winterspiele zurück (S. 7).  
Deutsches U-Boot vernichtet englische U-Boot-Falle (S. 10).
25. 11. 39 Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes (S. 46).
27. 11. 39 Britische Verordnung über die Blockade der deutschen Ausfuhr (S. 8, 62).  
Englischer Hilfskreuzer „Rawalpindi“ im Seegefecht bei Zsland vernichtet (S. 10, 13).  
Reichsminister Dr. Goebbels und Reichsleiter Dr. Ley sprechen in Berlin vor Arbeitern, Soldaten und Künstlern (S. 20).
28. 11. 39 Kapitänleutnant Prien torpediert und vernichtet englischen Kreuzer der „London“-Klasse (S. 10).
30. 11. 39 Beginn der finnisch-russischen Kampfhandlungen (S. 41).  
Verordnung über die Vertragshilfe des Richters (S. 46).
-

# Dokumente

## 1. Politische

### Der Dank Des Führers an Das Landvolk

Der Führer erließ am 18. November folgende Rundgebung an Das Deutsche Landvolk:

Die Erntearbeit dieses Jahres ist nunmehr beendet.

Die Saat für das kommende Jahr befindet sich trotz schlechtesten Wetters und Des Mangels an Arbeitskräften bereits wieder in der Erde.

Das Deutsche Volk dankt seinen Bauern für die große Arbeit, die in Dem uns aufgezwungenen Kampf von entscheidender Bedeutung ist.

Mit Hilfe Des Allmächtigen wird die Deutsche Volksernährung aus eigener Scholle damit auch für Das kommende Jahr sichergestellt sein.  
gez. Adolf Hitler

### Aufruf Dr. Leys an Die Schaffenden

Reichsorganisationsleiter Dr. Robert Ley wandte sich am 18. November mit nachstehendem Aufruf an Die Schaffenden Großdeutschlands, indem er die Zwischenbilanz Der ersten zehn Kriegswochen zog:

Arbeiter und Arbeiterinnen!  
Betriebsführer und Gefolgschaft!  
Schaffende in Stadt und Land!

Der uns von England aufgezwungene Krieg dauert nun zehn Wochen. Es ist also möglich, eine vorläufige Zwischenbilanz über Den Erfolg und über Die weiteren Aussichten zu machen. Unser unverrückbares Ziel ist: Sieg, Sieg und nochmals Sieg und damit Die endgültige Niederwerfung Englands und Der Herrschaft seines Geldjaches über Die übrigen Völker Des Erdballs. Sozialismus gegen Kapitalismus! Das ist unser Schlachtruf.

Ziehen wir als klar denkende Menschen Die Zwischenbilanz Der ersten zehn Wochen.

1. In einem beispiellosen Blitzkrieg war Die polnische Armee — von Der Das Belgische Militärblatt noch am 3. September schrieb, daß Sie eine Der stärksten Armeen Der Welt und Der Deutschen Armee bei weitem überlegen sei — völlig vernichtet.

„England ist keine Insel mehr!“ Die Erfolge unserer Flotte, insbesondere Der U-Boote, und Die Siege unserer Luftwaffe zeihen sich würdig an Die einmaligen Erfolge im Osten. Und Der Westwall? Tun hat es sich gelohnt, daß Jhr Westwallarbeiter seit Jahren Opfer und Entbehrungen, Dienstverpflichtung und Nichtleistung auf Euch genommen habt!

2. Die englische Einkreisung ist gebrochen. Armes England! Wie schön war es doch im Jahre 1914, wo man mit 45 Bundesgenossen eine freischützliche Tezibjagd auf Das edle Deutsche Wild abhalten konnte. Vorbei, vorbei...

3. Die Innere Front! Der Weltkrieg hat uns gelehrt, daß es nicht genügt, tapfere Soldaten zu haben und gute Waffen zu besitzen, sondern daß ein moderner Krieg ein totaler Krieg ist, daß alle daran teilnehmen und daß Deshalb Das gesamte Volk in Der besten seelischen und körperlichen Verfassung zu sein hat und darin erhalten werden muß.

Jeder Krieg bedeutet eine völlige Umstellung Des Lebens. Alle Bedürfnisse und Wünsche Der Menschen müssen vor Dem einzigen Ziel: Stärkung Der militärischen Kraft Der Nation, zurückstehen. Aber ebenso müssen alle Quellen zur Erhaltung und Entfaltung Der Gesamtkraft Der Nation erschlossen werden. Das hat man 1914 nicht erkannt.



Ernährungsministerium zusätzliche Nahrungsmittel bereitstellt. Die DRf. ist beauftragt, in allen Betrieben mit zehnstündiger Arbeitszeit Verpflegungsmitteln einzurichten.

Da die Zuschläge für die neunte und zehnte Stunde fortfallen, soll eine Steuerbereinigung durchgeführt werden, damit der Mehrwertdienst nicht wieder voll wegsteuert wird. Wird ausnahmsweise eine elf- und zwölfstündige Arbeitszeit bewilligt, so müssen hierfür die normalen Zuschläge gezahlt werden.

Die Zuschläge der Nacht- und feiertagsarbeit werden wieder bezahlt werden.

Frauen sollen zur Nachtarbeit nicht herangezogen werden. Unumgängliche Ausnahmen, wie in Munitionsfabriken, müssen vom Reichsarbeitsminister genehmigt werden.

Der Urlaub wird ab Anfang nächsten Jahres wieder gewährt. Auch Weihnachtsgratifikationen werden gezahlt.

Dienstverpflichtung soll nur nach sorgfältigster Prüfung und unbedingter Notwendigkeit ausgesprochen werden. Der Jugendschutz bleibt in vollem Umfange in Kraft.

Während in den anderen kriegsführenden und auch in den meisten neutralen Staaten eine wilde Preissteigerung eingetreten ist, konnten in Deutschland die Preise stabil gehalten und zum Teil sogar für einige kriegswichtige Produkte gesenkt werden.

Die für einzelne Betriebe entstehenden Kriegsschäden werden von der alsbald nach Ausbruch des Krieges gebildeten Notgemeinschaft der Wirtschaft getragen, die für diese Wirtschaftsschäden eine Solidargemeinschaft übernahm und den Staat für diese Zahlungen entlastete.

Das ist die Bilanz nach zehn Kriegswochen auf dem sozialen Sektor unseres Volkes: Am Beginn des Krieges die schwersten Opfer, der enge Engpaß, nach zehn Wochen normales Leben, nur ein Bruchteil der Vollmachten brauchte ausgenutzt werden. Alles das nicht etwa, weil die Führung vor Euren Forderungen, Arbeiter und Arbeiterinnen, zurückgewichen war, sondern weil alles so gut vorbereitet war, daß man diese Opfer nicht benötigte. Mit unserem geringen Anteil an den Kriegskosten der Nation müssen wir uns fast schämen, vor allem, wenn wir an die Blutopfer der Soldaten denken.

Um so mehr wollen wir, Arbeiter und Arbeiterinnen, Betriebsführer und Gefolgsleute, dem Führer geloben, alles zu tun, was er von uns verlangt.

Führer! Du hast der arbeitenden Klasse nur ein geringes materielles Opfer auferlegt, um so mehr werden wir durch Fleiß und Leistung uns Deiner und Deines Vertrauens würdig erweisen. Solange der Krieg dauert, wird kein Arbeiter und keine Arbeiterin versuchen, aus der Not des Volkes Gewinn zu schlagen. Das nationalsozialistische Arbeitertum hat mit jenem marxistischen Gesindel der Munitionsfabriks des Weltkrieges nichts zu tun.

Die schwächliche Kriegsbilanz auf Produktions-, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet lautet: Michtleistung, Erfüllung des Vierjahresplanes, eine auf vollen Touren laufende Wirtschaft und eine zufriedene, gesunde und fleißige Arbeiterkraft.

Die Bilanz der Inneren Front wäre unvollständig, wenn wir nicht das soziale Werk in den letzten zehn Wochen aufzählen würden: Die Entschädigung und die Unterhaltung der Angehörigen unserer tapferen Soldaten. Dieses Werk ist einmalig und einzigartig. Es ist ein nationalsozialistisches Werk im wahren Sinne des Wortes.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Betriebsführer und Gefolgsleute!

Ih versucht, Euch in kurzen klaren Darlegungen im Telegammftil eine Bilanz der Lage unseres kämpfenden Volkes nach zehn Wochen des Krieges zu geben.

Jedoch der größte Aktiosten in dieser Bilanz ist die Tatsache: Der Führer lebt!

Deutschland stand noch nie so gut da und England noch nie so schlecht. Diesmal pöden wir es! England wird geschlagen werden und du und Deutschland werden frei!

Arbeit gegen Geldsack!

Unser die Freiheit!

## Anordnung über die Wiedereinführung von Urlaub

Der Reichsarbeitsminister erließ am 17. November 1939 folgende Anordnung über die Wiedereinführung von Urlaub (RAnz. Nr. 275 vom 23. 11. 39):

Auf Grund des § 19 Satz 2 der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 (Reichsgesetzbl. I, S. 1609) bestimme ich folgendes:

1. Die Vorschriften und Vereinbarungen über den Urlaub treten mit Wirkung vom 15. Januar 1940 wieder in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an sind Urlaubsansprüche, die infolge der Urlaubssperre nicht erfüllt werden konnten, nachträglich zu erfüllen, gewählter Urlaub ist anzurechnen. Die Zeit der Urlaubssperre wird bei der Berechnung der Wartezeit für den Erwerb eines neuen Urlaubsanspruches mitberücksichtigt.

2. Den Zeitpunkt der Gewährung des Urlaubs bestimmt der Unternehmer (Führer des Betriebes) nach Maßgabe der betrieblichen Möglichkeiten. Dabei ist auf eine sorgfame Verteilung des Urlaubs über das ganze Jahr besonders zu achten.

3. Der rückständige Urlaub für das Jahr 1939 soll spätestens bis zum 30. Juni 1940 gewährt werden, ein Verfall des Urlaubsanspruches tritt vor diesem Zeitpunkt nicht ein. Ist ausnahmsweise infolge des Kriegszustandes eine Gewährung von freizeit nicht möglich, so kann der Reichstreuhänder oder Sondertreuhänder der Arbeit eine Abgeltung dieses Urlaubs ganz oder teilweise zulassen. Die Sätze 1 und 2 gelten auch, soweit noch ein Anspruch auf Urlaub aus dem Urlaubsjahr 1938 besteht.

4. Die Reichstreuhänder oder Sondertreuhänder der Arbeit können nach meiner Weisung für besondere Fälle — §. 5. für die Urlaubsmachenzettelung — abweichende oder ergänzende Bestimmungen treffen.

5. Sich ergebende Zweifelsfragen können im Verwaltungswege entschieden werden.

Ich behalte mir eine Änderung der Anordnung vor, falls es der Kriegszustand erfordert.

Berlin, den 17. November 1939

Der Reichsarbeitsminister  
In Vertretung  
Dr. Syrup

## Aufdeckung des Münchener Attentats

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei veröffentlichte am 21. November folgende Bekanntmachung über die Aufdeckung des Münchener Attentats.

Sofort nach dem ruchlosen Anschlag im Bürgerbräukeller am 8. 11. 1939 wurden Maßnahmen getroffen, die zur Aufklärung des Verbrechens geeignet erschienen und die Festnahme des Täters oder der Täter ermöglichen konnten. Im Zuge dieser Fahndungsmaßnahmen fand eine augenblickliche Sperrung aller Deutschen Grenzen in Verbindung mit einer verstärkten Grenzkontrolle statt. Unter den noch in dieser Nacht Verhafteten befand sich ein Mann, der versuchte, auf illegalem Wege über die deutsche Grenze in die Schweiz zu gelangen. Es handelte sich dabei um den 36 Jahre alten Georg Elfer, zuletzt wohnhaft in München. Die inzwischen getroffenen Feststellungen der von der Sicherheitspolizei nach München entsandten Sonderkommission ergaben zahlreiche Hinweise auf die Vorbereitung und Ausführung der Tat. Als Täter schien eine Person in Frage zu kommen, von der bereits am 12. 11. eine genaue Beschreibung veröffentlicht werden konnte.

Weitere Feststellungen verstärkten den Verdacht, daß Georg Elfer zumindest in irgendeiner Beziehung zu dem Attentat stehen mußte. Unter der Last des von der Sonderkommission sowohl am Tatort als auch in seinen inzwischen ermittelten Aufenthaltsstätten sichergestellten Beweismaterials und nach mehreren Gegenüberstellungen legte Elfer nach erst hartnäckigem Leugnen am 14. 11. 1939 ein volles Geständnis ab.

In einer der Kriminalgeschichten einzig dastehenden Weise hatte er in wochenlanger Kleinarbeit in eine der Tragflächen des Bürgerbräukellers eine Zeitsünderladung eingebaut, deren Uhrzeit auf 6 Tage oder 144 Stunden eingestellt war. Die Planung des Verbrechens geht auf den September bzw. Oktober 1938 zurück. Im August 1939 fand der Einbau der Sprengkammer statt. Die Sprengladung brauchte er am 7. Tage vor der Kundgebung im Bürgerbräukeller an. Sechs Tage vorher versuchte Elfer zum erstenmal, die unterdes eingestellte Zündmaschine in die Sprengkammer zu bringen. Dies mißlang. Nach die 5. Nacht vorher war ihm ungünstig und führte wieder zur Aufgabe des Unternehmens.

Die Nacht vom 4. zum 3. Tag vor dem 8. November gab aber Elfer die Gelegenheit, seine Zündmaschine in die vorbereitete Sprengkammer einzubauen. Der Täter fuhr daraufhin sofort ab, um sich über Stuttgart zu den in der Schweiz bereits auf ihn wartenden Auftraggebern zu begeben. Aus bestimmten Gründen fuhr Elfer am Nachmittag des 7. noch einmal nach München zurück. Es gelang ihm, in der Nacht vom 7. zum 8. neuerdings in den Bürgerbräukeller einzudringen, um sich noch einmal durch persönliches Hören von dem Ticken des Uhrwerks zu überzeugen. Der Verbrecher hatte hier nicht vergessen, für eine Abdämpfung des Geräusches zu sorgen. Er wiederholte diese Probe in der Nacht vom 7. auf 8. einige Male. Am 8. morgens frühküdete der Verbrecher dann in einer Münchener Wirtschaft in der Nähe des Jfaktors im Tal und begab sich daraufhin mit der Bahn über Ulm an die Grenze. In der Nacht vom 8. auf 9. versuchte er nun, in der Nähe von Konstanz die Grenze nach der Schweiz hin zu überschreiten. Die unterdes eingetretene allgemeine Alarmerkung machte ihm dies jedoch unmöglich und führte zu seiner Verhaftung.

Auftraggeber bzw. Geldgeber für das Unternehmen war das britische Intelligence Service. Organisator des Verbrechens Otto Straffer.

Die Ermittlungen nach seinen Auftraggebern und Komplizen hatte bisher Veröffentlichungen noch nicht angezeigt erscheinen lassen.

Tunmehr aber ist jedenfalls ein Teil der mit dem Verbrechen in Zusammenhang stehenden Subjekte bereits verhaftet.

Zur weiteren Aufklärung werden an die Öffentlichkeit folgende Fragen gerichtet:

1. Wer kennt noch Elfer?
2. Wer kann noch Angaben machen über seinen Umgang?
3. Wer kann noch Hinweise geben, mit wem E. verkehrte?
4. Wo ist E. in den letzten Jahren aufgetaucht?
5. Wo oder bei wem hat er Einkäufe getätigt oder Bestellungen aufgegeben?



6. Wer weiß noch, daß sich E. mit Erfindungen, technischen Zeichnungen, Konstruktionen, Bau-  
plänen usw. beschäftigte?
7. Wer hat bei anderen Personen Zeichnungen oder Pläne des Bürgerbräukellers gesehen?
8. Wer hat E. in Lokalen, auf Bahnhöfen, in Zügen, Autobussen usw. allein oder mit anderen  
gesehen?
9. Wer hat E. noch im Auslande gesehen? Wann, wo und mit wem?

## Verhaftung des Chefs des britischen Intelligence Service für Westeuropa

Amtlich wurde am 21. November verlautbart:

Die im Haag befindliche Zentrale des britischen Intelligence Service für Westeuropa versuchte seit längerem, in Deutschland Komplotte anzusetzen und Anschläge zu organisieren bzw. Verbindung mit von ihnen vermuteten revolutionären Organisationen aufzunehmen. Auf Grund einer ebenso ver-  
brecherischen wie abernen Aufklärung durch deutsche Emigranten lebte man in der britischen Regie-  
rung und in dem ihr unterstellten Intelligence Service in der Meinung, es befände sich im Staat, in der  
Partei und in der Wehrmacht eine Opposition mit dem Ziel, im Falle eine Revolution herbeizuführen.  
Unter diesen Umständen wurden Beamte des Sicherheitsdienstes der SS beauftragt, Verbindung mit  
dieser britischen Terror- und Revolutionszentrale im Haag aufzunehmen. In dem Glauben, tatsächlich  
mit revolutionären deutschen Offizieren zu verhandeln, offenbarten die Vertreter des britischen Intelli-  
gence Service den deutschen Beamten ihre Absichten und Pläne, ja, um eine dauernde Verbindung mit  
diesen vermeintlichen deutschen Offizieren aufrechterhalten zu können, lieferten sie ihnen außerdem ein  
bestimmtes englisches Funksender- und Empfangsgerät, durch das die deutsche Geheime Staatspolizei  
bis zum heutigen Tage die Verbindung mit der britischen Regierung aufrechterhalten hatte.

Am 9. November versuchten nun die Leiter dieses britischen Intelligence Service für Europa, Mister  
Best und Kapitän Stevens, die holländische Grenze bei Venlo nach Deutschland zu überschreiten. Sie  
wurden dabei von den sie überwachenden deutschen Organen überwältigt und als Gefangene der  
Staatspolizei eingeliefert.

Die widersprechenden Angaben über ihre Gefangennahme, ob noch auf holländischem oder deutschem  
Boden, werden zur Zeit geprüft.

## Deutschland gibt die Olympischen Winterspiele zurück

Der Deutsche Olympische Ausschuss und das Organisationskomitee  
für die V. Olympischen Winterspiele saßen am 24. November nach-  
stehenden Entschluß:

Deutschland, auch im Kriege den Werken des Friedens treu, hat die Vorbereitungen für die V. Olym-  
pischen Winterspiele 1940 Garmisch-Partenkirchen fortgesetzt und die Olympischen Sportstätten be-  
triebsfertig ausgebaut.

Da seine Vorschläge auf Herbeiführung eines Weltfriedens von der englischen und französischen  
Regierung abgelehnt wurden und deswegen der Krieg weitergeführt werden muß, gibt es den Auftrag  
der Durchführung dieser Spiele im Einverständnis mit dem Internationalen Olympischen Komitee  
an dieses zurück. Es wird auch in Zukunft seine Kraft für die Pflege und Förderung des Olympischen  
Gedankens einsetzen.

ges.:  
von Tschammer und Osten  
Reichsportführer  
Präsident des Deutschen Olympischen  
Ausschusses

ges.:  
von Halt  
Mitglied des JOA.  
Präsident des Organisations-Komitees für die  
V. Olympischen Winterspiele

## 2. Militärische

### Die britische Verordnung über die Blockade der deutschen Ausfuhr

Die britische Verordnung (Order in Council) vom 27. November 1939 über wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Deutschland hat folgenden Wortlaut:

1. Jedes Handelsschiff, das aus einem feindlichen Hafen kommt, mit Einschluß aller Häfen in Gebieten, die unter feindlicher Besetzung oder feindlicher Kontrolle stehen, kann nach dem 4. Dezember 1939 gezwungen werden, in einem britischen oder alliierten Hafen die Waren zu löschen, welches es in einem solchen feindlichen Hafen an Bord genommen hat.

2. Jedes Handelsschiff, das aus einem anderen als einem feindlichen Hafen nach dem 4. Dezember 1939 ausgefahren ist und Waren an Bord hat, welche feindlichen Ursprungs oder in feindlichem Eigentum sind, kann gezwungen werden, solche Waren in einem britischen oder alliierten Hafen zu löschen.

3. Die auf Grund obengenannter Bestimmungen in einem britischen Hafen gelöschten Waren sollen unter Verwahrung des Preis Hofes gestellt werden und sollen, wenn der Hof die Beschlagnahme der Waren zugunsten Seiner Majestät verfügt, beschlagnahmt oder unter Aufsicht des Hofes verkauft werden. Der Erlös der Waren kommt beim Hof in Gewahrsam. Nachdem Frieden geschlossen ist, soll der Hof, der Lage der Umstände nach, beschließen, was mit dem Erlös und den festgehaltenen, aber nicht verkauften Waren geschehen soll. Indessen soll die Auszahlung der Erlöse und die Freigabe der Waren jederseits durch den Preis Hof erfolgen können, wenn

a) der Hof als erwiesen ansieht, daß die Waren vor dem Datum der Verordnung in neutralem Eigentum gewesen sind,

b) der zuständige Beamte (Officer of Crown) die Zustimmung dazu gibt.

4. Das Verfahren des Preis Hofes, das bisher befolgt wurde, soll in allen Fällen, die unter diese Verordnung fallen, angewandt werden.

5. Nichts in dieser Verordnung kann von Einfluß sein auf andere, von dieser Verordnung unabhängige Bestimmungen, kraft welcher Schiffe oder Waren in Beschlag genommen oder als beschlagnahmt erklärt werden können.

6. Bei Ausführung dieser Verordnung werden unter den Worten „Waren, welche feindlichen Ursprungs sind“, die Waren verstanden, die ihren Ursprung haben in einem Gebiet unter feindlicher Kontrolle oder Besetzung, und unter den Worten „Waren, welche feindliches Eigentum sind“ alle Waren, welche einer Person in einem solchen Gebiet gehören.

7. Die gerichtlichen Verfahren auf Grund dieser Verordnung können durch alle Preis Höfe anhängig gemacht werden, die unter die Regeln vom Preis Hof von 1939 fallen.

8. Bei der Ausführung dieser Verordnung gelten die Worte „britischer Hafen“ für alle Häfen, die unter die Rechtsprechung eines Preis Hofes fallen, auf welchen die Regeln vom Preis Hof von 1939 anzuwenden sind.

Dem Wortlaut dieser Verordnung geht eine Prämambel mit neun Absätzen voraus, welche der Rechtfertigung und der Darstellung des Zwecks der Verordnung dienen soll.

Von deutscher amtlicher Seite wurde dazu erklärt:

Die Ausdehnung des Wirtschaftskrieges auf die Ausfuhrwaren deutscher Herkunft auf neutralen Schiffen mit neutraler Bestimmung bedeutet einen neuen Bruch des Völkerrechts durch England. Sie steht in klarem Widerspruch zu anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts, insbesondere zu der Haager Seerechtsdeklaration von 1856. Dieser neue Völkerrechtsbruch trifft ebenso die Neutralen wie Deutschland.

Die deutsche Regierung nimmt von der durch England geschaffenen neuen Lage Kenntnis und behält sich alle Maßnahmen vor.

### 3. Wehrmachtberichte

Das Oberkommando der Wehrmacht gab bekannt:

- keine besonderen Ereignisse am gestrigen Tage. 16. 11. 39
- Im Westen bei schwachem örtlichem Artilleriebeschuss keine nennenswerte Kampftätigkeit. 17. 11. 39
- Im Westen geringe örtliche Spähtruppentätigkeit. Der Versuch dreier britischer Flugzeuge, Wilhelmshaven anzugreifen, wurde durch rechtzeitig einsetzende Abwehr vereitelt. Bomben wurden nicht abgeworfen. 18. 11. 39
- Eigene Flugzeuge klärten über dem gesamten französischen Raum auf.
- An der Oberheinfrent an einer Stelle beiderseits lebhaftes Maschinengewehr- und Gewehrfeuer, an den übrigen Stellen der Front Ruhe, nur örtliche Artillerietätigkeit. Die Luftwaffe setzte ihre Aufklärungstätigkeit über Frankreich fort. 19. 11. 39
- keine besonderen Ereignisse. 20. 11. 39
- Im Westen an einzelnen Stellen der Front geringe Spähtruppentätigkeit und schwaches Artilleriefeuer. Die deutsche Luftwaffe setzte am 20. 11. ihre Aufklärung gegen die feindlichen Staaten fort. In England wurden Scapa flow, Schottland und Südbengland, in Frankreich der Raum nördlich Paris aufgeklärt. 21. 11. 39
- Trotz feindlicher Abwehr führten die Flugzeuge ihre Aufträge planmäßig durch. In den Monaten September und Oktober haben deutsche Überwasserstreitkräfte gemeinsam mit Luftstreitkräften in der Ost- und Nordsee mehrere hundert Handelschiffe auf Bannware untersucht. Während sehr zahlreiche Schiffe unmittelbar nach der Untersuchung in See freigelassen werden konnten, da sie keine Bannware an Bord hatten, sind insgesamt 127 Schiffe mit 245455 Bruttoregistertonnen in deutsche Häfen zur genaueren Untersuchung eingebracht worden. Soweit nicht Schiffe und Ladung der Beschlagnahme verfielen, wurden sie wieder freigelassen. 22. 11. 39
- An einzelnen Stellen der Westfront geringe Artillerietätigkeit. Die Luftwaffe klärte am 21. 11. wiederum über englischem Gebiet bis Scapa flow auf. Die Aufklärung über französischem Gebiet wurde auf Südfrankreich ausgedehnt. 23. 11. 39
- Zum Schutz der deutschen Westgrenze wurden am 21. 11. ebenso wie an den Vortagen zahlreiche Jagdflieger eingesetzt. Diese blieben ohne Berührung mit dem Feind. Auch die in der Luftverteidigungszone West eingesetzte Flak-Artillerie fand keine Veranlassung in Tätigkeit zu treten.
- Südwestlich Dirmasens griff eine feindliche Kompanie unsere Gefechtsvorposten an, sie wurde abgewiesen und erlitt schwere Verluste. 24. 11. 39
- Am 22. 11. erzielte die lebhafteste Aufklärungstätigkeit der deutschen Luftwaffe über Frankreich und England trotz starker Jagd- und Flak-Abwehr besonders wertvolle Erkundungsergebnisse. In der Gegend von Sedan wurde ein französisches Flugzeug abgeschossen. In den Gewässern von Shetland wurde unter harter Abwehr im Tiefangriff ein englisches Flugboot in Brand geschossen.
- Bei der Grenzüberwachung durch zahlreiche Jagdflieger kam es verschiedentlich zu kleineren Luftkämpfen. Vier französische Jagdflugzeuge wurden hierbei abgeschossen. Bei Freiburg wurde ein deutsches Flugzeug von französischen Jägern zur Notlandung gezwungen.
- Am 21. 11. fand über französischem Gebiet ein Luftkampf zwischen neun deutschen Zerstörerflugzeugen und sieben französischen Jagdflugzeugen statt. Die französischen Jäger wurden vertrieben und dadurch den eigenen Aufklärungsflugzeugen ihre weitere Erkundungstätigkeit ermöglicht.
- feindliche Flieger, die in deutsches Hoheitsgebiet einfliegen, hielten sich in unmittelbarer Nähe der Grenze.
- Im Westen etwas regere Spähtrupp- und Artillerietätigkeit. Die Luftwaffe setzte ihre Erkundungstätigkeit über französischem Gebiet fort. Zwischen den zur Unterstützung der Aufklärungsflugzeuge und zum Schutz des Grenzgebietes eingesetzten deutschen Jägern und feindlichen Jagdflugzeugen kam es wiederholt zu Luftkämpfen. Hierbei wurde ein englisches Flugzeug bei Verdun, ein Flugzeug bei Saarbrücken und ein französisches Flugzeug durch Flak bei Zweibrücken abgeschossen.

Die Nachricht der „New York Times“ von der schweren Beschädigung des britischen Kreuzers „Belfast“ wird durch die Meldung eines U-Bootes bestätigt, das einen Kreuzer der „Southampton“-Klasse im Firth of Forth torpediert hat. Nach Meldungen der britischen Admiralität lief weiter der britische Zerstörer „Gipsy“ an der englischen Ostküste auf ein Mine und sank.

25. 11. 39

Im Westen örtliche Spähtrupptätigkeit und an einzelnen Stellen der Front schwaches Artilleriefeuer. An der Westgrenze fanden vereinzelt Aufklärungsflüge des Feindes im Grenzgebiet statt, während die deutsche Aufklärung bis nach Mittelfrankreich hinein vordrang.

Ein deutsches U-Boot hat in seinem Operationsgebiet eine englische U-Boot-Falle, ein Hilfskriegsschiff von 7000 Tonnen, vernichtet. Die U-Boot-Falle hatte sich als holländischer Dampfer getarnt.

Nach englischen Meldungen sank der 8860 Tonnen große britische Dampfer „Mangalore“ durch Minentrefen an der englischen Südküste.

26. 11. 39

Im Westen geringe Artillerietätigkeit.

Am 25. 11. griffen Verbände der deutschen Luftwaffe englische Seestreitkräfte in der nördlichen Nordsee an. Dabei wurden vier Volltreffer, darunter einer auf einem Kreuzer der „Aurore“-Klasse erzielt.

Die Aufklärungstätigkeit der Luftwaffe erstreckte sich am gestrigen Tage wiederum bis über die Shetland-Inseln. Der Feind versuchte am gestrigen Nachmittag über Helgoland nach Nordwestdeutschland einzufliegen, wurde aber bei Erreichen der Nordküste von der deutschen Flakartillerie zur Umkehr gezwungen. Verluste sind bei der deutschen Luftwaffe nicht zu verzeichnen.

Das Vorpostenboot 301 ist am Südausgang des Großen Belt nach einer Detonation gesunken. 16 Mann der Besatzung werden vermißt.

27. 11. 39

Im Westen außer schwachem Störungsfeuer der Artillerie keine nennenswerten Kampfhandlungen.

28. 11. 39

Im Westen an einzelnen Stellen der Front geringe Spähtrupp- und Artillerietätigkeit.

Die Luftwaffe beschränkte sich infolge der Wetterlage auf Aufklärungstätigkeit in Grenznähe.

Deutsche Seestreitkräfte unter Führung von Vizeadmiral Marschall haben beim Passieren der nordatlantischen Gewässer den Seeraum zwischen Färöer und Grönland aufklärt. Hierbei stellten sie in der Nähe von Island den britischen Hilfskreuzer „Kawalpindi“, der nach kurzem Gefecht vernichtet wurde. Es gelang trotz sofort einschender Rettungsmaßnahmen, nur 26 Mann der Besatzung des Hilfskreuzers zu bergen.

29. 11. 39

Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Englische Flugzeuge versuchten wiederum über die ostfriesischen Inseln nach Nordwest-Deutschland einzufliegen, ohne jedoch die deutsche Küste zu erreichen. Hierbei wurde der Fliegerhorst Bochum angegriffen. Schaden wurde nicht angerichtet.

Wie bereits durch Sondermeldung bekanntgegeben, ist ein britischer Schwere Kreuzer der „London“-Klasse durch Kapitänleutnant Prien östlich der Shetland-Inseln torpediert und vernichtet worden.

30. 11. 39

An der Westfront schwaches örtliches Artilleriefeuer. Die Luftaufklärung gegen England wurde fortgesetzt.

# Der Kampf

In der zweiten Novemberhälfte herrschte an der Westfront bei schwacher örtlicher Spähtrupp- und Artillerietätigkeit im allgemeinen Ruhe. Nur am 22. November versuchten die Franzosen einen kleinen Vorstoß etwa einer Kompanie in der Gegend von Birmaesens, der jedoch mühelos abgewiesen wurde.

Im übrigen stand die Zeit vom 15. bis 30. November im Zeichen der Luftwaffe und der Kriegsmarine. Am 18. November versuchten englische Flieger Wilhelmshaven anzufliegen. Sie wurden jedoch durch die rechtzeitig einsetzende eigene Abwehr daran gehindert. Ein weiterer Angriffsversuch englischer Flieger wurde am 25. November bei Helgoland abgewiesen. Am 28. November gelang es den Engländern dann, im Tiefflug die ostfriesischen Inseln anzufliegen und den Flughäfen Vorkum, wenn auch erfolglos, mit M.G. anzugreifen, wobei in erster Linie im Hafen liegende Handelsschiffe beschädigt wurden.

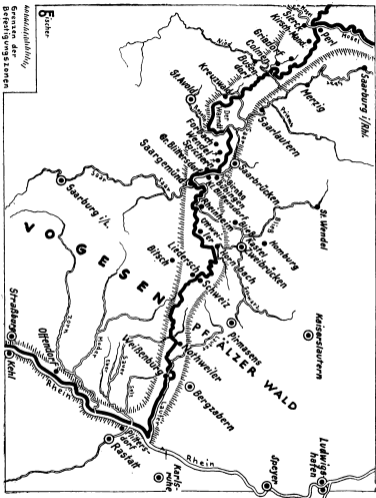
Im Rahmen der eigenen Erkundungstätigkeit der deutschen Luftwaffe kam es am 22. November über Frankreich zu mehreren Luftkämpfen, die für die deutschen Flieger sehr erfolgreich waren. Jagdverbände, die die Aufklärungsflieger bei der Erfüllung ihrer Aufgaben sicherten, haben sich mit ihren Messericknitt „Me 109“-Flugzeugen den feindlichen Curtiss- und Moraneflugzeugen immer wieder überlegen gezeigt. So trafen drei deutsche Jäger in der Gegend von Hornbach-Witsch auf vier Morane, von denen drei abgeschossen wurden, während südlich von Saarbrücken noch ein Morane zum Absturz kam. Weitere Luftkämpfe entwickelten sich im Nordwesten Frankreichs und später wieder im Süden von Saarbrücken, wo acht deutsche Jäger mit zehn französischen in Kampfberührung kamen.

Im ganzen fanden an diesem Tage an sechs Stellen der Front Luftkämpfe statt. Die Franzosen verloren dabei fünf Flugzeuge. Nur ein deutsches Jagdflugzeug ging hierbei verloren.

Am 25. November fanden mehrere Bombenangriffe eines deutschen Kampf-Fliegerverbandes auf englische Seestreitkräfte in der nördlichen Nordsee, 900 Kilometer von der deutschen Nordseeküste entfernt, statt. Nach einwandfreier Beobachtung erhielten vier englische Kriegsschiffe Volltreffer. Alle deutschen Flugzeuge sind trotz stärkster Flakabwehr wohlbehalten in ihre Heimathäfen zurückgekehrt.

Die ausgedehnten Erkundungsflüge deutscher Aufklärer lenkten in der zweiten Novemberhälfte die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Nordsee und die englische Küste. Die Torpedierung des britischen Kreuzers „Welfast“ und auch der Minenkrieg, dem der modernste britische Zerstörer „Gipsy“ zum Opfer fiel, deuten darauf hin, daß die Nordsee wieder zum Schauplatz erhöhten Einsatzes geworden ist. Der neueste Erfolg der deutschen Luftwaffe, die zum drittenmal bei den Shetland-Inseln mit Erfolg angegriffen hat und ein britisches Flugboot zur Strecke bringen konnte, führt mit aller Deutlichkeit vor Augen, wer von den Kriegführenden Herr über die Nordsee ist.

Immer härter werden die Schläge gegen die britische Flotte. Nach dem „Evening Standard“ wurden in der Woche vom 18. bis 25. November 71.240 Tonnen versenkt, was den größten Wochenverlust seit Kriegsausbruch darstellt. Am 26. November allein waren es weit über 50.000 Tonnen, die neu zum Meeresgrunde herabstiegen. Nach einer anderen Quelle, auf die sich das römische Blatt „Messaggero“ bezieht, verloren England und Frankreich bisher insgesamt 76 Schiffe mit 320.000 Tonnen.



1:50,000

Grenzen der Besetzungszonen  
Kommunalabteilung

Die Lage der in den Besetzungszonen erwähnten Orte an der Mosel

Die deutschen Erfolge auf dem Seekriegsschauplatz versteht man am besten bei einem Vergleich mit den Möglichkeiten, die der deutschen Flotte im Weltkrieg gegeben waren. Auch damals hatte England auf der 800 Kilometer langen Strecke zwischen den Shetland-Inseln und Island eine Blockadesperre für die deutsche Handelschiffahrt eingerichtet, die von dem 10. Kreuzergeschwader, durchweg schwer bewaffneten und schnellen Hilfskreuzern, gebildet wurde. Es gelang aber den deutschen Hochseestreitkräften nicht, diese Sperre im Angriff zu erreichen, weil die britische Schlachtflotte, insbesondere die schweren Schlachtkreuzer, bei Scapa Flow sowie im Firth of Forth auf Lauer lagen oder ständig zwischen den Orkney-Inseln und Norwegen kreuzten. Ein deutscher Verband, der die 1200 bis 1800 Kilometer entfernte Sperrlinie erreichen wollte, wäre abgeschnitten und wahrscheinlich von dem überlegenen Gegner vernichtet worden, zumal die Kohlenfeuerung damals den Fahrtbereich der Kriegsschiffe wesentlich beschränkte. Deutsche Seestreitkräfte konnten im Weltkrieg daher nur die Höhe von Bergen erreichen. An diesem Beispiel zeigt sich schlagend, wieviel stärker heute die weit kleinere deutsche Flotte ist, weil sie mit U-Booten und Flugzeugen gemeinsam operiert und durch ständige erfolgreiche Bombenangriffe und Aufklärungsfernflüge den ganzen Raum der Nordsee und darüber hinaus bis an den Nordatlantik so beherrscht, daß die britische Flotte in ihre Höfen vertrieben wird. Sobald sie es aber doch wagt, auf See zu fahren, ereilt ihre Schiffe das Verderben, wie erneut die Torpedierung eines schweren Kreuzers der „London“-Klasse bewiesen hat.

Das Seegefecht bei Island, das unter der Führung des Vizeadmirals Marschall — eines der erfolgreichen U-Boot-Kommandanten des Weltkrieges im Mittelmeer — Deutschlands Flottenherrschaft bis in den Nordatlantik ausdehnte, ist das erste Gefecht des gegenwärtigen Krieges. Es fand in der Abenddämmerung bei schlechtem Licht statt. Die deutsche Artillerie lag sofort im Ziel. Gleich nach den ersten Treffern brachen Brände aus, die sich blitzschnell über das ganze Schiff erstreckten. Der feindliche Hilfskreuzer war in ein Flammenmeer gehüllt, mehrere Detonationen wurden beobachtet. Offenbar waren die Munitionskammer explodiert. Das Schiff ging schnell unter. Sofort wurden die Rettungsaktionen eingeleitet und alles, was an Überlebenden gefunden wurde, konnte geborgen werden. Es waren insgesamt 26 Mann, der größte Teil der Besatzung ist mit dem Schiff untergegangen.

Die gefangenen britischen Seeleute waren sämtlich Schotten. Sie sagten aus, daß sie von dem Angriff völlig überrascht wurden. Denn niemand hatte erwartet, in dieser Gegend auf deutsche Seestreitkräfte zu stoßen. Man hatte ihnen immer erklärt, „England beherrsche allein die Meere, und kein Gegner werde sich hier ihnen stellen“.

Auch die neue Tat des Siegers von Scapa Flow, Kapitänleutnant Brien, ist ein besonderer Erfolg, weil die britische Flotte einen fühlbaren Mangel an Kreuzern beklagt und daher jeder Verlust doppelt schwer wiegt.

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht versammelte am 23. November die Befehlshaber der Wehrmacht in der neuen Reichskanzlei in Berlin. Unter anderem gab der Führer ihnen unter Auswertung der Kampferfahrungen im Osten Richtlinien für die zukünftige Kriegführung.

Als erste empfangen am gleichen Tage folgende Persönlichkeiten aus der Hand des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht das neue Schutzwall-Ehrenzeichen:

Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Generalmajor Dr. Lohdt. Ferner von der Wehrmacht: Generaloberst v. Witzleben, General der Flieger Rißinger, der Inspekteur der Festungen Generalleutnant Jacob. Von Partei und Staat: Reichsarbeitsführer Hierl und Reichsorganisationsleiter Dr. Ley.

In der Eifel, am Losheimer Graben, überreichte am 24. November in einer kurzen Feierstunde der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr. Lohdt, die ersten 200 vom Führer verliehenen Schutzwall-Ehrenzeichen. Ausgezeichnet wurden Westwallarbeiter, die mindestens 16 Monate an diesem gewaltigen Bauwerk tätig sind, ferner einige Bauleiter, Baubeauftragte für den Westwall und einige Kreisobmänner der Deutschen Arbeitsfront.

## Der Krieg im Westen

(P. K.) Der Krieg im Westen ist in seiner jetzigen Form etwas Neuartiges. Auf beiden Seiten liegen sich mit den modernsten Waffen der Welt ausgerüstete Armeen gegenüber, ohne daß die Funken gegenseitiger Spähtruppgeplänkel die gewaltigen Ladungen der für den Krieg aufmarchierten Kräfte bisher entzündet haben. In fast allen europäischen Kriegen der jüngeren Vergangenheit, im Weltkrieg und noch im Polenfeldzug war gleich bei Beginn des Kriegszustandes die geballte Wucht der Seeer eingesetzt worden, um nun, da alle anderen Mittel verfaßt hatten, mit Waffengewalt eine neue Lage zu schaffen.

Der Satz, daß der „Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei“, kann aber für die Lage im Westen nur bedingt gelten; denn die Grenzen beider Machtmittel sind hier fließend geworden. Die deutsche Zurückhaltung, französisches Gebiet nicht zu betreten und nur Vergeltungsfeuer zu geben, wenn der Feind seinerseits eine Angriffs-handlung durchgeführt hat, ging nicht auf eine militärische, sondern auf eine politische Erwägung zurück: Die Schaffung des Westwalls, des Ausdruckes der politischen Überzeugung des Führers, zwischen beiden Ländern endgültig eine Befriedung der Grenzen zu erreichen.

Die Begründung dieser Haltung ist aus der militärischen Lage im Westen zu erkennen, die bestimmt ist durch das Bestehen von beiderseitigen, modern ausgebauten Festungsgürteln, dem Westwall und der Maginotlinie, die zumindest im Augenblick Momente für das Beharren der gegenüberliegenden Seeresmassen zu sein scheinen. Die Tatsache der Existenz der beiderseitigen Bunkerwerke läßt einen Vergleich mit der Kriegslage des Jahres 1914 nicht zu. Der westliche Kriegsschauplatz des Jahres 1939 mußte ein anderes Aussehen erhalten. Dennoch erfordert die heutige Lage die gleiche Einsatzbereitschaft und Hingabe des Soldaten wie ein Krieg der Bewegung. Nur ändern sich die Mittel, und in seinen Formen wirkt sich der Kampf anders aus.

Der Aufmarsch der deutschen Westarmee vollzog sich ungestört vom Feinde. Während des dreiwöchigen Siegesfeldzuges der deutschen Armee in Polen war der Gegner im Westen nur äußerst vorsichtig und bewußt zögernd in die aus strategischen Gründen freigegebenen, schmalen deutschen Grenzbezirke gerückt, ohne einen direkten Angriff auf den Westwall anzusehen zu können. Die überall im Vorfeld sich verteidigenden deutschen Vorposten und nicht zu umgehende Minensperren brachten dem Gegner schon unmittelbar nach dem Einmarsch in diese wenigen kleinen Abschnitte zu Bewußtsein, daß ihn in dem deutschen Verteidigungswall die Vernichtung treffen würde.

Bei Saarbrücken und im Hlietal fielen die ersten Schüsse des Westens. Eine durch Panzerabwehrgeschütze und Granatwerfer verstärkte Kompanie hielt in einem Abschnitt während der ersten Tage des Krieges den in Stärke von zwei Bataillonen angreifenden Feind auf, vernichtete einen Panzerkampfwagen und brachte das gegnerische Vorgehen zum Stehen. Eine bei diesen Kämpfen verlorene Panzerabwehrkanone konnte von einem Stoßtrupp am nächsten Tage unbeschädigt zurückerobert werden. So überzeugend wiesen unsere Soldaten bereits im Vorfeld den Gegner zurück. Starke feindliche Artilleriefeuer zeigte, daß der Franzose viel stärkere Kräfte auf Grund der herdvortragenden Tapferkeit unserer Soldaten und dem Schmeid ihres Aufstretens vermutete.

Unsere Westtruppen hatten während des Polenfeldzuges die Aufgabe, sich in hinhaltendem Widerstand zu verteidigen, um den Feind unter möglichst großen Verlusten bis an die deutschen Bunkerlinien heranzulocken, wo er endgültig zum Stehen kommen und sich hätte verbluten müssen, hätte er es wagen wollen, gegen diesen modernsten Festungswall der Welt anzurennen. Der Franzose hat es rechtzeitig vorgezogen, schon im Vorfeld haltzumachen. Nirgends ist er bis an die Bunkerlinie selbst vorgebrungen. Die gewaltige Verteidigungskraft des Westwalls hat der Gegner überhaupt noch nicht zu spüren bekommen.

Als der Polenfeldzug siegreich geschlagen war und viele Divisionen aus dem Osten nach dem Westen kamen, schwanden beim Gegner jegliche Hoffnungen, auch nur einen Schritt weiter in deutsches Gebiet eindringen zu können. Schon der erste,



lastende Versuch der Franzosen, während der Belastung unserer militärischen Kraft durch den Polenfeldzug bis an den Westwall heranzukommen, war mit überlegener Feuerkraft abgewiesen worden. An einen Durchbruch der deutschen Verteidigungszone konnte er niemals ernsthaft auch nur denken. Wir Deutsche haben an das Versprechen des Führers, der Westwall ist unbefiegbar, auch vor Beginn des Krieges geglaubt. Unsere Gegner holten sich den Beweis im vernichtenden Feuer der deutschen Abwehr.

Als nach Beendigung des polnischen Feldzuges die Wucht der vermehrten deutschen Truppen im Westen noch stärker spürbar wurde, zogen sich die französischen Vorposten unter den kräftigen Schlägen der nachstoßenden deutschen Regimenter bis auf die Reichsgrenze zurück. Von dem groß aller Welt verkündeten französischen Vormarsch in deutsches Gebiet blieb nur eine klägliche Entschuldigung übrig, das „eroberte“ Gelände aus „taktischen“ Gründen wieder geräumt zu haben, um bessere Stellung für den Winter zu gewinnen.

In wenigen Tagen waren die französischen Vorposten auf ihre Ausgangsstellung zurückgedrängt. Hierbei ist es interessant, übereinstimmend von deutschen Offizieren an allen Teilen der Front die Feststellung zu hören, daß Frankreich wohl politisch die Zurückhaltung des Führers, die deutsch-französische Grenze achten zu wollen, nie gelten lassen wollte und nicht anerkannt hat, jedoch in militärischer Hinsicht stets damit rechnet. Die kleinen Kampfhandlungen unmittelbar an der Grenze, die in ihrer taktischen Durchführung an den oft winkligen Verlauf der Grenze gebunden sind, lassen erkennen, daß der Franzose aus dieser deutschen Zurückhaltung, französisches Gebiet zu schonen, stets militärisch Vorteil zu ziehen suchte. Damit erkennt der Franzose militärisch an, was er politisch den Deutschen nie zugeben wollte. Für einen wirklich entscheidenden Vorstoß fehlte dem Gegner nicht nur der starke Wille zum letzten Einsatz, sondern der triftige Grund.

Mit großer Sorgfalt und viel Mühe hatten die Franzosen in der kurzen Zeit, wo ihre Vorposten auf deutschem Grenzboden standen, bereits Grabensysteme ausgehoben und sich auf eine Verteidigung eingerichtet. Die zahlreichen Gefangenen und viele Beutestücke bewiesen, daß der Gegner teilweise überrascht und fluchtartig die Stellungen hatte räumen müssen.

Jetzt erleben wir im Westen die Erscheinung eines modernen Stellungskrieges, der sich nicht mehr wie im Weltkrieg in den Gräben abspielt, sondern sich auf die Bunkerlinien stützt. Dort liegt die entscheidende Widerstandskraft. Die taktisch wohlüberlegt eingesetzten Vorposten halten unmittelbar Wacht an der Grenze. Auf Grund der starken Befestigungszone der Bunkerlinien kann es der Feind nicht wagen, in das deutsche Vorfeld einzudringen, ohne sich dem vernichtenden Abwehrfeuer der deutschen Vorposten auszuweichen, die sich trotz stärkster Belastung durch feindliches Feuer mit zäher Widerstandskraft verteidigen und durch ihr heldenmütiges Ausbleiben bereit sind, den ersten Stoß eines feindlichen Angriffes aufzufangen. Vor dem unerschütterlichen Wall im Westen mit seinen unzähligen Bunkern, die sich in endloser Kette durch das Grenzland ziehen, muß jeder noch so starke Ansturm zusammenbrechen.

Die Soldaten im Vorfeld waren die Träger der bisherigen Kämpfe. Sie haben den modernen Krieg kennengelernt. Die Einsamkeit des Vorfeldes mit der ungewissen Stille, die jeden Augenblick von der Gewalt einer tödlichen Feuerkraft unterbrochen werden kann, die stets lauende Minengefahr, die stolze Gewißheit, bei Spähtruppunternehmungen als einfacher Soldat, auf sich allein gestellt, seine ganze junge Kraft einsetzen zu können, gibt dem Kampferlebnis des Westens sein Gepräge. Es ist im allgemeinen nur ein „Kleinkrieg“ mit „nur geringer Artillerie- und Spähtruppeltätigkeit“, fast eine persönliche Auseinandersetzung der jeweils gegenüberliegenden Truppen. Das entscherte Gewehr und die in den Stiefelschaft gesteckten Handgranaten sind die Kennzeichen dieser Kampfhandlungen. Wohl sind sie für das Gesamtgeschehen scheinbar unbedeutend, und doch erfordern sie von jedem einzelnen das Höchste und den tapfersten Einsatz, den er zu geben vermag.

Wachen und warten! Bereit sein und stark bleiben! Aufklären und vorstoßen! Deutsch und soldatisch sein! Das ist die Haltung unserer Soldaten im Westen, die sich aus der bisherigen Lage ergab und ergeben mußte.

## Bombenregen auf britischem Kampfgeschwader

(P. K.) Es hat seinen Ehrennamen zu Recht verdient, dieses kampferprobte Geschwader der deutschen Luftwaffe, das irgendwo an der Nordseeküste ständig bereit zum Einsatz ist. Bei den Männern dieses Geschwaders bin ich inzwischen Stammgast geworden. So saß ich auch gestern wieder mitten unter ihnen und ließ mir von ihrem letzten erfolgreichen Einsatz gegen englische Schiffsverbände erzählen.

„Seit dem erfolgreichen Angriff unserer ersten Staffel auf das schwere englische Flugboot bei den Shetland warteten wir von der zweiten Staffel ungeduldig auf neuen Einsatzbefehl“, so berichtete mir ein Oberleutnant.

„Von unseren Fernaufklärern wußten wir, daß oben im Norden irgend etwas im Gange war. Gestern früh gegen 9.30 Uhr kam dann auch der Startbefehl. Wir flogen zuerst Kurs Nordwest. Die Sicht war anfangs gut. Nur der fast orkanartige Sturm machte uns viel zu schaffen. Wir mußten dann durch einige große Regenschwände stoßen, andere umflogen wir. Soweit man überhaupt noch von einem Schiffsverkehr sprechen kann, trafen wir nur Dänen und Finnen an. Natürlich flogen wie sie näher an, schon allein um zu zeigen, daß unsere deutsche Luftwaffe die Nordsee beherrscht.

Wir hatten den Auftrag, Aufklärung zu fliegen und setzten unseren Kurs nach Nordwesten fort. Nach zwei Flugstunden erfolgte eine Aufteilung unseres Verbandes in mehrere Ketten. So angestrengt wir auch die See absuchten, es zeigte sich nichts. Schon fürchteten wir, daß wir unverrichteter Dinge wieder umkehren müßten, denn es war inzwischen 1 Uhr geworden, und wir standen befehlsgemäß kurz vor Abbruch der uns gestellten Aufgabe. Da erhielten wir, als unsere Stimmung sich bereits bedenklich dem Nullpunkt näherte, Funkmeldung, daß im Quadrat K feindliche Streitkräfte gesichtet seien. Unsere Führerkette machte dann auch bald drei englische Zerstörer aus, die gerade ein neutrales Handelsschiff gestellt hatten und durchsuchen wollten.

Das werden wir ihnen gründlich versalzen, dachten wir. Jetzt mußten uns die Zerstörer bereits gesehen haben, aber das erwartete Flakfeuer blieb aus. Wir waren vorher Kette geflogen und formierten uns zur Reihe hintereinander zum Zielflug. Auch jetzt wurden wir merkwürdigerweise noch nicht beschossen. Erst als wir fast über den Zerstörern waren, erfolgte Flakbeschuß, der jedoch keinen Schaden anrichtete. Gleichzeitig scherten sich das letzte und vorletzte Boot nach links und versuchten sich durch Zickzackfahren unseren Booten zu entziehen. Unsere Bomben fielen dicht neben den Zerstörern ins Wasser, so daß wahrscheinlich eine erhebliche Splitterwirkung erzielt wurde. Wir wiederholten Anflüge und Bombenabwürfe noch mehrere Male. Der feindliche Flakbeschuß lag während des fast drei Viertelstunden dauernden Kampfes stets zu tief oder zu hoch. Da die befohlene Zeit um war, mußte unser Führer leider den Kampf abbrechen. Jedenfalls, der Erfolg dieses Angriffs war immerhin der, daß den Engländern die Lust vergangen war, den neutralen Dampfer zu untersuchen, und das Handelsschiff konnte seine Fahrt unbelästigt fortsetzen.

Nach der Aufteilung unseres Verbandes war die zweite Staffel zuerst weiter nach Norden geflogen, weil eine große Schlechtwetterfront sie anfangs hinderte, westlichen Kurs zu nehmen. Nach dem Umschlagen der Schlechtwetterfront drehte sie dann nach Westen ab. Auch die zweite Staffel konnte zuerst nichts ausmachen. Der Staffelfapitan hatte bereits Befehl zum Kurs Abprunghafen gegeben, als sich plötzlich weit am Horizont verdächtige Rauchfahnen zeigten. Sofort wurde Kurs auf diese Rauchfahnen aufgenommen, die, wie inzwischen ausgemacht war, von fünf englischen schweren und leichten Kreuzern stammten. In niedriger Höhe flog unsere zweite Staffel zuerst auf die feindlichen Schiffe zu. Sie erhielt sofort schwerstes Feuer durch die feindliche Schiffsartillerie und ging deshalb hoch, um den Anflug über den Wolken zu versuchen. Der feindliche Beschuß erfolgte aber weiter durch die Wolken hindurch.

Das hinderte die Staffel nicht, trotzdem durch die Wolken nach unten zu stoßen und einen Angriff auf den englischen Schiffsverband zu unternehmen. Die niedrigste Maschine erzielte aus ganz geringer Höhe einen schweren Treffer auf einen feindlichen Kreuzer. Ein besonders gutes Ergebnis hatte eine andere Maschine, die

etwas höher angriff und eine Serie von sechs schweren Treffern auf ein und denselben Kreuzer erzielte. Im ganzen wurden vier feindliche Schiffe getroffen.

Wieder eine andere Maschine wurde während des Anfluges schwer getroffen. Trotzdem hat der Flugzeugführer — ein Leutnant — seine Maschine weiter zum Angriff gesteuert und erst, als die Bomben abgeworfen waren, mit „angefraktem“ Motor Kurs Heimat genommen. Bei der Landung im Absprunghafen klappte das Fahrgerüst dieser Maschine zusammen, weil die Olleitung zerflossen war. Es ist aber alles gut abgegangen und die gesamte Besatzung unverletzt geblieben. Bei der näheren Besichtigung stellte sich dann noch heraus, daß außerdem das Höhenleitwerk stark zerflossen war. Eine ganze Reihe faustgroßer Löcher wurde festgestellt.

Die Maschine des Staffelpitäns hatte einen Platttreffer in die Rotorenhäube erhalten. Das aber ist alles nicht so wichtig. Die Hauptsache ist, daß wir wieder einmal englischen Seestreitkräften zeigen konnten, was „eine Harke ist“, und daß alle Besatzungsmitglieder unverletzt geblieben sind. Man kann sich gut vorstellen, wie groß die Begeisterung unserer Kameraden war, als mit Beginn der Dämmerung sämtliche Maschinen wieder da waren.

Durch ein Beobachtungsflugzeug, das am Feind geblieben war, wurde einwandfrei festgestellt, daß die englischen Streitkräfte, die vorher Nordostkurs hatten, nach unserem Angriff schleunigst mit Westkurs ihre verschiedenen Heimathäfen zu erreichen suchten. Ob sie alle dorthin gekommen waren, ist noch die Frage. Jedenfalls steht fest, daß sie auch in ihren heimlichen Schlupfwinkeln vor der deutschen Luftwaffe nicht sicher sind. Das werden wir ihnen noch bei Gelegenheit beweisen.

---

# Die Politik

## I.

### Innenpolitik

Der in seiner eigentlichen Zweckbestimmung fehlgeschlagene Sprengstoffanschlag auf das Leben des Führers im Münchener Bürgerbräukeller am 8. November bewies durch seine Reaktion im deutschen Volk und im Ausland einen Tatbestand auf das Klarste: die völlige Verfennung des deutschen Volkes und der in ihm wirklichen Triebkräfte, die im feindlichen Ausland und in weiten Teilen des neutralen Auslands eine klare Einschätzung des nationalsozialistischen Deutschlands als Machtfaktors verhinderte. Die englischen und französischen Zeitungen und Rundfunksender und die englandhörige Presse in zahlreichen neutralen Ländern fuhren unermüdet fort, die ausschweifendsten Kombinationen über die Urheber des Münchener Brand vom 27. Februar 1933 wieder hervor, der angeblich von der nationalsozialistischen Führung aus innerpolitischen Gründen angestiftet worden sein sollte, und behauptete dreist, daß auch diesmal die nationalsozialistische Führung mit Hilfe der Gestapo das Münchener Attentat veranlaßt habe, um die angeblich sinkende Stimmung des deutschen Volkes anzufachen und zum Haß gegen England zu entfammen. Diese in den mannigfaltigsten Variationen verbreitete Behauptung widersprach der mit ebenso verdächtigem Eifer ausgestreuten zweiten Behauptung, daß eine oppositionelle Bewegung in Deutschland, die man bald in höheren Kreisen der Wehrmacht, bald in führenden Kreisen der nationalsozialistischen Bewegung sehen wollte, mit dem Münchener Attentat zur Aktion übergegangen sei.

Die Führung des Reiches hatte es nicht nötig, diese in ihren Einzelheiten allzu albernen Lügen im einzelnen prompt zu dementieren; sie antwortete mit Tatsachen, die unterdes durch eine äußerst umfangreiche, ebenso peinlich genaue wie von äußerstem Scharfsinn geleitete Kleinarbeit zutage gefördert wurden.

Am 21. November überraschte der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei die Welt mit zwei Verlautbarungen, in denen das ganze feindliche Lügengespinnst mit einem Schlag zerrissen wurde:

1. Als Täter des Münchener Anschlages wurde der bereits in der Nacht zum 9. November unmittelbar an der Schweizer Grenze verhaftete Georg Elser ermittelt, der am 14. November ein umfassendes Geständnis abgelegt hatte. Auftraggeber bzw. Geldgeber für das Unternehmen war der britische Intelligence Service; Organisator des Verbrechens der durch seine unermüdetliche deutschfeindliche Heße und seine heimtückischen Machenschaften berüchtigte Emigrant Otto Straffer (siehe S. 6).

2. Es war der Geheimen Staatspolizei in der Nacht des 9. November gelungen, sich der Leiter der im Haag befindlichen Zentrale des britischen Intelligence Service für Westeuropa, Mister West und Kapitän Stevens, beim Überschreiten der holländischen Grenze nach Deutschland bei Venlo zu bemächtigen. Beide hatten bis dahin mit Angehörigen des Sicherheitsdienstes der SS, die sie für revolutionäre deutsche Offiziere hielten, über die Verbeiführung einer Revolution in Deutschland verhandelt und ihnen ein englisches Send- und Empfangsgerät ausgeliefert, durch das die Geheime Staatspolizei bis zum 22. November in Verbindung mit der britischen Regierung stand (siehe S. 7).

An den folgenden Tagen wurden in mehreren Verlautbarungen (siehe S. 21 ff.) als Ergebnisse der Arbeit der Geheimen Staatspolizei zahlreiche Einzelheiten über die Aufdeckung des Münchener Verbrechens und eine Fülle von Tatsachen veröffent-

licht, die ein bezeichnendes Licht auf die Tätigkeit Otto Strassers und des britischen Secret Service werfen.

Aus den Feststellungen der Geheimen Staatspolizei ergab sich, daß das Münchener Attentat nicht der erste Versuch Strassers war, durch Attentate in die deutsche Innenpolitik einzugreifen. Die Vorbereitungen für einen ersten Sprengstoffanschlag hatten 1936 stattgefunden; der Anschlag sollte ursprünglich im Olympiastadion in Berlin während der Olympiade, später anläßlich des Parteitages 1936 in Nürnberg und schließlich anläßlich des Besuches des Duce 1937 durch den engsten Mitarbeiter Strassers, Fritz Beer (Deckname Heinrich Grunow), und einen ehemaligen Studenten namens Girsch zur Ausführung kommen. Nachdem der Attentatsversuch durch die Gestapo vereitelt worden war, wurde von Strasser ein weiterer Sprengstoffanschlag auf einer Großveranstaltung der NSDAP geplant, für den sich Strasser enger Mitarbeiter namens Karl Döpfing und Helmut Kremin bedienen wollte. Auch dieser Anschlag mißglückte; Döpfing und Kremin wurden im Mai 1938 festgenommen und im September 1939 zum Tode verurteilt. Das Attentat im Münchener Bürgerbräukeller erfolgte unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die bei den früheren Anschlägen gemacht worden waren.

Otto Strasser, der zur Zeit des Münchener Anschlages sich in der Schweiz aufhielt, wo er wahrscheinlich den von ihm gedungenen Attentäter Eiser erwartete, der ja beim Versuch, die Schweizer Grenze zu überschreiten, verhaftet wurde, verließ am 9. November plötzlich die Schweiz, als das Scheitern des Münchener Attentats auf den Führer bekannt wurde, und begab sich über Paris nach London. In einem Interview für die Pariser Zeitung „Paris Soir“ berichtet er sich durch die Äußerung, er habe bei den ersten Meldungen über das Münchener Attentat geglaubt, daß seine Anhänger in Deutschland daran beteiligt seien. Dieses Eingeständnis wurde nicht abgeschwächt dadurch, daß er hinzufügte, er sei bei Bekanntwerden der näheren Einzelheiten zu der Überzeugung gekommen, daß die Gestapo selbst diesen Anschlag verursacht habe. Er übernahm damit lediglich die von seinen englischen Auftraggebern allzu eifertig verbreitete Version und bestätigte die deutschen Feststellungen über seine Rolle als Werkzeug des britischen Secret Service.

Denn daß der britische Intelligence Service und mit ihm die englische Regierung an das Bestehen revolutionärer Strömungen bei Wehrmacht oder Partei im Reich glaubte und für die Aktivierung solcher Strömungen eifrig tätig war, bewiesen die Feststellungen, die die Geheime Staatspolizei im Zusammenhang mit der Ergreifung der beiden Leiter der im Haag befindlichen Terror- und Revolutionszentrale des Secret Service traf. Mit dem Sende- und Empfangsgerät, das die beiden Beamten des Intelligence Service den SS-Führern als den vermeintlichen Abgesandten einer innerdeutschen Opposition zur Aufrechterhaltung einer dauernden Verbindung übergeben hatten, gelang es unter Benutzung des von Kapitän Stevens den SS-Führern ausgelieferten Geheimcode, die Verbindung mit der englischen Regierung bzw. dem ihr unterstellten Intelligence Service aufzunehmen und bis zum 22. November vormittags aufrechtzuerhalten. Der Inhalt der dabei gewechselten Funksprüche mit der vermeintlichen Revolutionsgruppe in Deutschland war ebenso aufschlussreich wie dumm und gab einen Einblick in die trostlose Geistesverfassung der regierenden Schicht des heutigen Englands. Dieser Funkspruch mit dem englischen Geheimdienst wurde am 22. November 10.10 Uhr von deutscher Seite mit folgendem Abschiedsfunkspruch beendet: „Auf die Dauer ist die Unterhaltung mit eingebildeten und törichten Menschen langweilig. Sie werden verstehen, daß wir abbrechen. Es grüßt herzlich die euch wohlgenigte Deutsche Opposition“. Die deutsche Gestapo.“ Da die Aufdeckung der englischen Spionageaktion trotz der deutschen Veröffentlichung vom 21. November am Vormittag des folgenden Tages anscheinend der Funkstelle des englischen Geheimdienstes noch nicht bewußt geworden war, quittierten die beiden englischen Funker namens Inman und Walsh noch ebenso wieder wie stupide auch diesen letzten Spruch.

Die britische Regierung konnte nicht verheimlichen, daß es sich bei den festgenommenen Engländern um Angehörige des Intelligence Service handelte. Die Behauptung, daß die beiden Engländer an der deutsch-holländischen Grenze deutsche

Friedensvorschläge entgegennehmen sollten, konnte die deutschen Feststellungen nur bestätigen.

Die Vernehmung des festgenommenen Engländers Kapitän Stevens ergab, wie eine weitere Verlautbarung vom 23. November befanntgab, daß der britische Secret Service nicht erst seit Kriegsausbruch, sondern schon lange vorher mit Sabotageakten gegen Deutschland arbeitete. Brandstiftungen und Explosionen, die in der Zeit vom November 1937 bis November 1938 in 15 Fällen auf deutschen, aber auch auf italienischen und japanischen Schiffen erfolgten, fanden durch die Aussagen des Engländers ihre Aufklärung und stellten sich als eine Probetätigkeit des Secret Service für den Ernstfall dar. Haupttäter dieser Schiffssabotageakte war der deutsche Emigrant Börsch, Auftraggeber der britische Intelligence Service.

Im Gegensatz zu den phantasievollen Darstellungen der Auslandspresse über die Zustände in Deutschland fuhr das deutsche Volk mit der Entschlossenheit, die seine Haltung seit Ausbruch des Krieges auszeichnete, fort, in harter Arbeit die Voraussetzungen für seinen Sieg in dem von den internationalen jüdisch-kapitalistischen Klüngeln herbeigeführten Existenzkampf zu schaffen. Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, der am 18. November in einem Aufruf an die Schaffenden die Bilanz der ersten zehn Kriegswochen zog, konnte auf die umfassenden sozialpolitischen Maßnahmen hinweisen, mit denen die nationalsozialistische Führung des Reiches die Festigkeit der inneren Front gewährleistete. „Arbeit gegen Geldsack!“ so umriß Dr. Ley den Sinn dieses Krieges, und wenn er in seinem Aufruf die Umwandlung des Achtstundentages in einen Zehnstundentag als höchstzulässige Arbeitszeit ankündigte, so begriff der deutsche Arbeiter, daß in diesem Kriege die größere Produktionskraft den Ausschlag gab.

Das kam auch bei der Verleihung des vom Führer gestifteten Schutzwall-Ehrenzeichens an die ersten Westwallarbeiter zum Ausdruck. Generalinspektor Dr. Lotz wies bei der Verleihung des Ehrenzeichens an die 800 ältesten Westwallarbeiter im Rahmen einer Feierstunde in Birmasens am 25. November darauf hin, daß mit dem Bau des Westwalls ein großes Kennen zwischen den Kriegshebern im Ausland und den deutschen Bauarbeitern begann. „Unsere Gegner haben jedoch ihre falsche Rechnung ohne den deutschen Bauarbeiter und die deutsche Bauwirtschaft gemacht. Das Kennen zwischen den Kriegshebern im Ausland und dem deutschen Westwallarbeiter hat der Westwallarbeiter mit großem Vorprung gewonnen.“

Daß über diesen harten Existenzkampf des deutschen Volkes das Kulturleben nicht zu kurz kam, sondern im Gegenteil seine volle Bedeutung für die Stärkung des arbeitenden deutschen Volkes in Erscheinung trat, brachten Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und Reichsminister Dr. Goebbels am 27. November auf einem bunten Nachmittag für Arbeiter, Soldaten und Künstler zum Ausdruck, der an die Stelle der sonst üblichen gemeinsamen Jahrestagung der Reichskulturkammer und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ trat. Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, so sagte Dr. Ley, müsse jetzt in der schwersten Belastungsprobe dem Volke erst recht Kraft geben können; die von ihm angeführten Änderungen im Wirken des AdF-Werkes seit Kriegsausbruch bewiesen, daß die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ im Kriege ein in mancher Hinsicht erweitertes Tätigkeitsfeld gefunden hatte.

Dr. Goebbels nannte in seiner Ansprache die kulturelle Tätigkeit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Standhaftigkeit und Durchhaltekraft der ganzen Nation in ihrem Schicksalskampf. Er bezeichnete es als Aufgabe der Staatsführung im Kriege, angesichts der Sorgen und Belastungen, die der Krieg für die einzelnen Volksgenossen mit sich bringt, rechtzeitig für Ausgleich zu sorgen und dem Volke gerade in so schweren Zeiten Entspannung und Erholung zu geben, auf die es heute mehr denn je Anspruch erheben könne. „Ohne Optimismus ist kein Krieg zu gewinnen; er ist genau so wichtig wie die Kanonen und die Gewehre.“ Dr. Goebbels konnte darauf hinweisen, daß in England und Frankreich bei Beginn des Krieges die Theater und Kinos geschlossen wurden, während sie in Deutschland geradezu überfüllt waren. In einem Überblick über die einzelnen Gebiete des reichen deutschen Kulturlebens hob Dr. Goebbels die besondere Bedeutung von

Rundfunk, Film und Presse für den Existenzkampf der Nation hervor: „In souveränem Einsatz von Geist und Technik“, so rief er aus, „schlagen wir auch auf dem Felde der propagandistischen Auseinandersetzungen die großen Schlachten unserer modernen Kriegsführung. Wir besitzen nicht nur die Mittel der Technik, um diesen Kampf siegreich zu bestehen, sondern auch die Menschen, die sich der Technik zu bedienen wissen.“ Dr. Goebbels kennzeichnete den Sinn dieser Rundgebung der Soldaten, Arbeiter und Kulturschaffenden als eine Bekundung dafür, daß die Kunst kein Zeitvertreib für den Frieden, sondern auch eine scharfe geistige Waffe für den Krieg ist. Er schloß seine Ansprache mit den Worten: „Ein Volk sind wir; ein Weltvolk wollen wir werden.“

Unterdessen wurde der Wiederaufbau des deutschen Ostens tatkräftig weitergeführt. Auf einer Gedenkfeier, die am Totensonntag in Bromberg für die über tausend dem Bromberger Blutsonntag zum Opfer gefallenen und die übrigen Tausende von entmenschten Polen ermordeten Volksdeutschen stattfand, gab Reichsstatthalter und Gauleiter Forster in seiner Ansprache über alle deutschen Sender folgende programmatische Erklärung über die endgültige Gewinnung des Ostens für das deutsche Volk ab:

„Wir sind nun vom Führer als Treuhänder der deutschen Sache für dieses Land eingesetzt worden mit dem klaren Ziel, dieses Land wieder deutsch zu machen. Es wird daher unser aller ehrenvollste Aufgabe sein, alles zu tun, damit schon in wenigen Jahren alle polnischen Erscheinungen, ganz gleich welcher Art, beseitigt sind. Das gilt besonders für die böstische Vereinnahmung dieses Landes. Wer zu dem polnischen Volk gehört, muß dieses Land verlassen. Wir wollen geloben, in diesem Kampf um unser deutsches Volkstum nie weich zu werden, sondern immer die Härte an den Tag zu legen, die notwendig ist, um die schweren Probleme in diesem Lande zu lösen und damit unserer Verpflichtung dem Opfertod des Deutschtums in diesem Lande gegenüber nachzukommen.“

Stg.

## Straffer das Werkzeug des englischen Geheimdienstes

Der „Bötsche Beobachter“ schrieb am 22. November:

Otto Straffer ist der sachliche Organisator des Münchener Verbrechens. Sein Lebensweg ergibt ein klares Bild des an Charakterlosigkeit selten konsequenten Emigranten.

Am 19. 9. 1897 in Deggendorf/Bayern geboren, ist er der Bruder Gregor Straffers und Paul Straffers, der wegen homosexueller Verbrechen in das Ausland emigrierte.

Der Beginn seiner politischen Tätigkeit sieht ihn im Jahre 1919 als überzeugten Sozialdemokraten, der nach kurzem Studium der Volkswirtschaft die Leitung eines sozialdemokratischen Korrespondenzbüros übernimmt. Während des Kapp-Putschs ist er Führer einer spartakistischen Hunderterschaft. Im Rahmen seiner Entwicklung zum Nationalrevolutionär stößt er im Jahre 1925 zur NSDAP. Daß die Gründe hierfür nicht weltanschauliche, idealistische und selbstlose waren, beweist sein späterer Lebensweg.

Als Hauptschriftleiter einiger im Kampfverlag erscheinender Zeitungen, an der Spitze „Der Nationalsozialist“, bemüht sich sein Geltungsdrang und sein zügelloser Ehrgeiz darum, politisch im Rahmen der NSDAP eine besondere politische Rolle zu spielen. Als der „Revolutionäre Sozialist“, dem das Wort vom „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ stets ein Fremdwort geblieben war und der sich nicht einfügen konnte, seine egoistischen Ziele nicht erfüllt sah, verließ er, um dem drohenden Ausschluß aus der Partei zu entgehen, mit der bekannten theatralischen Erklärung, „die Sozialisten verlassen die NSDAP“, die Partei und gründete die sogenannte Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten.

Später führte ihn der Verräterweg mit dem Meuterer Stennes zusammen. Der erhoffte Einbruch in die NSDAP gelang nicht, so daß er lediglich ein Gerippe von persönlichen Einzelgängern im Reich zurückließ, als er im Jahre 1933 zunächst nach Wien emigrierte. Sein bisher im Reich erscheinendes Organ die „Schwarze Front“ erschien nun mit nur geringer Auflage als „Schwarzer Sender“ im damaligen Österreich. Zur gleichen Zeit wurde im Reich der größte Teil seiner Organi-

sation aufgelöst und die Prominenten seiner Mitarbeiter, soweit sie nicht emigriert waren, hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Als ihm auch in Wien der Boden zu heiß wurde, flüchtete Otto Strasser nach Prag, wo er sich unter Abstreifung des Scheines des Idealisten eindeutig als Hoch- und Landesverräter zum Kauf anbot, ein für Geld gedungenes Subjekt fremder Nachrichtendienste und Organ der mit ihm täglich verkehrenden jüdischen Emigration. Sein engster Mitarbeiter war der unter dem Namen Heinrich Brunow auftretende Emigrant Friedrich Beer. Seine Zeitung hieß beziehungsweise „Die Deutsche Revolution“, der Geldgeber war die damalige tschechische Regierung Beneš.

Strassers Haupttätigkeit in Prag war neben der Verbreitung von Sekartikeln in Flug- und Zeitschriften der Versuch, eine einheitliche Ausrichtung aller Schattierungen der Emigration herzustellen. Ob er dabei die Zahl des Restes seiner Anhänger im Reich mit Wissen oder ohne Kenntnis überschätzte, ist belanglos.

Es steht jedenfalls nicht fest, ob zu dieser Zeit Otto Strasser selbst auch nur im geringsten noch an die Möglichkeit einer Revolution in Deutschland glaubte. Strasser lebte jedenfalls seit Jahren schon ausschließlich von den Geldzuwendungen ausländischer Nachrichtendienste, denen er versprach, in Deutschland eine Revolution zuwege zu bringen, zumindest aber den Führer zu beseitigen.

So machte er im Juni 1934 eine Reise nach Paris, um die französische Regierung zur Unterstützung eines Putsches im Saargebiet zu bewegen, durch den die Saarrückgliederung unmöglich gemacht werden sollte. Nach seinen eigenen Angaben, die in dem gleichzeitig veröffentlichten handschriftlichen Brief dokumentarisch festgehalten sind, hat damals die französische Regierung diesen Plan abgelehnt, da sie den durchzuführenden Umsturz im Reich ohne außenpolitische Belastung 1934 billiger zu erreichen hoffte.

Im übrigen kamen schon damals die gleichen Gedanken zum Ausdruck, die später den Verhandlungen mit den Leitern des englischen Secret Service in den Jahren 1938/39 zugrunde lagen.

Im Rahmen seiner verräterischen Arbeit setzte Otto Strasser einen in Zabori bei Prag mit Unterstützung des tschechischen Nachrichtendienstes gebauten sogenannten „Freiheitssender“ an, der neben der propagandistischen Arbeit schon damals die den Attentatsabsichten Otto Strassers und seiner Helfershelfer entsprechenden Parolen gab. So schlossen zum Beispiel fast alle Aufrufe dieses im Jahre 1934/35 arbeitenden Senders wörtlich mit der immer wiederkehrenden Aufforderung, daß „Adolf Hitler sterben müsse“.

Die Deutsche Regierung hat damals offiziell von der tschechischen Regierung die Beseitigung dieses zum Nord an deutschen Regierungsmitgliedern auffordernden Senders gefordert. Nachdem die tschechische Regierung behauptete, von der Existenz dieses Senders keine Kenntnis zu haben, wurde ihr der Standort des Senders genauestens angegeben. Da Herr Beneš naturgemäß auch dann nicht bereit war, den vom tschechischen Gelde aufgezogenen Sendebienst einzustellen, mußte von deutscher Seite selbst eingegriffen werden, um diese fortgesetzte Nordpropaganda zu unterbinden. Zwei SS-Führer des Sicherheitsdienstes haben befehlsgemäß am 26. 1. 1935 diesen Sender zerstört.

Im Vollzug der ihm von seinen damaligen Prager Geldgebern erteilten Aufträge versuchte nun Otto Strasser, die nach Deutschland auf dem Funkweg gesendeten Parolen auch praktisch zu verwirklichen.

1936 fanden die Vorbereitungen für den ersten Sprengstoffanschlag statt. Er sollte ursprünglich im Olympia-Stadion in Berlin während der Olympiade, später anlässlich des Parteitages 1936 in Nürnberg und schließlich anlässlich des Besuchs des Duce 1937 zur Ausführung kommen. Otto Strasser bediente sich dabei durch Vermittlung seines engsten Mitarbeiters Fritz Beer (Deckname Heinrich Brunow) eines ehemaligen Studenten der Baukunst namens Helmut Hirsch.

Dieser Prager Jude erklärte sich bereit, den Sprengstoffanschlag auszuführen. In zahlreichen eingehenden Besprechungen war der Plan des Anschlags genauestens festgelegt worden. Als Hirsch mit zwei Höllenmaschinen, die durch ein Uhrwerk zur Explosion gebracht werden sollten und 10 Kilogramm Sprengstoff enthielten, die deutsche Grenze überschritt und sich nach Stuttgart begab, konnte er von Beamten



der Gestapo noch rechtzeitig festgenommen werden. Girsch wurde der Staatsanwaltschaft überstellt und am 8. 3. 1937 zum Tode verurteilt. Das Urteil ist vollstreckt und damals in der deutschen Presse veröffentlicht worden.

Nach diesem mißlungenen Anschlag versuchte Otto Strasser — noch immer im Dienste der damaligen tschechischen Regierung — einen neuerlichen Sprengstoffanschlag, der auf einer Großveranstaltung der NSDAP zur Ausführung gelangen sollte. Er bediente sich dieses Mal seiner engsten Mitarbeiter, des ehemaligen Hotelbediensteten Karl Döpfing und des Kaufmanns Selmut Kremin. Auch dieser neuerliche Anschlag mißglückte. Die Hüllenmaschinen, die nach Deutschland gebracht und auf den Bahnhöfen in Dresden und Leipzig aufbewahrt worden waren, konnten sichergestellt werden. Döpfing und Kremin wurden am 25. 5. 1938 festgenommen und durch Urteil des Volksgerichts vom 22. 9. 1939 zum Tode verurteilt.

Schon im Herbst 1938 versuchte Strasser von Prag aus, ein neues Attentat zu organisieren. Nach dem Sturz von Benesch verließ Strasser Prag und trat nunmehr in engste Beziehung zum britischen Geheimdienst.

Auf Weisung dieser seiner neuen Londoner Auftrag- und Geldgeber gelang es ihm nunmehr, den dritten verbrecherischen Versuch auf das Leben des Führers ausführen zu lassen. Dieses Mal hat nun wirklich nur die Vorkehrung das volle Gelingen des verbrecherischen Anschlags in seiner ganzen grauenhaften Endzielsetzung verhindert.

Am 8. und 9. November 1939 versuchte der Verbrecher Elfer in der Nähe von Konstanz in die Schweiz zu gelangen. Dabei wurde er verhaftet. Otto Strasser, der auf die Ankunft seines Werkzeuges gewartet hatte und nunmehr nach 24 Stunden erfuhr, daß

1. der Anschlag auf den Führer doch wieder mißglückt und
2. der Täter selbst anscheinend beim Überschreiten der Grenze abgefangen worden war,

verließ darauffhin am 10. November sofort überstürzt die Schweiz, um nach London zu seinen Auftraggebern zurückzufahren.

### Brief Strassers über seinen Verrat am Saarland

Im Zusammenhang mit dem vorstehenden Bericht wurde der Wortlaut eines handschriftlichen Briefes veröffentlicht, in dem Otto Strasser auf seine Pläne, die Saarrückgliederung unmöglich zu machen, eingeht. Eine Namensliste der in dem Brief durch Nummern bezeichneten Personen ist beigelegt.

Paris, den 22. VI. 34.

Lieber Freund! — Ich freue mich endlich Gelegenheit zu haben, Ihnen einen kurzen Bericht über die bisherigen Ergebnisse meiner Reise zuzusenden zu können.

Nach meiner Ankunft am 18. abds. begab ich mich anderntags gleich zu G. (No. 1), mit dem ich kurz meine Pariser Mission besprach, und der die Verbindung zu No. 2 herstellte. Leider war W. G. persönlich abwesend, doch empfing mich sein Privatsekretär, mit dem ich eine stundenlange Aussprache hatte, die abends mit einem gemeinsamen Souper schloß, an das sich am 21. nochmals eine Aussprache bei einer Tasse Tee in meinem Hotel angeschlossen.

In Zusammenhang damit wurde ich an No. 3 und 4 verwiesen, mit denen ich ebenfalls Aussprachen von ¼ bzw. 1½ Stunden hatte. Besonders die Unterhaltung mit 4, der einer der katholischen Führer ist, war von höchstem Interesse, zumal er besonderer Vertrauensmann von No. 2 ist.

Das Ergebnis dieser Aussprachen war ungefähr folgendes: Frankreich hält sich strikt an den Vertrag und hat für „Experimente“ an der Saar deswegen kein Interesse, weil es

1. fürchtet, daß man ihm die Verantwortung dafür zuschieben würde;
2. weil es hofft, daß bis zur Abstimmung wesentliche Änderungen im Reich eintreten;
3. weil es der Meinung ist, daß bei Erzielung einer hohen Minderheit die Genfer Entscheidung ohnehin gegen Hitler ausfallen dürfte.

Um so mehr Wert aber legte man gerade auf Erzielung einer solchen hohen Minderheit durch Propaganda. Neben der Propaganda unter den Katholiken, die schon im Gange ist,

sucht man nach Möglichkeiten, unter den Hitlerleuten selbst Propaganda machen zu können. Hier hofft man ganz besonders auf mich, da sowohl Marxisten wie Juden (und Katholiken) für diese Personenzkreis nicht in Frage kommen.

Ich habe in der gleichen Angelegenheit umgehend mit zwei verschiedenen Leuten wie 5 und 6 gesprochen, wobei No. 5 begeistert meinem Saarplan zustimmte, während No. 6 (in Übereinstimmung mit den Herren 2—4) sich ausschließlich für Propaganda aussprach, wobei er ganz klar zu erkennen gab, daß Frankreich das letzte Wort noch nicht gesprochen habe.

Ich bin heute Abend noch mit dem Führer der Deutschen Katholiken u. Saarkämpfer No. 7 zusammen, der die Gelder für die „Neue Saarpst“ beschafft hat, und werde mich über seine Meinung unterrichten.

Zusammenfassend glaube ich, daß nach dem Gesamteindruck mein Plan einer „Aktion“ nicht die notwendige Voraussetzung findet, so daß er aufzugeben ist.

Dagegen ist die Propaganda ebenso notwendig, wie erwünscht, wobei mir vor allem die Propaganda unter den Nazis selbst zusiele, die teils durch meine Zeitung, teils durch Flug-schriften und Broschüren zu erfolgen hätte (wofür ich Ihnen ja einen Plan ausgearbeitet habe.)

Aus den zahlreichen interessanten Details meiner Gespräche mit den Vorgenannten, sowie mit zahlreichen deutschen und französischen Bekannten (darunter ein langes Gespräch mit No. 8) sind u. a. folgende Einzelheiten interessant:

1. Nach neuesten Nachrichten soll Amerika bereit sein, einer „gemilderten“ deutschen Regierung erhebliche Kohstoffkredite einzuräumen; desgleichen will Frankreich in diesem Fall das 300 000-Mann-Heer gewähren, wenn gleichzeitig Deutschland nach Genf zurückkehrt. Welche personellen und sachlichen Sicherungen für diese „Wildberung“ verlangt werden sollen, war eindeutig nicht zu erfahren. Allem Anschein nach versteht man darunter eine Kabinettsumbildung im Reich, an die ich persönlich nicht recht glaube. Sollte sie aber kommen, so würde es sich nur um einen Schachzug Hitlers handeln, um obige Geschenke des Auslandes zu erhalten.

2. An unsere Herren als „Nationalbolschewisten“ glaubt man sehr. Für das große Interesse, was man an uns nimmt, zeugt u. a. der Artikel, den ich Ihnen gab, sowie die Zusicherung, wöchentlich im Straßburger Sender Auszüge aus meiner Zeitung zu bringen.

Alles in allem bin ich mit dem Erfolg sehr zufrieden und hoffe ihn durch eine große Propaganda an der Saar und im Reich entsprechend nutzbar machen zu können, wobei ich nach wie vor um Ihre feste Mitarbeit bitte.

In diesem Sinne Gruß und Handschlag! Ihr (geg.) Otto Straffer.

#### Die Liste der Namen.

No. 1 = Minister des Innern a. D. Grzesinski, Rue de l'Abbé Rouffelot 7.

No. 2 = Mr. Cornière, Quai d'Orsay.

No. 3 = Récouly, Editions de France, Avenue Rapp 20.

No. 4 = Mr. Robert d'Harcourt, Rue de Grenelle 113.

No. 5 = Graf Michael Karolzi.

No. 6 = Deputé Grumbach.

No. 7 = Ministerialdirektor Spieker.

No. 8 = Adolf Wülfel, Wülfel, „Mare aux“.

## Die Überführung Eifers

Im Anschluß an den Bericht über die Vorhaben Otto Straffers wurden am 25. 11. 1936 Mitteilungen über die Überführung des Münchener Attentäters Georg

gemeinen Attentäts-  
obember folgende Mit-  
ner Attentäters Georg

war, der Gefährder  
angten, da quittierte  
n mit den Vorberei-  
f. Wir wissen, daß  
ein, der Jude Hirsch  
lungen. Vielleicht  
zufall zum Verderben,  
werden.

Als jede innere Agitationsbasis im Reich zusammengebrochen  
zerstört, die Auftraggeber „Ware“ für ihr schweres Geld ver-  
bereits im Jahre 1936 der Zuhälter Straffer jene Summe  
tungen seines ersten Attentatsversuchs gegen Führer und Vo-  
und warum es mißlang. Agent Straffer steckte den Judaslohn  
verlor seinen Kopf dabei. Der erste Mordplan war mi-  
war der Jude ungeschickt gewesen? Vielleicht wurde ihm ein Z-  
die Geldgeber drängten, ein neuer Versuch mußte gestartet w-

Alle Fehlermöglichkeiten des Hirsch wurden jetzt bedacht, um sie in Zukunft zu vermeiden, und der Agent suchte sich unter seinen Werkzeugen die geschicktesten Galunten, gemeine Verbrecher, aus, und nach eingehenden langen Unterredungen, auf Grund deren dann die Zahlungen prompt weitergingen, wurden diese beiden dann mit klarem Auftrag Strassers, den Führer zu treffen, auf heimlichen Wegen ins Reich geschickt. Nach mehreren vergeblichen Attentatsversuchen wurden die beiden Verbrecher dann am 26. Mai 1938 gefaßt und nach eingehenden Untersuchungen vom Volksgerichtshof vor kurzer Zeit zum Tode verurteilt.

Das Mißlingen dieser neuerlichen Anschlagversuche brachte dem Agenten Strasser von seiten seiner Geldgeber und Auftraggeber erhebliche Schwierigkeiten. Inzwischen war auch sein Beschützer Beneisch verschwunden. Jetzt wollte man endlich die so lange versprochenen Taten sehen, insbesondere, da die politischen Ereignisse immer mehr ein solches gelungenes Attentat als günstigen Ausweg in der großen Politik wünschenswert machten. Im Mai 1938 waren die beiden letzten Handlanger Döpfung und Kremin gefaßt worden, und schon bald danach hatte Otto Strasser über Mittelsmänner das Werkzeug gefunden, das ihm geeignet erschien, die Wahrscheinlichkeit des Gelingens zu dem letzten Maß des Möglichen zu bringen. Wir wissen heute, daß Strasser und seine Helfershelfer bei Beginn der Vorbereitungen zu diesem dritten Mordversuch wiederum davon ausgingen, alle Fehlerquellen der mißlungenen vorherigen Attentate zu verstopfen.

Hätte man schon bei diesen beiden vorherigen Versuchen den Kreis von der Sprengstoffbeschaffung über die Konstruktion der Höllemaschinen, Transport, Aufbewahrung und ausführende Organe klein und kleiner gehalten, so erschien nun die größte Sicherheit des Unternehmens darin gewährleistet, wenn möglichst ein Mann die Vorbereitung und Durchführung innerhalb der Reichsgrenzen in die Hand nähme, abgesehen von der planenden und materiellen Vorbereitung der emigrierten Mittelsmänner des britischen Geheimdienstes.

Hätte nicht ein günstiges Geschick mit stärkerer Hand eingegriffen, so wäre dieser Weg dem Mörder und seinen teuflischen Hintermännern günstig gewesen.

Elser selbst hat nach langem Leugnen dann den Beweis erbracht, daß der britische Geheimdienst wahrhaftig kaum ein geeigneteres Subjekt finden konnte, dieses schändliche Verbrechen von langer Hand mit allen Mitteln eines teuflischen Raffinements durchzuführen. Am Abend des 8. November explodierte im Münchener Bürgerbräukeller dann jene Höllemaschine, die nach langem teuflischen Plan das deutsche Volk mitten ins Herz treffen sollte.

Um 21,43 Uhr erfolgte bereits von der Berliner Zentrale aus die höchste Alarmierung der gesamten Polizei, automatisch waren damit gleichzeitig alle Grenzen des Reiches verschlossen, die offenen Grenzabschnitte unter besonders verschärfte Bewachung gestellt.

In der gleichen Nacht noch wurde auf Befehl des Reichsführers SS eine Sonderkommission an den Tatort nach München entsandt, in Berlin bildete sich unter Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD eine Zentralstelle, die nach Sichtung aller Fäden aus dem ganzen Reichsgebiet für die Überleitung des wesentlichen Materials nach München Sorge trug.

In der Nacht zum 9. November wurden an den Grenzen, abgesehen von vielen eingehenden Überprüfungen, über 120 Festnahmen durchgeführt! Bei einer dieser angeordneten Maßnahmen im Bezirk des Zollkommissariats Konstanz beobachteten die Zollassistenten Nieger und Zipperer auf polizeilichem Grenzstreifen dienst im sogenannten Wessenberggarten, der zwischen den Grenzübergangsstellen Kreuzlingertor und Emmishofertor liegt, einen Mann, der sich in etwa 15 Meter Entfernung vom Schweizer Grenzsaun bewegte.

Der Unbekannte wurde angehalten und befragt, wohin er wollte. Er gab an, daß er einen gewissen Feichtlhuber vom Trachtenverein Konstanz suche, welchem Verein er früher auch angehört habe. Der Grenzbeamte forderte den Unbekannten auf, ihm zur Wache zu folgen. Dort wies er sich vor einem Kriminalbeamten mit einer Grenzkarte, die auf ein häufiges Wechseln über die Schweizer Grenze hindeutet, als Georg Elser aus.

Auf Grund der Großfahndungsaktion der Deutschen Polizei wurde eine sofortige körperliche Durchsuchung Elsers vorgenommen. Es fanden sich bei Elser versteckt

insgesamt 15 einzelne Dokumente mit Aufzeichnungen von verschiedenen Munitionsdepots, Lage und Einrichtungen von Rüstungsbetrieben sowie genaue Angaben über Munitionslieferungen, dazu Teile von komplizierten Geschoszündern sowie schließlich eine Karte des Bürgerbräukellers zu München.

Georg Elser, zunächst nur einer von etwa 120 Verhafteten an den deutschen Reichsgrenzen, wurde sofort nach einer über Blylsunf gegebenen Weisung des Reichssicherheitshauptamtes am 9. November der Sonderkommission in München zugeführt.

Inzwischen hatte die Sonderkommission in München bereits ihre Arbeit aufgenommen. Erfahrene Sachleute hatten bereits durch Berechnungen des Trägerbruches und genaueste Untersuchungen der Sprengwirkung feststellen können, daß sich ganz ohne Zweifel in jenem Pfeiler, vor dem der Führer gesprochen hatte, eine Sprengladung befand, von der es feststand, daß ihre Anbringung eine lange vorbereitende Arbeitszeit erfordert hatte.

Es ergab sich hier bereits schon eine Übereinstimmung der ersten Vernehmungen der Angestellten des Bürgerbräukellers und der Sonderkommission, mehrere Personen befanden übereinstimmend, in letzter Zeit eine verdächtige Erscheinung bemerkt zu haben. Die Sonderkommission konnte aus der Sprengwirkung und -richtung sehr bald vermuten, daß wahrscheinlich von der Galerie aus in den betreffenden Pfeiler hinein die Sprengkammer vorgetrieben sein mußte.

Die weitere Annahme, daß es sich um eine Höllenmaschine mit mechanischem Zeitzünder handeln mußte, wurde schon am Mittag des 9. November nach der ersten genauen Durchsichtung des Sprengschutts durch das Auffinden wesentlicher Einzelteile bestätigt. Hier und bei weiterer eingehendster Nachprüfung wurden Bruchstücke von Pendeluhrwerken sowie Eisensprengsplitter gefunden, die später nach weiteren Funden und nach Zusammensetzen einzelner Teile ergaben, daß bei der Höllenmaschine ein Zeitzünder verwendet worden war, zudem zwei ganz besondere Präzisionsuhrwerke verwandt wurden. Unter den Überresten im Sprengschutt befanden sich außerdem Splitter ohne Zweifel mit Sprengmunition gefüllter Eisenrohr ähnlicher Behälter.

Niederschläge in einzelnen Sprengteilen wurden durch chemische Untersuchung als Rückstände eines besonderen Sprengstoffs festgestellt. Außerdem noch war die Sonderkommission in der Lage, Teile einer Schalldämpfisolierungsplatte mit Firmenaufdruck sicherzustellen, sowie an Überresten von Patentbezeichnungen an einzelnen Sprengstücken in mühsamer Einzelarbeit die Herstellungsfirmen der verwandten Uhrwerke ausfindig zu machen.

Die Personenbeschreibung der verdächtigen Erscheinung, die sich mehrfach schon im Bürgerbräukeller herumgetrieben hatte, gab bereits erste Anhaltspunkte, die Person des an der Schweizer Grenze verhafteten Georg Elser in den engeren Verdachtskreis hineinzustellen. Wie bei jedem Verhafteten hatten auch bei ihm bereits eingehende Feststellungen im persönlichen Lebenskreis dazu geführt, daß sich die ersten Verdachtsmomente ständig und immer stärker verdichteten.

Nachdem die Ermittlungen ergeben hatten, daß Gegenstände seines persönlichen Bedarfs bei seiner Schwester in Stuttgart hinterlegt waren, wurde durch eine dort sofort vorgenommene Hausdurchsichtung aller schwerstes Belastungsmaterial gefunden. In einer Georg Elser gehörenden Werkzeugkiste fanden sich neben vollständigen Uhrwerken verschiedene Uhrenteile, die teilweise sogar identisch mit den Funden im Sprengschutt des Bürgerbräukellers waren. Außerdem enthielt diese sog. Werkzeugkiste Werkzeuge, darunter Meißel und Bohrer, an denen Mörtelüberreste festzustellen waren. Die umgehend vorgenommene spektralanalytische Untersuchung dieser Mörtelspuren ergab eine völlige Übereinstimmung mit dem Tatortmaterial.

Und dennoch leugnete Georg Elser hartnäckig, in irgendeinem Zusammenhang mit der Tat zu stehen. Den Versuch, heimlich über die Grenze zu entkommen, begründete er damit, er habe sich der Unterhaltspflicht für ein auferrebeliches Kind entziehen wollen. Den geheimnisvollen Zweck seines vielmonatigen Aufenthalts in München ohne Arbeitsstelle erklärte er damit, er habe dort einen Kursus absolvieren wollen, um sich dann im Auslande als Facharbeiter zu betätigen. Und schließlich, die bei ihm vorgefundene Ansichtskarte des Bürgerbräukellers habe er von der Grenze aus seinem Vater zum Abschied schicken wollen.

Inzwischen hatte die festgestellte Lieferungsfirma der Korffisolierung eine Personalbeschreibung des Käufers dieser Platte abgegeben, die sich genauestens mit dem Erscheinungsbild des immer mehr verdächtigten Elfers deckte. Und dennoch leugnete er weiter, leugnete nach den beiden ersten Verhören am 10. und 11. auch noch am 12. November und bestritt gleichmäßig und hartnäckig jeden Zusammenhang mit dem Attentat.

Endlich am 14. November nach Gegenüberstellung mit jenen Angestellten des Bürgerbräufellers, die ihn tatsächlich im August gesehen hatten, und nach Vorhalt der Tatsache, daß er bereits im Frühjahr 1939 sich um die Stelle des damaligen Hausburschen des Bürgerbräufellers beworben habe, diesem sogar 50 Mark für Abtreten dieser Stelle bot, brach Georg Elfer angesichts des erdrückenden Beweismaterials zusammen.

Dem ersten Geständnis am 14. November folgte am 15. November ein umfassendes schriftliches Geständnis, das am 16. und 17. November durch maßgerechte Skizzen der gesprengten Säule und der Sprenglammer und der Maschinerie, die die Zündung zur Auslösung brachte, ergänzt wurde.

In allen Einzelheiten und Phasen wurde durch die Untersuchung und das Geständnis des Verbrechers ein Plan enthüllt, der so teuflisch überlegt, so fanatisch zäh durchgeführt wurde, daß nur die gütige Fügung ihr Einhalt zu bieten vermochte.

Das war das brauchbarste Werkzeug jenes Verbrechers in der sicheren schützenden Schweiz, geschickt und gehorsam genug, alles wie befohlen durchzuführen, alle jene Fehler zu vermeiden, die die anderen Versuche scheitern ließen. Dieser Georg Elfer hatte die Nerven, durchzuhalten: das war die letzte Trumpsarte im Spiel mit den drängenden Gläubigern.

Wenn aber dieses Schurkenspiel gelungen war, wie konnte man verhindern, daß Elfer nach Deutschland wegen gemeinsten Mordes ausgeliefert wurde? Auch daran hatte der Hintermann gedacht. Für diesen Fall hatte Elfer jenes landesverräterische Material bei sich, das der Auftraggeber leicht über seine guten Verbindungen besorgte. Das hätte dann, so hat man Elfer gesagt, ihn vor den fremden Behörden gesichert. Er habe, so gesteht er ein, dieses Material notfalls den Schweizer Behörden übergeben wollen, damit er dann auf keinen Fall an Deutschland ausgeliefert wurde.

Das ist das Werkzeug, ein Mörder, der wohl ohne Zweifel den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, besonderer Spezialist seines Faches zu sein. Verräter aber ist jener grenzenlose Verbrecher im Hintergrund, der seinen Gesellen in der Schweiz erwartete und schleunigst dann das Weite suchte zurück zur Firma — nach London!

Soweit der Untersuchungsbesund, der die Person des Täters betrifft und der veröffentlicht werden kann, ohne den Gang der weiteren Ermittlungen zu gefährden. Die weiteren Untersuchungen führten bekanntlich zur Ermittlung der Hintermänner und Auftraggeber des Verbrechens.

Die Veröffentlichung der genauen Ergebnisse dieser Untersuchungen wird befreilicherweise erst der Öffentlichkeit unterbreitet werden können, wenn es der Stand des polizeilichen Gesamtermittlungsverfahrens zuläßt.

## Intelligence Service organisiert Schiffsabotageakte

Untlich wurde am 23. November bekanntgegeben:

In der Zeit vom November 1937 bis November 1938 fanden auf einer Anzahl von Schiffen Sabotageakte statt, die zum Teil zur Vernichtung der Schiffe einschließlich ihrer Besatzungen führten. Betroffen wurden davon deutsche, italienische und japanische Schiffe. Den Untersuchungsorganen, die von deutscher Seite aus zur Klärung der Verbrechen angefordert wurden, fiel es damals auf, daß durch diese Sabotageakte kein englisches Schiff betroffen wurde.

Nunmehr ist durch die Aussagen des Captain Stevens sowie durch eigene Untersuchungen folgendes erwiesen:

Haupttäter dieser Schiffsabotageakte war der deutsche Emigrant Bösch. Auftraggeber war der britische Intelligence Service.

Bösch wurde unter dem Verdacht, diese Sabotageakte begangen zu haben, auf Drängen der deutschen Polizei bereits Anfang September 1938 von der Polizei eines neutralen Landes verhaftet und nach kurzer Zeit durch Eingreifen britischer Stellen wieder freigelassen.

Zur Zeit ist Bösch in Dänemark durch Urteil des Kopenhagener Stadtgerichts vom 29. Juni 1939 wegen Spionage für England zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

Das erste Schiff englischer Herkunft, bei dem im Auftrag des Intelligence Service ein vielleicht ähnlicher Akt vorgenommen worden war, ist die „Athenia“.

**Dazu schreibt der „Völkische Beobachter“:**

„Nar und offen sind nun die Zusammenhänge zwischen den englischen Auftragebern und Otto Strasser mit seinen Werkzeugen, das Leben des Führers und des deutschen Volkes mit Mord und Totschlag, mit gemeinster hinterlistiger Sabotage zu treffen.

Mag man sich in London zur Zeit in Krämpfen winden, die Schläge der letzten Tage haben gelessen. In allen Ländern der Erde haben die deutschen Beweise gegen das Verbrechen des englischen Geheimdienstes wie Bomben eingeschlagen. Man ist dort bestürzt und zutiefst erschrocken über die dunklen Mächenschaften dieser teuflischen englischen Organisation, die vielleicht zur selben Stunde auch bei ihnen Aktionen vorbereiten könnte, die zu den infernalischen Plänen der Londoner Zentrale gehören.

Wie aus der heute veröffentlichten amtlichen Verlautbarung hervorgeht, sind wir in der Lage, die Beweislinie fortzusetzen und der Weltöffentlichkeit weiteres Anschauungsmaterial vor Augen zu führen, das sich würdig an die aufgedeckten Schandaten anschließt und wiederum an Hand unlegubarer, unerschütterlicher Tatsachen zwischen dem Attentat in München und den Verbrechen in London aufdeckt.

In der Zeit vom 18. November 1937 bis zum 27. November 1938 ereigneten sich in 15 Fällen, in erster Linie auf deutschen, dazu auch auf italienischen und japanischen Überseeschiffen schwere Explosions- und Brandattentate. In mehreren Fällen war der grausige Erfolg der Anschläge Totalverlust der Schiffe, der das Leben zahlreicher braver Schiffsbeamten und Mannschaften forderte.

Bemerkenswert erschien zu Beginn eingehender Untersuchungen die Tatsache, daß kein einziges englisches Schiff von der Reihe dieser Verbrechen betroffen wurde, ein Eindruck, der sich noch bedeutend verstärkte, als im Laufe der polizeilichen Maßnahmen aller Länder dann ebenfalls ausgerechnet wieder die englische Polizei sich nicht an diesen Maßnahmen beteiligte.

Die Explosionen und Brände wurden durch Zeitzündler mit Höllenmaschinen hervorgerufen.

Die fieberhaften Untersuchungen ergaben bereits bald absolut übereinstimmende Parallelmomente in der Anlage sowie Herstellung des Sabotagematerials. Alle diese Anschläge waren gleichmäßig so vorbereitet, daß mit der erfolgten Explosion möglichst die Lenz-Einrichtung der Schiffe zerstört wurde, so daß diese nicht mehr in der Lage sein konnten, ihren Schiffsraum notfalls mit eigener Kraft leerzupumpen.

So erfolgte beispielsweise am 27. Juni 1938 auf dem deutschen Dampfer „Feronia“ eine schwere Explosion im Kaiser-Wilhelm-Kanal, und nur die im Kanal mögliche sofortige Hilfe verhinderte sein Abinken. Ein schwerer Sturm war hier das Mittel der Vorsehung, der die Schiffsführung zur Änderung des Kurses veranlaßte, sonst hätte die Katastrophe nach Einstellung des Zeitzünders der Höllenmaschine das Schiff auf offener See getroffen und vernichtet.

Bei der polizeilichen Untersuchung der verschiedenen Anschläge fand man auf einigen davon betroffenen Schiffen, wie „Festia“, „Norderney“, „Feronia“ und dem italienischen Dampfer „Felce“, am Latort Reste der Höllenmaschinen, die nicht nur wiederum die gleiche Anlage und Konstruktion bewiesen, sondern völlig übereinstimmende Vorrichtungen enthielten. Die absolut gleichen Metallhüllen der Zündeinrichtung, die teilweise unbeschädigt erhalten blieben und ein kostbares Beweisstück darstellen, sind im deutschen Besitz.

Die Forderung nach dem Urheber dieser Sabotageakte, die alle nur eine Quelle haben konnten, ließ bald unabhängig voneinander von deutscher Seite sowie von Seiten heute neutraler Staaten Fäden erkennen, die ohne Zweifel nach England führten.

Der englische Geheimdienst ahnte nicht, daß bereits im Jahre 1938 in einem neutralen Land ein angeblicher Mittelsmann des Secret Service, in Wirklichkeit aber Beauftragter der Gestapo, sich getarnt in dieses Netz einschaltete. In mehreren 'Treffs' zu verschiedenen Zeitpunkten gelang es ihm, an Besprechungen mit dem zuständigen Vertreter des englischen Geheimdienstes teilzunehmen, aus denen es sich ergab, daß die erfolgten und noch geplanten Aktionen gerade während des spanischen Krieges lediglich eine Probe auf das Funktionieren einer umfassenden englischen Sabotage-Organisation darstellen sollten. Es wurden damals bereits Namen genannt, die in einem späteren Zusammenhang die Lücken in der Beweisführung überzeugend schlossen.

Auch diese Aufklärung und Beweisführung haben wir dem englischen Geheimdienst selbst zu verdanken. Die Vernehmung des Captain Stevens hat uns nun Aufschlüsse gegeben, die von unschätzbarem Wert sein werden.

Captain Stevens sagte aus, daß sich im Erdgeschoß des Londoner Broadway-Buildings eine Abteilung des Geheimdienstes unter dem bezeichnenden Decknamen 'Propaganda-Abteilung' befunden habe. Im Mai 1938, als er, vorübergehend in Prag tätig, von dort aus zur Information nach London berufen wurde, habe ihm der Adjutant des damaligen Chefs der Zentrale, Captain Howard, erklärt, daß sich diese sogenannte Propaganda-Abteilung mit der Vorbereitung von Sabotageaktionen beschäftigt und wegen ihrer großen Bedeutung deshalb bald zu einer selbständigen Abteilung im gesamten Geheimdienst erhoben werden sollte.

Captain Stevens erklärte in Zeugengegenwart in diesem Zusammenhang unter anderem wörtlich: 'Ich war mir damals schon im klaren, daß diese Abteilung bereits im Jahre 1938 eine entsprechende Arbeit leistete.'

Der Emigrant Waldemar Böhsch war der deutschen Polizei im Rahmen ausgedehnter Untersuchungen als ein verantwortlicher Leiter einer Schiffsabotage-Gruppe dieser 'Propaganda-Abteilung' bekannt geworden.

Auf Drängen der deutschen Polizei wurde dann dieser Böhsch in einem neutralen Lande festgenommen, zum größten Erstaunen der informierten deutschen Stellen aber bald wieder freigelassen.

Auch dieses Rätsel vermag Captain Stevens jetzt zu lösen. Stevens selbst war es, der auf Drängen seiner Londoner Zentrale die frühzeitige Freilassung des Böhsch erwirkte und auch tatsächlich durchsetzte.

Captain Stevens erklärte bei seiner Vernehmung, daß dieser Emigrant Böhsch ein ganz besonders tüchtiger Agent des englischen Geheimdienstes gewesen sei. Es wäre nicht leicht gewesen, ihn damals frei zu bekommen, weil bei ihm eine Skizze vom Laderaum eines großen deutschen Schiffes gefunden wurde, in dem an besonders gefährdeter Stelle Bezeichnungen für die Vorbereitung eines Attentats enthalten waren.

Dieser gleiche Emigrant und englische Agent Böhsch sitzt zur Zeit in Dänemark hinter Gittern. Er wurde dort nach dänischen Zeitungsberichten am 29. Juni dieses Jahres zu einer längeren Gefängnisstrafe gemäß § 105 des dänischen Strafgesetzes verurteilt: wegen Spionage für England.

Wir können damit für heute dieses Kapitel aus der Tätigkeit der englischen Verbrecherorganisation abschließen. Es wird ohne Zweifel von ganz besonderem Wert sein für die zuständigen amerikanischen Stellen, den Fall 'Athenia' unter diesen für sie gewiß interessanten Gesichtspunkten noch einmal zu betrachten.

Noch deutlicher kann wohl der britische Identitätsbegriff von Propaganda und verbrecherischer Sabotage nicht dargestellt werden. Agent Böhsch, Agent Straffer, Agent Elser, Höllemaschinen auf deutschen Schiffen, das Attentat von München, das gleiche verruchte System, die gleiche teuflische Methode. — Sie sollen sich wundern; solche 'Propaganda' wird ihnen Früchte bringen!"

In Ergänzung hierzu machte der „Böltische Beobachter“ am 25. November folgende Mitteilungen:

Es würde zu weit führen, nun die einzelnen Untersuchungsbeefunde zu behandeln, wie sie erst nach mühsamer Arbeit immer wieder auf den gleichen englischen Ursprungsfaden zurückzuführen waren, wir wollen heute nur einige Seiten jenes Kontobuches aufschlagen, in dem die Verbrechen des Geheimdienstes verzeichnet stehen, die zu den übelsten, weil gemeinsten und heimtückischsten Schandtaten gehören, zu dem nur der letzte Auswurf der Menschheit sonst fähig ist. Captain Stevens hat uns bei seiner Vernehmung bestätigt, daß die sogenannte „Propaganda-Abteilung“ des Service in London diese Arbeit bestellte, bezahlte und durchführen ließ, wie gesagt, um damals nur „auf Probe“ das Funktionieren des eigentlichen Apparates festzustellen.

### Der Fall „Reliance“

Der 20 000 Tonnen große deutsche Luxusdampfer „Reliance“ kehrte zurück von einer Weltreise. Am 1. August 1938 traf das Schiff in Kopenhagen ein, wo es mit Passagieren und einer Besatzungsstärke von 300 Menschen nur einen Tag anlegte und anschließend die Fahrt nach Cuxhaven fortsetzte.

Am 4. August wurden die Passagiere in Cuxhaven an Land gesetzt, und noch am gleichen Tage fuhr die „Reliance“ nach ihrem Heimathafen Hamburg, wo sie am Kaiser-Wilhelm-Kai anlegte.

Am 7. August sollte das prächtige Schiff zu einer langen Reise auslaufen, da brach an Bord des Dampfers jedoch ein Großfeuer aus, das solchen Umfang annahm, daß es in verhältnismäßig kurzer Zeit die gesamten Innenräume des Schiffes vollständig zerstörte und auch die Decksaufbauten noch zum größten Teil vernichtete. Lange Zeit dauerte es, bis der Brand gelöscht werden konnte. Die nach der Löschung von dem eingekerkerten Untersuchungskommissionen angestellten Erhebungen führten zu dem ganz einwandfreien Ergebnis, daß der entsetzliche Brand auf einen Sabotageakt zurückzuführen war.

Die näheren Feststellungen der Sicherheitspolizei ergaben, daß der Brand von den Besenlockern hinter dem Bücherladen ausging. Hier wurde dann auch ein großer Teil des Brandfahes, darunter zwei Messinghüllen, die mit dem Zündsatz in Zusammenhang standen, sichergestellt. Es wurde außerdem im Oberstewardlocher ein zweiter Brandherd festgestellt.

Eingehende Sachverständigen-Gutachten stellten fest, daß die Brandlegung ganz spezielle Sachkenntnis voraussetzte. Es konnte dabei die genaueste Zusammenlegung des Zündgemisches, das zur Sabotage diente, festgestellt werden.

Der englische Auftrag war befehlsgemäß, wie wir heute wissen, durchgeführt worden, zwei deutsche Volksgenossen hatten dabei ihr Leben lassen müssen, die Hamburg-Amerika-Linie mußte einen Sachschaden von 25 Millionen Reichsmark feststellen — eine Arbeitsprobe der „Propaganda-Abteilung“ des englischen Geheimdienstes!

### Fall „Norderney“

Am 18. Mai 1938 wurde im Laderaum des Dampfers „Norderney“, der im Segelschiffhafen im Hamburg lag, eine sogenannte Brandpackung gefunden, die sich zwar entzündet hatte, jedoch mangels genügender Luftzufuhr ohne größere Wirkung geblieben war.

Der erste Steuermann des Schiffes erkannte den Brandherd als solchen, verständigte umgehend die Geheime Staatspolizei in Hamburg, die sofort die notwendigen Untersuchungen aufnahm. Im Verein mit der Gestapo stellte das Chemische Staatsinstitut in Hamburg fest, daß die sichergestellten Gegenstände Metallhüllen enthielten, die in Wirklichkeit zeitlich eingestellte Zündkapfeln darstellten mit Pikrinjäure als Inhalt.

Weiter konnte festgestellt werden, daß es sich hierbei um eine Brandpackung handelte, die an Bord geschmuggelt wurde, im Raum II hinter die Spanten und Schweißplatten versteckt, um den Dampfer auf hoher See in Brand zu setzen.



Durch den Umstand, daß das Schiff im unteren Teil durch Holzbohlen und im oberen Teil mit Papierballen dicht beladen, ja beinahe luftdicht abgeschlossen war, ist die entzündete Brandpackung mangels Luftzufuhr selbst erloschen und hat ihren Zweck nicht erreicht.

Ein weiteres Gutachten der Chemisch-Technischen Reichsanstalt Berlin bestätigte noch das Vorhergesagte.

Dieser Fall des Dampfers „Norderney“ war der Staatspolizei deshalb von ganz besonderem Interesse, weil der Sabotageanschlag in erheblichen Punkten eine absolute Übereinstimmung mit dem Sprengstoffanschlag auf dem italienischen Dampfer „Felce“ darstellte. So sind die im Fall des Dampfers „Norderney“ gefundenen Messingrohrstücke, Gewindefappen und Sprengkapseln mit Aluminiumhüllen ebenfalls bei der Sprengstoffpackung des Dampfers „Felce“ verwendet worden.

Die spätere Feststellung, daß auch auf den von ähnlichen Anschlägen getroffenen Schiffen „Hestia“ sowie „Feronia“ das gleiche Sabotagematerial gebraucht wurde, bildete dann auf der Spur der von England beauftragten Verbrecher ein ganz besonderes Beweismaterial.

### Der Fall „Claus Böge“

Am 17. März 1938 ging der deutsche Dampfer „Claus Böge“, 2340 Tonnen groß, mit 21 Mann Besatzung von Oslo ohne Ladung mit dem Ziel Blisfingen in See.

Als sich der Dampfer in der Nacht vom 18. zum 19. März etwa um 0.50 Uhr etwa 26 Seemeilen nordwestlich von Hornsørriff auf der Höhe von Esbjerg befand, wurde das Schiff durch eine Detonation im Vorschiff schwer erschüttert. Gleichzeitig sah Besatzungsangehörige aus Luke 1 eine Stichflamme und sodann dicken, gräulichen Qualm hervordringen, der auffallend stark nach Pulver roch.

Die vom Kapitän angeordneten Versuche, das Deck im Vorderschiff mit einem Decksegel abzudichten, konnten wegen des schnell eindringenden Wassers nicht mehr durchgeführt werden.

Nach etwa 4 bis 5 Minuten erfolgte eine zweite Explosion, und wieder war ein ausgesprochener Pulvergeruch festzustellen. Diese zweite Explosion erfolgte backbordseits unterhalb der Brücke an der Achterkante der Luke 2.

Das Wasser trat jetzt so stark ein, daß es den Heizern und dem diensthabenden Ingenieur nicht mehr möglich war, das Feuer aus den Kesseln zu reißen, sie mußten die Räume schnellstens verlassen.

Der vom Kapitän geweckte erste Offizier Thomsen konnte noch mit den Funkstationen Scheveningen und Elbe-Weser Verbindung aufnehmen und SOS-Rufe senden. Während schon 16 Mann der Besatzung im backbordseitig angebrachten Rettungsboot Platz nahmen, blieben der Kapitän, der erste Ingenieur, der zweite Ingenieur, der Koch und der Politiische Leiter an Bord.

Das Vorschiff war inzwischen schon fast bis zur Brücke unter Wasser. Eine Rettung aussichtslos, weshalb die an Bord Zurückgebliebenen das backbordseitig angebrachte Arbeitsboot klar machten. Als der Kapitän mit den Zurückgebliebenen das Boot bestiegen hatte, wurde dieses an die Schiffswand geschlagen und lief voll. Der erste Offizier und der zweite Ingenieur wurden an Bord zurückgeworfen, der Kapitän und die restlichen Besatzungsmitglieder fielen in See.

Das Schiff war während dieser Zeit soweit vollgelaufen, daß es Kopf stand, etwa 2 Minuten in dieser Stellung verharrte und dann völlig absackte. Erst nach 40 Minuten konnten die Offiziere und Steuerleute vom eigenen Rettungsboot aufgenommen werden, der Kapitän starb mit seinem Schiff.

Eine halbe Stunde später wurde die Besatzung, die fortgesetzt Leuchtmunition abschob, von dem schwedischen Dampfer „Sverre Verooard“ gesichtet und an Bord genommen.

Aber die Ursache der Explosion sagen die vernommenen Besatzungsmitglieder, insbesondere diejenigen, die zur Zeit der Explosion Wache hatten, übereinstimmend aus, daß die Explosionen von Höllemaschinen herrühren müssen, denn diese seien nicht außenbords, sondern im Schiffsinnern erfolgt, und zwar die erste Explosion in der Luke 1, die zweite Explosion in der Luke 2. Eine kurze Besichtigung der Stelle der zweiten Explosion durch einen der Schiffseingenieure ergab, daß die Schiffswand zerrißen und nach außen gedrückt wurde.

Spätere, umfassende Feststellungen auch in den Ausgangshäfen ergaben die Richtigkeit der Aussagen der Besatzungsmitglieder. Wiederum war das Exerzieren der „Propaganda-Abteilung“ von dem in London geforderten Erfolg gekrönt worden.

\* \* \*

Für heute wollen wir dieses Kapitel beschließen, es waren nur drei Fälle von 15 Anschlägen des englischen Geheimdienstes, die uns im Laufe eines Jahres bekannt geworden sind.

Über 60 Millionen Reichsmark Schaden hat nicht nur Deutschland, sondern auch Japan und Italien diesem „Probealarm“ des englischen Service mitten im sogenannten Frieden zu danken. Ganz zu schweigen von den Opfern an Leben und Gesundheit braver Schiffsbesatzungen.

Die Bombe in München aber, das war keine Probe mehr, das war ein Unternehmen, weil wir wissen, mehrfach von gleicher Stelle aus vorher eingübt und geprobt, das war der Schlag, der Stoß, der Deutschland mitten ins Herz treffen sollte.

Und das alles zusammen ist die Methode, die jene höhere Gerechtigkeit herausgefordert hat. Wir vertrauen fest, daß diese Gerechtigkeit mit stärkerer Hand jenes raffinierte System ganz zerklüftet!

## II.

### Außenpolitik

Die deutsche Politik geht den vom Führer zuletzt in der Rede vom 8. November klar vorgezeichneten Weg entschlossen und konsequent weiter. Sie ist bedingungslos auf den Sieg über England gerichtet. England, den Anstifter und Verantwortlichen dieses Krieges, niederzurufen und es zu diesem Zweck so oft und so schwer als möglich zu treffen, ist die Aufgabe unserer militärischen, wirtschaftlichen und politischen Kriegsführung. Da England den Krieg mit der Flotte durch die Blockade gewinnen will, gilt es für uns, einerseits die englische Kriegsflotte durch unsere Waffen so empfindlich wie möglich zu treffen und der englischen Blockade die Gegenblockade der englischen Insel durch Handelskrieg, d. h. durch Vernichtung englischen und fremden auf England fahrenden Schiffsraums entgegenzustellen, andererseits die englische Blockade durch geeignete wirtschaftliche und organisatorische Maßnahmen innerhalb Deutschlands und durch eine zweckentsprechende Außenhandelspolitik zu parieren. Auf all diesen Gebieten sind weitere beträchtliche Erfolge erzielt worden. Der auf Fahrt nach England oder Frankreich befindliche Schiffsraum ist um dreiviertel Millionen Tonnen vermindert, weitere Kriegsschiffe Englands sind zerstört, eines sogar in der Nähe der Küste Islands. Deutschlands Wirtschaftsaustausch mit dem größten Teil Europas und Teilen Asiens geht weiter. Wichtige Verhandlungen mit einer ganzen Anzahl von Staaten über Wirtschaftsfragen sind im Gange oder beendet.

Gleichzeitig wird die Vereinigung der Nationalitätenkarte Osteuropas, wie sie der Führer angekündigt hat, hinsichtlich der deutschen Minderheiten durchgeführt. Die Rückführung der Volksdeutschen aus den Ostseestaaten ist größtenteils beinahe beendet. Mit Rußland wurde am 16. November ein Abkommen über die Umsiedlung von Volksdeutschen aus der Westukraine und dem westlichen Weißrußland nach Deutschland und der ukrainischen, weißrussischen und russischen Bevölkerung aus der deutschen Grenzzone des früheren Polen nach der Sowjetunion abgeschlossen, das auch die Einzelheiten des Übersiedlungsverfahrens regelt. So wird mitten im Kriege der deutsche Siedlungsraum zwischen den beiden Bastionen Ostpreußen und Schlesien mit deutschen Menschen ausgefüllt und werden die Grundlagen für eine gesicherte und dauerhafte Volkstumsgrenze in diesem Raum gelegt.

Wir sind Zeugen eines Vorganges, wie ihn ein Jahrtausend nur einmal zu bringen pflegt. Die katastrophalen Folgen der Völkerverwanderungszeit für den

deutschen Siedlungsraum, gegen die zuerst unter den salischen Kaisern entschlossenen Front gemacht wurde, werden von Adolf Hitler auf der Basis des von ihm geschaffenen Großdeutschlands und der deutsch-russischen Verständigung und während eines Daseinskampfes Großdeutschlands gegen den jede Neuordnung Europas bekämpfenden westlichen Imperialismus rückgängig gemacht. Die Einigung aller Deutschen in einem ihnen allen wirtschaftliche Lebensmöglichkeiten und dauernde militärisch-politische Sicherheit gewährenden geographischen Raum soll endgültig werden. Um dieses Ziel geht der Kampf, in dem wir stehen.

Bismarck hat durch den Krieg von 1870/71 gegen die historische Europa-Politik Frankreichs die kleindeutsche Lösung der deutschen Frage erkämpft. Der Weltkrieg 1914/18 hat dieses Deutschland erheblich verkleinert und eingeengt. Adolf Hitler hat Großdeutschland geschaffen, dessen Lebensraum abgerundet, und jetzt steht er im Kampf, um das Gewonnene zu behaupten, wieder gegen die historische Europa-Politik Frankreichs und die ebenso historische wie egoistische „Gleichgewichtspolitik“ Englands. Ob das stärkste und führende Kulturvolk Europas auch den größten und stärksten Staat und die entsprechende politische und wirtschaftliche Geltung und Entfaltung haben soll, das ist, weltpolitisch und welthistorisch gesehen, die Frage, um die es geht. Deshalb führen wir einen gerechten Krieg, einen Krieg um wirkliche Lebensrechte unseres Volkes, um die Verwirklichung staatlicher und wirtschaftlicher Relationen, wie sie sich aus dem natur- und gottgegebenen Dasein unseres Volkes als selbstverständliche Forderung ergeben.

Der Feind ist England. War jahrhundertlang Frankreich der Widersacher deutscher Einigkeit, so ist im Weltkrieg 1914/18 zum erstenmal England gegen das deutsche Lebensrecht aufgetreten. Frankreich mit ihm zugleich und mit kaum weniger starkem Antrieb, weil es die Revanche haben, d. h. die hegemoniale Stellung wiedergewinnen wollte. Es besah sie nach dem Weltkrieg ein gutes Jahrzehnt. Hitler hat sie ihm entwunden und das natürliche militärisch-politische Kräfteverhältnis, wie es sich aus der Volkszahl ergibt, wiederhergestellt. Nach dem Münchener Abkommen war Frankreich bereit, diese Tatsache anzuerkennen und hat mit der deutsch-französischen Erklärung vom 6. Dezember 1938, die Reichsminister des Auswärtigen v. Ribbentrop in Paris unterzeichnete, dies auch völkerrechtlich dokumentiert. Aber nach der Eingliederung der Rest-Tschechei in Großdeutschland gelang es England, die französische Politik wieder in die traditionellen Bahnen ihrer historischen Europa-Politik zurückzulenken. Frankreich, keinesfalls in der Lage, gegenüber dem national endgültig zum Einheitsbewußtsein und Einheitswillen gereiften deutschen Volke eine überlegene Rolle zu spielen, hat sich von England dazu bringen lassen, für dessen „Gleichgewichtspolitik“ zum Kampf anzutreten. Dieser Kampf ist vom ersten Tage an an der deutschen Siegfriedlinie stedengeblieben. Er muß von Frankreich nach der Vernichtung Polens ohne jeden Bundesgenossen auf dem europäischen Festlande geführt werden, entgegen der ganzen Sinngebung der Bündnis- und Sicherheitspolitik Frankreichs seit Versailles, die stets für jede Kriegsmöglichkeit gegen Deutschland nur von der Konzeption des Kampfes gegen ein von Feinden umringtes Deutschland ausging. Frankreich erwartet den Sieg nicht vom Einsatz seiner Divisionen, sondern von der Wirkung der Blockade durch die englische Flotte. Dieser militärische Tatbestand gibt die politische Abhängigkeit Frankreichs ebenso wieder wie das Führungsverhältnis Englands innerhalb der englisch-französischen Allianz.

England also ist der Feind. Sein Wille bestimmte die Entstehung des Krieges und bestimmt die Kriegsziele. Aber sie ist die schon bisher lebhaft diskutierte in England während der zweiten Novemberhälfte weitergegangen. Chamberlain hat sich in einer Rundfunkrede am 26. und einer Unterhauserklärung am 28. November hierzu in ähnlichem Sinne wie früher geäußert: England wolle Hitlers Politik der Vorherrschaft, die so lange den Frieden in Europa gestört habe, Einhalt gebieten, es müsse der Drohung ein Ende machen, unter welcher Europa so viele Jahre gestanden habe. Das Kriegsziel bestehe darin, den Feind zu schlagen; dabei meine er kaum, daß England die feindlichen Militärstreitkräfte schlagen müsse, sondern es müsse „der deutschen aggressiven Mentalität eine Niederlage beibringen“. Ausschließend zeichnete Chamberlain als britisches Fernziel die Schaffung eines neuen

Europas mit gleichem Recht für alle, Freihandel, Rüstungsbegrenzung, in dem auch ein von einem neuen Geist befeeltes Deutschland seinen Teil haben werde.

Die englische Gleichgewichtspolitik, die England die Aufsicht über Europa, d. h. die Herrschaft darüber gewährleistet, ist hier mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Von dem Glück Europas nach einem englischen Siege hat Deutschland nach Versailles ja die ausgiebigsten Proben genossen!

Auch der Führer der englischen Oppositionsliberalen, Sir Archibald Sinclair, äußerte sich vor dem Liberalen Club der Universität Oxford am 22. November über die Frage der Kriegsziele. Er wünscht nach Zerstörung des Nationalsozialismus „und aller deutschen Hegemonieabsichten in Europa“ eine neue europäische Ordnung, die auf die Begrenzung der nationalen Souveränität sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet, auf den Grundsätzen der Völkerbundscharta und der Herrschaft des Rechtes aufgebaut werden müsse. Die Militärluftfahrt müßte ganz verschwinden, die Zivilluftfahrt unter internationale Kontrolle gestellt, eine allgemeine Abrüstung und natürlich auch eine moralische Abrüstung herbeigeführt werden.

In ähnlichen Gedankengängen bewegte sich eine am 30. November unter dem Vorsitz des inzwischen geradezu uralt gewordenen Lord Cecil angenommene Entschließung der britischen Völkerbundsliga über die englischen Kriegsziele. In ihr wird sogar vorgesehen, daß der Völkerbund, was England im früheren Völkerbund bekanntlich immer aufs stricteste abgelehnt hat, Streitfälle politischen Charakters durch Schiedsspruch solle entscheiden können. In einem Leitartikel des führenden sozialistischen Organs, des „Daily Herald“, wurden diese Pläne zu einer neuen und besseren Weltordnung noch weiter ausgeführt.

Also in dem Ziele, die Machtstellung des Großdeutschen Reiches zu zerstören, Deutschland nach Versailles Muster auf die Knie zu zwingen und es in eine sogenannte neue internationale Ordnung, d. h. in eine neue Zwangsjacke à la Versailles hineinzuzwingen, sind sich Regierung und Opposition in England durchaus einig. Haben wir nicht die Sirenenklänge von einem besseren Europa und einer besseren Welt, von der Abrüstung der Waffen und von der moralischen Abrüstung nicht schon aus dem Munde jenes falschen Propheten Wilson gehört, und klingen uns die ebenso heuchlerischen wie fruchtlosen Deklamationen über europäische Sicherheit, Abrüstung und Frieden, die wir so viele Jahre von Genf aus vernommen haben, nicht noch in den Ohren? Glauben die englischen Staatsmänner wirklich daran, daß in Deutschland auf dieses Geschwätz auch nur ein Dummer hereinfällt, oder glauben sie wirklich, damit die Neutralen, deren Lebensrechte sie durch ihre rechtswidrige Blockade täglich aufs schwerste verletzen, zu Vorpostendiensten für ihre Machtpolitik bewegen zu können? Eine Osloer Zeitung gab darauf folgende deutliche Antwort: „Nein, mit Hitlerismus meinen die englischen und französischen Staatsmänner die Bedrohung der Weltherrschaft der Westmächte. Ihr alleiniges Recht, die Völker in den Kolonien auszuplündern und sie zu unterjochen, schen ihnen gefährdet. Sowohl wirtschaftlich wie auch militärisch fühlen diese beiden Länder ihre Übermacht bedroht.“ Ein früherer bulgarischer Minister schrieb am 30. November, die Erklärungen Chamberlains über ein neues Europa seien zu schön, um geglaubt zu werden, und diese Auffassung sei heute allgemein in der Welt. Ähnliche schöne Worte seien auch im Weltkrieg verkündet worden, und doch habe es nachher Sieger und Besiegte gegeben, und die Besiegten seien nach Paris bestellt worden, um ihnen die Bedingungen zu diktieren, sie zu beleidigen und zu erniedrigen.

Was übrigens die von den Engländern so gerühmte Abrüstung angeht, so hat die englische Regierung dem Generalsekretär des selbstamerweise immer noch existierenden Völkerbundes mitgeteilt, sie werde die seinerzeit vom Völkerbundssekretariat registrierten Verträge über Seeabrüstung, nämlich den vom 25. März 1936 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Kanada, Australien und Neuseeland abgeschlossenen Vertrag über die Beschränkung der Flottenrüstung, dem auch Italien am 2. Dezember 1938 beitrug, ferner das Londoner Marineabkommen vom 17. Juli 1937 zwischen England und Sowjetrußland sowie das Londoner Marineabkommen vom 27. April 1938 zwischen England und Polen nicht mehr beachten. Das ist das endgültige Ende der

„Flottenabrüstung“, die mit dem Washingtoner Flottenabkommen von 1922 begonnen hatte. Es handelte sich bei ihr bekanntlich keineswegs um eine Abrüstung zur See, wie sie Deutschland im Versailler Vertrag aufgezwingen wurde, sondern nur um eine Begrenzung der Seerüstungen, die für England ausschließlich den realpolitischen Sinn hatte, die englische Seeherrschaft durch Bindung und Kontrolle der Seerüstungen der anderen Staaten sicherzustellen. Einen ähnlichen Sinn haben die neuesten englischen Abrüstungsschmalmeien auch jetzt natürlich: Man will Deutschland auf die Knie zwingen und erneut abrüsten und dann die so gewonnene Machtposition als neue europäische Ordnung und als Recht schlechthin aufstellen und sichern.

Zunächst freilich will man Deutschland aushungern. Die weitere Durchführung und Ausgestaltung der Blockade beschäftigt Englands Politiker und öffentliche Meinung in erster Linie. Der Glaube, daß dieses Ziel sozusagen zwangsläufig und ziemlich bald erreicht werden könnte, ist offensichtlich im Schwinden begriffen. Chamberlain warnte am 28. November im Unterhaus davor, „die Stärke des Feindes zu unterschätzen“, und in der englischen Presse gab es zahlreiche Stimmen, die eine Ergänzung der Seeblockade durch einen systematischen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland forderten, wobei besonders auf die „Times“ vom 30. September zu verweisen ist. Man müsse Deutschland überall in den nordischen und in den Balkanstaaten die Lebensmittel und Rohstoffe wegkaufen, man müsse durch rücksichtsloses Dumping seinen Ausfuhrhandel ausschalten und ihm damit die Möglichkeit von Deviseneinnahmen abschneiden, kurz, der Blockade durch andere Mittel erst die richtige Wirksamkeit verleihen. Demselben Zweck dient die von England und Frankreich gleichzeitig am 28. November für den 4. Dezember verkündigte Exportblockade Deutschlands: Nicht nur die deutsche Einfuhr, sondern auch die deutsche Ausfuhr soll künftig blockiert werden. Am 21. November kündigte Chamberlain im Unterhaus diese neue Phase englischer völkerrechtswidriger Kriegführung an. Er begründete sie mit der angeblichen Verletzung des Völkerrechtes, die Deutschland „durch seinen Minenkrieg“ gegen England begangen habe, und bezeichnete sie als eine völkerrechtliche Vergeltungsmaßnahme. Chamberlain hat also diesmal selbst zugegeben, daß die englische Exportblockade an sich nicht dem Völkerrecht entspreche, und hat nur versucht, sie als Vergeltungsmaßnahme zu rechtfertigen. Dabei hat er daran erinnert, daß England dieselbe völkerrechtswidrige Maßnahme schon im Weltkrieg durchgeführt habe.

Der angebliche deutsche Minenkrieg ist natürlich nur ein Wortwand. England mußte feststellen, daß es sich hinsichtlich der Wirkung der Einfuhrblockade auf die deutsche Widerstandskraft geirrt hat, und sucht nun nach neuen Möglichkeiten, um Deutschland wirtschaftlich zu erdrosseln. Dies wird auch in der englischen Presse ganz offen zugegeben, die schon seit einiger Zeit den totalen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland gefordert hat und nun auch die Umstellung der gesamten Wirtschaft Englands auf diesen Krieg befürwortet.

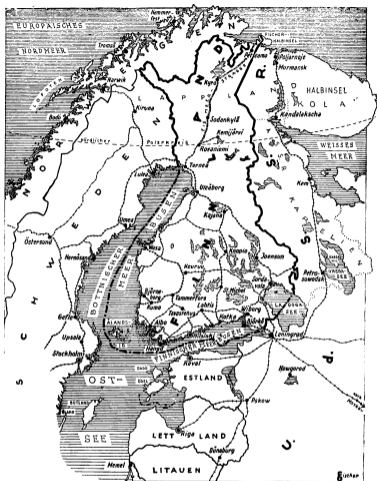
Über die Rechte der Neutralen auf ungestörte Ausübung ihres Handels auch in Kriegszeiten geht England mit der Rücksichtslosigkeit, die seine ganze Geschichte kennzeichnet, unbedenklich, ja sogar mit der zynischen Bemerkung hinweg, die absolute Stillelegung des deutschen Handels werde den Krieg um so schneller beendigen und damit auch den Interessen der Neutralen selbst aufs beste dienen! Die Neutralen freilich, Holland, Belgien, die nordischen Staaten, Japan, Italien besonders haben scharf in London gegen den neuen englischen Völkerrechtsbruch protestiert und zum Teil sogar mit Gegenmaßnahmen gegen den englischen Handel gedroht. Die Haltung der Neutralen im einzelnen wird uns noch beschäftigen. Gegenüber der in einzelnen neutralen Ländern geäußerten Absicht, die Handelschiffe, deren Ladung aus deutschen Exportwaren bestehe, durch Kriegsschiffe geleiten zu lassen, wurde am 30. November vom englischen Ministerium für den Wirtschaftskrieg erklärt, daß „dies das britische Recht, diese Schiffe nach deutschen Waren zu untersuchen, nicht ändern würde“, d. h. also, England würde gegen die Kriegsschiffe der Neutralen mit Waffengewalt vorgehen und seine seit Jahrhunderten immer wieder geübten Seeräubermethoden auch in der schärfsten Form zur Anwendung bringen. Wirklich, die Zerstörung der englischen Seemacht ist ein allgemeines Weltinteresse!

Einstweilen freilich bekommt England selbst die Gegenblockade Deutschlands und die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges recht fräftig zu spüren. Nach „Financial News“ vom 29. November muhte das britische Handelsministerium feststellen, daß die Indexziffern für den Nahrungsmittelgroßhandel in den ersten beiden Kriegsmonaten um 20,8 v. S. gestiegen seien, während die „Financial Times“ vom 1. Dezember mitteilte, die Großhandelsindexziffer sei seit August um 25,5 v. S. und seit Oktober allein um 7,4 v. S. gestiegen. Die steigende Bewegung der Preise macht allenthalben in England große Sorgen, und ein zur Stabilisierung der Preise in Kraft gesetztes Antiprofit-Gesetz scheint bisher nichts genügt zu haben. „Financial News“ vom 27. November zog daraus den Schluß, „daß nur noch Maßnahmen von wahrhaft totalitärem Charakter ein weiteres Ansteigen von Preisen und Löhnen verhindern könnten.“ Forderungen auf Lohnerhöhungen von 10 und 20 v. S. sind an der Tagesordnung. Eine ähnliche Entwicklung ist auf der Währungsseite der englischen Wirtschaft zu beobachten. Das englische Pfund hat dadurch, daß der sogenannte Sterlingblock aufgeflogen ist, ein gut Teil seiner Stellung als Weltwaise verloren, ist erheblich gesunken und liegt schwach an den Börsen. Eine wirkliche Golddeckung hat es nicht mehr. Wie England bei dieser Lage den von der „öffentlichen Meinung“ geforderten totalen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland führen, d. h. diesem in allen ihm zugänglichen Ländern durch Vorkauf Rohstoffe und Lebensmittel und durch rücksichtsloses Dumping die Ausfuhrmöglichkeiten wegnehmen will, ist nicht zu sehen, ganz abgesehen davon, daß ja Deutschland auch noch da ist, um die Durchführung der freundlichen englischen Pläne zu verhindern.

Kein Wunder, daß auch weiterhin die innere Front in England zu wünschen übrig läßt. Eine am 28. November als Weißbuch veröffentlichte Kabinettsorder über wichtige Änderungen in den Verbotsbestimmungen, die das freie Wort, die Vollmachten für Verhaftungen und Inhafthaltung, die Propaganda und ähnliches betreffen und unter anderem auch die Einführung einer vollständigen Zensur ermöglichen, spricht eine deutliche Sprache und illustriert eine Stelle der Thronrede des englischen Königs, die am 23. November im Parlament verlesen wurde. „Wir streben nicht nach materiellem Gewinn“, sagte seine Majestät, „die Freiheit und freie Einrichtungen sind unser Geburtsrecht, das wir wie unsere Vorfäter zu behüten entschlossen sind.“ Einstweilen ist man offenbar gezwungen, diese „freien Einrichtungen“ einigermaßen abzubauen.

Ein besonderes Kapitel der inneren Front Englands, das freilich auch zur äußeren gehört, ist die englische Propaganda. Die Kritik, die die englische Öffentlichkeit ihr gegenüber schon seit Kriegsbeginn übt, geht unentwegt weiter, und „Daily Sketch“ überschrieb am 29. November sogar einen Artikel „Wir verlieren diesen Propagandakrieg“. Wenn freilich der englische Rundfunk die Erziehung oder Inhaftierung bekannter deutscher Persönlichkeiten meldet, die entweder schon vor Jahren verstorben sind oder tags darauf vor den ausländischen Pressevertretern in Berlin erscheinen, so macht es die englische Propaganda der deutschen allerdings gar zu leicht! Die englische Propaganda hat, offenbar inspiriert durch deutsche Emigranten, vom Beginn des Krieges an ihre Tätigkeit auf zwei Annahmen aufgebaut, nämlich auf der eines Gegensatzes zwischen politischer Führung und Volk in Deutschland und auf der der schnellen Wirkung der englischen Blockade, wobei sie glaubte, die Auswirkungen der Blockade würden den angenommenen Gegensatz zwischen Führung und Volk bald so verstärken, daß der Zusammenbruch der inneren Front in Deutschland erfolgen würde. Die Stimmen mehrten sich in England, die diese Voraussetzungen für Englands geistige Kriegsführung als das erkennen, was sie sind, als völlige Fehlspekulationen. Das deutsche Volk wird seinerseits auch weiterhin zu dieser Aufklärung der Engländer das Nötige beitragen.

Im übrigen besorgen die politischen Ereignisse diese Aufklärung ihrerseits, auch außerhalb Englands. Die Entwicklung der finnisch-russischen Beziehungen hat Englands Kriegspropagandathese vom Kampf für gleiches Recht aller Völker Europas erneut ad absurdum geführt. Der in der Vertretung dieser „Rechte“ seit je besonders anspruchsvolle „Manchester Guardian“ schrieb am 30. November kühl und sachlich, die Alliierten hätten mit sich selbst genug zu tun und könnten nicht zugunsten Finnlands militärisch eingreifen. Das Foreign Office gab am 29. November eine Verlautbarung heraus, in der die Hoffnung der englischen Regierung aus-



### Zur Eröffnung der finnisch-russischen Kampfhandlungen

Das Oberkommando der Roten Armee erteilte am 30. November 8 Uhr morgens den Befehl an die sowjetrussischen Truppen, die finnische Grenze zu überschreiten, nachdem einem Grenzzwischenfall am 26. November die Aufkündigung des finnisch-sowjetrussischen Nichtangriffspaktes und die Abberufung der diplomatischen Vertretung durch die Sowjetregierung gefolgt war. Aus Helsinki wurden am gleichen Tage Bombenangriffe russischer Flugzeuge auf die finnische Hauptstadt gemeldet.

gesprochen wurde, es möchten kriegerische Maßnahmen vermieden und das Angebot der Regierung der Vereinigten Staaten, ihre guten Dienste im russisch-finnischen Streifall anzubieten, angenommen werden. Chamberlain gab am 30. November eine ausführliche Erklärung im Unterhaus ab, die sich ganz auf den finnischen Standpunkt stellte, gegen die Sowjet-Regierung Stellung nahm, sich jedoch mit platonischen Äußerungen der Sympathie begnügte und auch jede Anspielung auf mögliche englische Hilfe für Finnland vermied! In früheren Stadien der finnisch-russischen Verhandlungen hatte Englands öffentliche Meinung freilich den Finnen von jedem Eingehen auf die russischen Wünsche eifrig abgeraten.

Englands „Kampf für die Freiheit der Völker“ geht auch hinsichtlich Indiens in gewohnter Weise fort. Der Vorstand der indischen Kongreßpartei hat deshalb auch am 27. November eine Entschliebung angenommen, wonach diese größte indische Partei an ihre Anhänger die Parole ausgibt, sich von der britischen Politik und dem von England geführten Kriege abseits zu halten und weiter an dem System festzuhalten, nicht mit den britischen Behörden in Indien zusammenzuarbeiten, bis Großbritannien seinen Standpunkt Indien gegenüber ändere und die Forderungen der Kongreßpartei, d. h. die Unabhängigkeit Indiens und die Aufstellung einer indischen Verfassung durch eine indische verfassunggebende Nationalversammlung annehme.

In Südafrika ist die beabsichtigte Einigung zwischen den Parteien General Verhogg und Dr. Malans bisher nicht zustande gekommen. Die oppositionellen Kräfte gegen die englischhörige Politik des gegenwärtigen südafrikanischen Premierministers Smuts haben deshalb noch nicht ihre volle Stoßkraft gefunden.

Aus Australien wird berichtet, daß die australische Regierung vor erheblichen Schwierigkeiten stehe, um die australische Weizenenernte unterzubringen, und erstlich an eine Verringerung der Anbaufläche denke.

In Frankreich hält die Regierung an der Politik, mit England weiter durch dick und dünn zu gehen, fest. Gleichzeitig mit der englischen hat sie am 28. November die Verordnung über das völkerrechtswidrige Embargo der deutschen Ausfuhr veröffentlicht. Der Blockade-Minister Bernot hat in einer Erklärung vor der Presse am 27. November diesen Völkerrechtsbruch mit den gleichen falschen Argumenten wie Chamberlain verteidigt. Auch das von den Engländern gebrachte Argument hinsichtlich der Neutralen kehrte in der Form wieder, die Behinderung des neutralen Handels sei doch nur ein recht schwacher Beitrag zu der Verteidigung der Freiheit in der Welt, der die Alliierten alltäglich an Menschenleben und materiellen Kräften so schwere Opfer brächten, d. h. also die Neutralen erhalten zum Trost noch den Vorwurf, die Verluste, die sie durch die völkerrechtswidrige englisch-französische Blockade erleiden, seien noch nicht einmal ein genügender Beitrag zu der großen Sache, die die beiden Bannerträger der Freiheit und Kultur verfechten! Die Reaktion der gesamten neutralen Presse gegen die englisch-französischen Gewaltmaßnahmen und die Proteste der Regierungen, die nach Paris ebenso wie nach London gerichtet wurden, werden Herrn Bernot befehrt haben, daß die Friedens- und Freiheits-Phrasologie, die sich im Weltkrieg als ziemlich zugkräftig erwiesen hat, diese Zugkraft diesmal nicht besitzt.

Diese Zugkraft fehlt offenbar auch innerhalb Frankreichs selbst in ziemlichem Maße. Die französische Regierung hat sich genötigt gesehen, den Kampf gegen Vaxifisten und Defaitisten mit äußerster Schärfe durchzuführen. Sie hat zu diesem Zweck am 20. November ein neues Gesetz erlassen, das der Regierung neue scharfe Mittel in die Hand gibt und das besonders auch gegen die Kommunisten gerichtet ist, obwohl der Widerstand gegen den den französischen Lebensinteressen zuwiderlaufenden von England angezettelten Krieg keineswegs ein Monopol der Kommunisten ist. Von den gerühmten „bürgerlichen Freiheiten“, für deren Erhaltung Frankreich angeblich kämpft, besonders von der berühmten Freiheit des Wortes und der Schrift, bleibt kaum mehr etwas übrig. Aber die diesbezügliche offizielle Phrasologie wird uneingeschränkt aufrechterhalten. In einer Rede, die der französische Staatspräsident Lebrun am 21. November im Verlauf einer Befichtigung der Kohlenruben von Lens vor den Kohlenarbeitern hielt und in der er das Defizit der französischen Kohlenwirtschaft auf zwanzig bis fünfundzwanzig Millionen Tonnen jährlich bezifferte, weswegen die Arbeitszeit der Kohlenarbeiter habe erhöht werden



müssen, sagte Lebrun, der französische Kohlenarbeiter sei sich — zum Unterschied vom Deutschen — bewußt, daß er für hohe Ideale arbeite, nämlich dafür, daß „unter den Menschen und unter den Völkern die Grundsätze der Freiheit, des Rechtes, der Gerechtigkeit, der Achtung vor der menschlichen Person und allem, was die Vornehmheit des Lebens in einer republikanischen Demokratie wie der unseren ausmacht, regieren.“ Die führende Zeitschrift Italiens in außenpolitischen Fragen „Relazioni Internazionali“ schrieb am 24. November mit der ungekürzten Deutlichkeit faschistischer Diktion über Frankreichs Kriegsziel: Frankreich beabsichtige das Werk Bismarcks und Hitlers zu zerstören, um Deutschland zu einem Staatsgewirr zu machen wie zu den Zeiten, als Kardinal Mazarin dem Reich einen Weltfällischen Frieden aufzwingen konnte. Der Grund dafür liege einzig und allein darin, daß Frankreich dem Deutschen Reich nicht nur den Sieg über die Polen, die Eingliederung der Tschecho-Slowakei und den Anschluß Österreichs, sondern auch die von Bismarck bewirkte Einigung des Reiches nicht verziehen habe.

Die Äußerungen Lebruns sind die offizielle Phrasenologie, die Formulierung der „Relazioni Internazionali“ gibt die Wirklichkeit!

Dies wird auch bestätigt durch die Regierungserklärung des französischen Ministerpräsidenten Daladier vom 30. November in der Kammer. Nach Wiederholung des bekannten angeblichen Kriegsziels, für alle Nationen in Europa gleiches Recht und Unabhängigkeit zu schaffen, sagte Daladier: „Wir wollen einen Frieden der Sicherheit haben, zuerst aber müssen wir den Krieg gewinnen. Dies ist gegenwärtig unser Ziel, unser einziges Ziel. Wir können auch im Parlament und im Lande nicht vergessen, daß es Franzosen gibt, die im Laufe ihres Lebens gesehen haben, wie Frankreich von dem imperialistischen Deutschland zerstört und bedroht wurde. Wir sind entschlossen, dies nie mehr zuzulassen.“ Das ist in knappen Worten die Wiederholung der historischen Sicherheitstheze Frankreichs, die auf der Pariser Friedenskonferenz noch zur Begründung der Vostrennung des Rheinlandes von Deutschland in der Form eines Frankreich hörigen Pufferstaates ebenso diente, wie sie jeder Vergewaltigung Deutschlands durch den Versailler Vertrag, besonders seiner einseitigen Abriistung und der Ablehnung jeglicher Revision des Diktats durch Frankreich jahrzehntelang zum Vorwand gedient hat. Sicherheit als Forderung der französischen Politik ist ganz einfach identisch mit der Gesamtheit französischer Machtansprüche. Die Sicherheitstheze Frankreichs hat deshalb je nach der politischen Lage, in der sich Frankreich befand, Wandlungen erfahren. Wir können mit den „Relazioni Internazionali“ feststellen, daß die Sicherheitstheze Frankreichs heute wieder auf die Grundfläche des Weltfällischen Friedens und auf eine sehr viel schlimmere Neuauflage von Versailles ausgerichtet ist. Der Friede in der Sicherheit, für den Daladier kämpft, ist der Kirchofsfriede für das deutsche Volk!

Frankreichs Wille, mindestens zum Versailler Diktat zurückzukehren, ergibt sich auch aus den manderlei Meldungen über die Tätigkeit der sogenannten polnischen Regierung des Generals Sikorski und des unter der Leitung von Benesch stehenden „tschecho-slowakischen Nationalrates“ und den Bemühungen um die Aufstellung einer polnischen und einer tschecho-slowakischen Armee in Frankreich, zu der die in Frankreich lebenden Polen, Tschechen und Slowaken rücksichtslos gepreßt werden. Sogar von der Bildung einer „österreichischen Region“ war die Rede. Frankreich kämpft nun einmal für die Freiheit aller Völker Europas, die nach Versailler Muster sich eventuell zur Ergänzung der zu schwachen Volkskraft Frankreichs bei der Niederkämpfung und Niederhaltung Deutschlands zu eignen scheinen, und findet es nur recht und billig, daß diese Völker ihrerseits die Opfer so edlen Kampfes auf sich nehmen!

Betrachtet man unter den neutralen Völkern zunächst diejenigen, die dem gegenwärtigen Kriege am nächsten liegen, so ist festzustellen, daß sie im steigenden Maße durch die völkerrechtswidrige englische Blockade geschädigt werden. Holland und Belgien, als Hauptdurchgangsländer des deutschen Handels, sind durch die Ausdehnung der englischen Blockade auf die deutsche Ausfuhr aufs schwerste getroffen und haben scharfe Proteste nach London gerichtet. Regierung und Presse haben den völkerrechtswidrigen Charakter der englisch-französischen Maßnahmen aufs energischste unterstrichen und eine Verächtlichmachung ihrer Rechte gefordert. Englands Versuche, die Ausfuhr Hollands und Belgiens in diesen beiden Ländern selbst zu

kontrollieren, sind auf völlige Ablehnung gestoßen. Die holländische Regierung hat über das Neuter-Büro am 23. November eine geharnischte Erklärung verbreitet, die von dem graulamen Charakter der britischen Maßnahmen sprach und sagte, die britische Politik verletze nicht nur Hollands Ansicht von Neutralität, sondern auch die grundlegenden Ideen des internationalen Rechts und werde die schädlichsten Rückwirkungen auf Englands eigenen Handel haben. Der amtliche niederländische RegierungspresseDienst meldete am 23. November den scharfen holländischen Protest bei der englischen Regierung. Um welche Werte es für Holland geht, zeigen die von der holländischen Presse zitierten Zahlen. Von dem Transitverkehr Rotterdams von 32,5 Millionen Tonnen im Jahre 1938 waren drei Viertel Seefracht, westwegen das Vorgehen Englands zu einer allmählichen Erwürgung der holländischen Schifffahrt und des holländischen Handels führen muß.

Ähnliches gilt für den belgischen Handel und natürlich auch für die belgische Industrie. Die Zahl der kontrollierten Arbeitslosen in Belgien war am 11. November denn auch bereits auf 195 000 gestiegen gegenüber 137 000 zur gleichen Zeit des Vorjahres, dies, obwohl dem Wirtschaftsleben durch die Mobilmachung Hunderttausende von Arbeitskräften bereits entzogen wurden. So wirkt sich Englands Kampf für die Freiheit der Völker Europas für diese aus! Im übrigen hatte es die englische Regierung am 30. November noch nicht für nötig befunden, den belgischen Protest wegen Ausdehnung der Blockade auf die deutsche Ausfuhr zu beantworten. Die bekannte Brüsseler Zeitung „Vingtème Siècle“ gab am 24. November der Stimmung der Neutralen dahin Ausdruck, Chamberlain könne mit der Blockadeerklärung auf keinerlei moralische Zustimmung rechnen, wenn er sich hinter angebliche Interessen der Neutralen verstanze, die er in Wirklichkeit bedrohe, um ausgesprochen englische Ziele zu verfolgen. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schrieb am 21. November, auf die empörendste und betrübendste Weise werde von der englischen Presse in der Blockade-Frage nach dem Grundsatz verfahren, daß das Recht nichts gelte, wenn englisches Interesse im Spiel sei.

Die Schweiz erfährt die Segnungen von Englands Kampf für die Freiheit ebenfalls, wenn auch infolge ihrer geographischen Lage weniger hart als Holland und Belgien. In einem Geschäftsbericht über die Ausübung der Kriegsvollmachten vom 21. November hat der Bundesrat mitgeteilt, daß die schweizerische Regierung fünfzehn neutrale Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 115 000 Tonnen für die Dauer des Krieges zur Sicherung der Zufuhren von Übersee gemietet habe. Die Anregung, durch die Schaffung eines schweizerischen Seerechts die Führung der Schweizer Flagge auf dem Ozean zu ermöglichen, wurde nicht verwirklicht, vielmehr nur neutrale Schiffe gedankt. Ob die Engländer diesen schweizerischen Schifffahrtsverkehr, der sich hauptsächlich nach Genua konzentrieren soll, unbehelligt lassen werden, wird sich noch zeigen müssen. Die schweizerische Regierung hat hinsichtlich der neuen englisch-französischen Blockademassnahmen zunächst eine abwartende Haltung angenommen.

Die nordischen Staaten, Dänemark, Schweden und Norwegen, bekommen die Folgen der englischen Blockade ebenfalls immer stärker zu spüren. Rationierung aller möglichen Bedarfsmaterialien, Aus- und Einfuhrschwierigkeiten, große Schiffsverluste sind an der Tagesordnung. Auch die nordischen Staaten haben gegen die Ausdehnung der Blockade auf die deutsche Ausfuhr protestiert. Sie versuchen durch Wirtschaftsverhandlungen, die sie einerseits mit Deutschland, andererseits mit England führen, ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu verringern. Während die deutsch-dänischen Wirtschaftsverhandlungen am 30. November zu einem Abkommen führten, das eine Durchführung des Warenverkehrs im Jahre 1940 auf der Grundlage des bisherigen vorsieht, wurde gemeldet, daß die dänisch-englischen Verhandlungen kaum vor Weihnachten beendet werden könnten, und daß es sich dabei wesentlich darum handle, von England anständige Preise für dänische Produkte zu sichern. Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Norwegen und Deutschland sind noch im Gange, ebenfalls die mit Schweden.

Die nordischen Staaten werden in wirtschaftlicher Hinsicht wesentlich durch die englische Blockade und ihre Folgen, politisch neuerdings durch die Ereignisse im Ostseeraum stark beansprucht. Die Neuregelung der Beziehungen zwischen Estland, Lettland und Litauen einerseits und Rußland andererseits läßt auch die nordischen Staaten natürlich nicht unberührt. Vom 15. November an haben die sowjetrussischen

Truppen auch in Litauen begonnen, die ihnen von Litauen eingeräumten Standorte einzunehmen, und diese Aktion am 19. November abgeschlossen. In den gleichen Tagen ist eine neue litauische Regierung auf breiterer Basis gebildet worden. Damit hat die Entwicklung in den drei Ostseestaaten einen gewissen Abschluß erreicht, während in Finnland, das geographisch und politisch die Verbindung zwischen den genannten Ostseestaaten und den nordischen Staaten darstellt, sich jedoch selbst der nordischen Staatengruppe zurechnet, obwohl es dem Volkstum nach mit Estland eine Gruppe bildet, eine neue Entwicklung begonnen hat, deren Ende noch nicht sichtbar ist.

Nach dem Abbruch der finnisch-russischen Verhandlungen am 14. November, die mit einer Ablehnung der russischen Forderungen an Finnland gleichbedeutend war, ist Rußland plötzlich zur Aktion übergegangen, nachdem bei der Abreise der finnischen Delegation aus Moskau die Möglichkeit einer späteren Fortsetzung der Verhandlungen noch offenzustehen schien. Als Antwort auf eine durch den finnischen Ministerpräsidenten Cajander am 23. November gehaltene Rede, die einen Rückblick über die finnisch-russischen Verhandlungen vom finnischen Standpunkt aus gab, richtete am 26. November die Moskauer „Prawda“ einen außerordentlich scharfen Angriff auf Cajander, der offenbar als letzte Warnung aufzufassen war. Am gleichen Tage ereignete sich an der finnisch-russischen Grenze ein Grenz Zwischenfall. Lage russischer Darstellung wurden mehrere Artillerieschüsse von der finnischen Seite auf die russische abgefeuert, was finnischerseits bestritten wurde. Außenkommissar Molotow überreichte deshalb dem finnischen Gesandten eine Protestnote mit der Forderung, die finnische Regierung solle unverzüglich ihre Truppen von der karelischen Landenge 20 bis 25 Kilometer weit zurückziehen. Zugleich griff die gesamte Sowjetpresse die finnische Regierung scharf an. Am 28. November antwortete die finnische Regierung und bestritt, daß von finnischer Seite geschossen worden sei. Einer Zurückziehung der Truppen von der Grenze wollte sie nur zustimmen, falls sie beiderseitig erfolgte. Moskau antwortete nunmehr am 28. November mit einer scharfen Note, die mit der Aufkündigung des finnisch-russischen Nichtangriffspaktes endigte. Am 29. November folgte über alle russischen Sender eine Ansprache Molotows, die mitteilte, daß die Sowjetregierung ihre politischen und wirtschaftlichen Vertreter aus Finnland sofort abberufen werde. Kurz vorher hatte der stellvertretende Außenkommissar Potemkin dem finnischen Gesandten in Moskau eine Note überreichen lassen mit der Mitteilung, daß Rußland die diplomatischen Beziehungen mit Finnland abbrechen. Am 30. November wurde über sämtliche Sowjetsender der Beginn der Kampfhandlungen bekanntgegeben. Das Oberkommando der Roten Armee habe den Truppen den Befehl erteilt, am 30. November 8 Uhr morgens die finnische Grenze zu überschreiten. Damit hat der Kriegszustand zwischen beiden Ländern seinen Anfang genommen. Aus Selsingfors wurden am 30. November Bombenanariffe russischer Flugzeuge auf die finnische Hauptstadt und verschiedene andere Plätze des Landes gemeldet.

Am anderen Ende des russischen Reiches gegenüber Japan steht das politische Barometer nicht auf Sturm, sondern auf Wetterbesserung. Am 20. November wurde aus Moskau gemeldet, die Verhandlungen, die schon seit längerer Zeit zwischen Außenkommissar Molotow und dem japanischen Votschafter in Moskau, Tojo, über die Durchführung des sowjetrussisch-japanischen Abkommens vom 16. September zur Beilegung des mandchurisch-mongolischen Grenzkonflikts geführt wurden, seien zum Abschluß gekommen. Es seien Einzelheiten über die Bildung und die Aufgaben der gemischten Grenzkommission vereinbart worden, die die strittige Grenze zwischen Mandschukuo und der Äußerer Mongolei neu festlegen solle. Die Verhandlungen der Kommission sollen zuerst in Nchita auf Sowjetgebiet und dann in Charbin in Mandschukuo stattfinden. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß ein erfolgreicher Meinungsaustausch zwischen Molotow und Tojo über die Grundlagen eines sowjetrussisch-japanischen Handelsabkommens stattgefunden habe.

Somit scheinen die Aussichten für eine politische und wirtschaftliche Verständigung zwischen Rußland und Japan günstig zu sein. Es liegt auf der Hand, daß sie Japan im chinesischen Konflikt sowohl wie gegenüber England und den Vereinigten Staaten eine beträchtliche Vergrößerung seiner politischen und wirtschaftlichen Rückenfreiheit bieten würde.

kehren wir jedoch nach Europa, und zwar nach Südosteuropa zurück. Der politische Erdrutsch, der sich aus der deutsch-russischen Verständigung und der Vernichtung Polens im mittel- und nordeuropäischen Raum ergeben hat und der sich in der Ausdehnung des deutschen Lebensraumes bis zur deutsch-russischen Interessengrenze jenseits der Weichsel, der Einbeziehung Litauens, Estlands und Lettlands in das militärisch-politische System Sowjetrußlands sowie im gegenwärtigen finnisch-russischen Konflikt ausdrückt und von dem die nordischen Staaten in Zukunft nicht unberührt werden bleiben können, macht sich auch auf dem Balkan und in ganz Südeuropa geltend. Von den fünf Staaten dieses Gebietes betrachten sich drei, nämlich Rumänien, Griechenland und Jugoslawien, als saturiert. Sie gehören zu den Gewinnern des Weltkrieges, während die beiden anderen, Bulgarien und Ungarn, noch unbegleichen Rechnungen aus den Pariser Vorortverträgen haben. Trotz dieser grundlegenden Divergenz zwischen den beiden Staatengruppen besteht im gegenwärtigen Konflikt bei beiden Gruppen eine grundsätzlich gleiche Einstellung: Alle sind sie bestrebt, dem Kriege fernzubleiben. Insofern besteht eine wirkliche politische Gleichrichtung dieser Staaten mit Deutschland, das seinerlei Ausdehnung des Krieges wünscht, und mit Italien, das bedeutende Interessen in Südosteuropa hat und ebenfalls den Krieg aus diesen Gebieten fernhalten will. Wir erinnern uns, daß England und Frankreich ursprünglich beabsichtigt hatten, über das Bündnis mit der Türkei und die Garantieerklärung für Rumänien und Griechenland auch den Südosten Europas zum Kriegstheater zu machen. Die Türkei als einziger Balkanstaat hat sich zwar politisch ins französisch-englische Lager begeben, aber nicht militärisch. Ihre Neigung zu letzterem hat sich seit Kriegsausbruch noch erheblich abgeschwächt.

Dies ist der Rahmen, in dem die Ereignisse Südosteuropas zu sehen sind. Die mit Deutschland eng verbundene Slowakei hat nach der Ernennung Tiso zum Staatschef ein neues Ministerium unter Tuka erhalten. Das slowakische Parlament hat am 21. November und den folgenden Tagen die Regierungserklärung Tukas gehört und die wichtigsten Fragen des neuen Staates diskutiert. Das außenpolitische Ergebnis der Diskussion sagte Dr. Tuka am 30. November in den Satz zusammen: „Was immer geschehen mag, unser Platz ist an der Seite des deutschen Volkes und wird immer dort sein.“ Die Freundschaft zum Großdeutschen Reich sei der beste Garant der internationalen Stellung des slowakischen Staates. Der slowakisch-deutsche Staatsvertrag vom 20. November über die Rückgabe der seinerzeit von Polen entziffenen slowakischen Gebiete hat der Slowakei erneut die Wichtigkeit ihrer Politik praktisch dargetan.

Die große außenpolitische Rede, die der ungarische Außenminister, Graf Csaky, am 21. November im ungarischen Abgeordnetenhaus gehalten hat, war von einem ähnlichen dankbaren und klugen Realismus getragen wie die Erklärungen Dr. Tukas. Er erinnerte an das deutsch-ungarische Zusammengehen während des Weltkrieges und unterstrich, daß die Westmächte seit dem Ende des Weltkrieges praktisch nichts für Ungarn getan hätten, während die Wiedererstarkung Deutschlands durch die Auflösung des künstlich zusammengefügten tschecho-slowakischen Staates auch eine Ausdehnung Ungarns herbeigeführt habe. Csaky setzte sich auch eindeutig mit den Balkanblock-Plänen auseinander, über die in der englisch-französischen Presse während der letzten Wochen so vielerlei Kombinationen angestellt worden sind. Er lehnte solche Pläne ab, solange unregelmäßige Zustände beständen, die Lebensinteressen Ungarns schädigten, womit natürlich die Revisionsfrage gemeint war. Ungarn hat damit auf die Balkanpaktpläne ähnlich reagiert wie Bulgarien. Beide Staaten haben an einem Pakt kein Interesse, der den territorialen Status quo erneut völkerrechtlich verankern soll. Daß an diesem Pakt auch die Türkei teilzunehmen soll, ist nicht nur für Ungarn bedenklich, sondern auch für andere südosteuropäische Staaten, für die ein Paktabschluss mit der so einseitig englisch-französisch festgelegten Türkei mit Rücksicht auf ihre Neutralitätspolitik nicht anziehend sein kann. Erst recht gilt dies für Italien, dem man von Paris und London aus mit durchsichtigen Absichten gerne eine Führerrolle bei einem neuen Balkanpakt zuschieben möchte. Italien ist nicht neutral, sondern nur nicht am Krieg beteiligt, und denkt nicht daran, die Position des Führers einer neutralen Staaten-gruppe zu beziehen und damit seine künftige Entscheidungsfreiheit zu schmälern.

In Rumänien hat sich am 25. November ein Regierungswechsel vollzogen. Die neue Regierung steht unter Führung des bisherigen rumänischen Botschafters in Paris, Tatarescu, und kann als der Versuch bezeichnet werden, ein Höchstmaß von innerer Zusammenfassung und Ausgleichsfähigkeit nach außen zu erreichen. Die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik kommt auch in der Person des Außenministers Gafencu zum Ausdruck. Die Stellung Rumäniens zwischen Rußland, Bulgarien und Ungarn, die alle an Rumänien Gebiete verloren haben, ist vielleicht die schwierigste aller Balkanstaaten. Nur durch strikte Neutralität, geschicktes Lobvieren und enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland, keinesfalls aber durch Vorspanndienste für die Westmächte, kann Rumänien hoffen, erfolgreiche nationale Politik zu machen.

Der Balkan und ganz Südosteuropa spielt übrigens in den Erwägungen der englischen öffentlichen Meinung über den Blockade- und Wirtschaftskrieg gegen Deutschland eine immer größere Rolle. Der geopolitisch und wirtschaftspolitisch so natürliche Güteraustausch zwischen Großdeutschland und dem Südosten, der für den letzteren auf die Dauer die größten Vorteile bietet, ist England ein Dorn im Auge. Mit politischen Intrigen, Wegkauf von Rohstoffen und Lebensmitteln oder mit Sabotageakten, z. B. gegen die rumänische Erdölindustrie, sucht es eine unaufhaltsame und natürliche Entwicklung zu stören. Aber sogar in der Türkei beginnt man neuerdings den deutschen Kunden und Lieferanten, den England nicht ersetzen kann, zu vermissen. Die anderen Balkanländer haben sich gleich gar nicht von der bisherigen Linie ihrer Wirtschaftspolitik gegenüber Deutschland abdrängen lassen. Ungarn und Jugoslawien haben gegen die völkerrechtswidrige englische Exportblockade auch energisch protestiert.

Das gleiche hat Italien Paris und London gegenüber mit aller Deutlichkeit getan, und die italienische Presse hat mit einmütiger Energie dagegen reagiert, wie sie auch die Erfolge der deutschen Seefriedführung und das Verlangen der englischen Blockade immer erneut unterstrichen hat. Italiens Wirtschaftspolitik hat Mussolini am 18. November auf der Tagung des Obersten Autarkie-Rates mit Deutlichkeit gekennzeichnet und die Erreichung der größtmöglichen wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Kriegsbereitschaft als Ziel verkündet. Der Einsatz sei die militärische Stärke, d. h. die Zukunft des Vaterlandes. Das offiziöse „Giornale d'Italia“ unterstrich in einem bemerkenswerten Leitartikel vom 30. November diese Politik, die zugleich eine solche der nationalen Expansion sei. Diese auf das Höchstmaß der Vereitschaft zielende Politik wird auch auf militärischem Gebiet aufs energischste weitergeführt, wie u. a. die am 24. November gemeldete Überprüfung der militärischen Vereitschaft in Libyen durch Mussolini und Balbo und die Meldung beweist, daß trotz Beurlaubungen und Entlassungen sich immer noch 868 000 Mann unter den Waffen befinden.

Hinsichtlich der beiden letzten nicht am Kriege beteiligten Großmächte, Vereinigte Staaten und Japan, ist festzustellen, daß ihre Beziehungen weiter stark gespannt sind. Dies ergab sich erneut aus den Erklärungen, die der japanische Ministerpräsident Abe am 21. November vor der Presse abgab. Er betonte, Japan werde sich in der Durchführung seiner Chinapolitik auch nicht beirren lassen, falls nach Ablauf des von den Amerikanern gekündigten Handelsvertrages im Januar ein vertragsloser Zustand entstehen würde. Gleichzeitig unterstrich Abe das Bemühen Japans, sich mit Rußland über alle strittigen Fragen zu einigen, sowie die günstigen Aussichten für eine solche Einigung. Ähnliches hat der Sprecher des japanischen Außenamtes, Suma, am 17. November erklärt. Die japanische Regierung hat ferner zweimal mit äußerster Schärfe gegen die englische Blockade der deutschen Ausfuhr protestiert und in der Presse mit entschiedenen Gegenmaßnahmen, wie Beschlagnahme britischer Güter auf englischen Schiffen in japanischen Gewässern, gedroht. Gegenüber einem Schritt des englischen Botschafters in Tokio beim japanischen Außenminister, doch „Verständnis für die englische Blockade zu zeigen“, blieb der japanische Außenminister bei seinem Protest. Japan scheint auch mit anderen neutralen Staaten ein gemeinsames Auftreten gegen die englische Piraterie zu planen.

Leider ist von der Haltung der Vereinigten Staaten nicht so Günstiges zu berichten. Zwar haben amerikanische Völkerrechtler die Völkerrechtswidrigkeit der

englischen Blockade mehrfach unterstrichen, die amerikanische Regierung hat sich aber bisher zu einem Protest dagegen nicht entschließen können. Der Exponent Roosevelts im Senat, Senator Pittmann, bezeichnete am 29. November die britische Ausfuhrblockade als ungeschicklich, meinte jedoch, er glaube nicht, daß die USA-Regierung sich dem Protest anderer neutraler Länder anschließen werde, da der durch die englische Blockade den Vereinigten Staaten entstehende Schaden nicht groß sei. Man will eben England möglichst keine Schwierigkeiten machen. Dafür nimmt die Versteifung der Beziehungen zu Japan weiter zu. Der stellvertretende Unterstaatssekretär Messersmith hat am 23. November in sieben Punkten die Grundsätze der amerikanischen Außenpolitik dargelegt und dabei hinsichtlich des Fernen Ostens unterstrichen, daß man nur auf der Grundlage der bestehenden Verträge, praktisch also des Neunmächte-Vertrages über China, dem doch Japans Aktion auf dem asiatischen Festland bereits den Boden der Wirklichkeit entzogen hat, sich mit Japan verständigen wolle. Das bedeutet natürlich, daß auf dieser Basis keine Verständigung möglich ist. Wie der Wind weht, ergibt sich weiter aus einer Erklärung des Senators Pittmann vom 27. November, der mit der Einbringung einer Gesetzesvorlage drohte, die Roosevelt ermächtigen würde, gegen Japan ein Handelsembargo zu verhängen, und die Vereinigten Staaten hätten keinen Grund, eine Befriedung Japans auch nur zu versuchen. Dementsprechend ist man eifrig bemüht, die Rüstungen zu forcieren, mit dem Ergebnis, daß die Staatsschulden immer mehr steigen und neuerdings durch Ausgabe weiterer Schatzscheine die Rekordhöhe von 41 287 Millionen Dollar erreicht haben.

Zm finnisch-russischen Konflikt haben die Vereinigten Staaten eindeutig für Finnland Partei ergriffen und ihm diplomatisch mehrfach sekundiert, ohne dadurch Finnland im geringsten zu nützen, jedoch haben sie sich in Moskau dabei eine recht scharfe diplomatische Absfuhr geholt. Den in der Öffentlichkeit diskutierten Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau haben sie gleichwohl nicht vollzogen.

Dr. S.

# Die Verwaltung

Ein besonderes Ruhmesblatt deutscher Organisationskunst stellt ohne Zweifel der überaus schnelle und sichere Aufbau der Verwaltung in den befreiten Ostgebieten und in den von den deutschen Truppen besetzten polnischen Gebieten dar. Obwohl die Erfahrungen, die in der Ostmark und in den sudetendeutschen Gebieten gemacht wurden, in reichem Maße zur Verfügung standen, war hier eine unergleichlich schwierigere Arbeit zu leisten. Die sprichwörtliche polnische Unordnung ließ kaum die Grundlagen einer ordnungsgemäßen verwaltungsmäßigen Durchgliederung im weitesten Sinne des Wortes erkennen. Wenn es in kürzester Frist mit zahlenmäßig nur geringen Kräften zu einer reibungslos funktionierenden Verwaltungsorganisation auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens kam, so stellt das den hier angelegten Kräften das beste Zeugnis aus. Sie wurden dabei von den zuständigen Reichsbehörden weitestgehend unterstützt. Die Reichsminister selbst begaben sich nach dem Osten, um an Ort und Stelle wichtige Entscheidungen zu fällen und sich von dem Erfolg der bisher geleisteten Arbeiten zu überzeugen. Nachdem bereits Reichsinnenminister Dr. Frick, Reichsverkehrsminister Dr. Dörpmüller und Reichswirtschaftsminister Funk die in ihr Ressort fallenden Probleme durch persönliche Inaugenscheinnahme in den Ostgebieten geprüft hatten, begaben sich in der zweiten Novemberhälfte Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk und Reichsminister Dr. Goebbels auf Besichtigungsfahrten nach dem Osten.

Der Reichsfinanzminister besichtigte im Anschluß an Besprechungen mit Reichstatthalter Greifer in Posen am 22. November die Dienststellen des Zollgrenzschutzes sowie eine Reihe von Finanzämtern und Hauptzollämtern. Reichsminister Dr. Goebbels traf am 29. November in Danzig ein und unternahm von dort aus eine Besichtigungsfahrt über Tiegenhof, Graudenz, Kulm, Kulmsee, Thorn und Bromberg nach Posen. Bei dieser Gelegenheit besprach er mit den zuständigen Männern, den Kreisleitern, Landräten und Bürgermeistern alle die schwierigen Fragen des sozialen und kulturellen Aufbaues im Reichsgau Danzig-Westpreußen, die angesichts der auf der Fahrt durch das Weichselland im Gegensatz zu den Werken deutschen Wesens und deutscher Tatkraft um so deutlicher hervortretenden Dokumente polnischer Verwahrlosung und sozialen Elends um so dringlicher erschienen.

Der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete, Reichsminister Dr. Frank, unternahm Ende November von Krakau aus eine achttägige Besichtigungsreise, die über Radom, Warschau und Lublin an den Sitz des Generalgouverneurs zurückführte. Im Verlauf der Reise berichteten die Distriktschefs und die verschiedenen Sachbearbeiter dem Generalgouverneur über ihre Arbeit. Am 27. November eröffnete Dr. Frank in Warschau feierlich die erste deutsche Volksschule im Bereich des Generalgouvernements. In seiner Ansprache erinnerte der Generalgouverneur daran, daß es dem Opfermut von Tausenden unserer Besten zu verdanken sei, wenn heute wieder die deutschen Kinder in Warschau in einer deutschen Schule erzogen werden könnten.

Der im Süden der Provinz Ostpreußen eingegliederte Regierungsbezirk Zichenau wurde nunmehr auch verkehrsmäßig der Provinz Ostpreußen angeschlossen, nachdem Eisenbahnpioniere und sonstige Hilfskräfte in unermüdlicher Arbeit die Voraussetzungen dazu geschaffen hatten. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Regierungspräsidenten in dem neugebildeten Regierungsbezirk Zichenau wurde am 16. November der bisherige Vizepräsident des Oberpräsidiums in Königsberg, Dr. Bethke, beauftragt.

Von besonderer Bedeutung für die Verkehrsverwaltung war eine Verordnung des Reichsinnen-, des Reichsverkehrs- und des Reichsfinanzministers vom 27. November (RGBl. I, S. 2302), nach der die in den Ostgebieten liegenden Eisenbahnen, soweit sie bisher von den polnischen Staatseisenbahnen betrieben wurden, und ihre Nebenbetriebe in die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn eingegliedert werden.

Von den übrigen Maßnahmen ist zunächst die durch Erlass des Führers vom 18. November (RdBl. I, S. 2235) erfolgte Verlegung des Bußtages von Mittwoch, den 22. November, auf Sonntag, den 26. November, zu nennen, die sich aus der Notwendigkeit zur Zusammenfassung aller Kräfte in den dem deutschen Volke aufzuzwungenen Kampf ergab.

Auf dem Gebiet der Rechtspflege wurden wiederum eine Reihe von bedeutungsvollen Verordnungen erlassen. Das Gesetz über beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und die Tilgung von Strafvermerken wurde durch eine Verordnung vom 17. November (RdBl. I, S. 2254) insofern abgeändert, daß künftig Verurteilungen, über die beschränkt Auskunft erteilt wird, nur folgenden Behörden mitgeteilt werden dürfen: den Gerichten und den Behörden der Staatsanwaltschaft, nach näherer Anordnung des Reichsministers der Justiz den Behörden der Sicherheitspolizei (Geheime Staatspolizei, Kriminalpolizei), ferner auf ausdrückliches Ersuchen den Obersten Reichs- und Landesbehörden sowie den obersten Dienststellen der Partei, weiterhin den Finanzbehörden in Strafverfahren wegen Steuer- und Monopolvergehen und schließlich den Regierungspräsidenten in Einbürgerungsverfahren. Die Verordnung bestimmt weiterhin, daß der Verurteilte jede Auskunft über die Tat und über die Strafe verweigern kann, wenn der Vermerk über eine Verurteilung im Strafregister getilgt wurde. Er darf sich, soweit nicht eine andere noch nicht getilgte Verurteilung entgegensteht, als unbestraft bezeichnen. Das Gericht und der Staatsanwalt können aus besonderen Gründen anordnen, daß der Verurteilte auch über bereits getilgte Strafen Auskunft zu geben hat.

Eine Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 25. November 1939 (RdBl. I, S. 2319) ergänzte die Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes. Wer vorsätzlich ein Wehrmittel oder eine Einrichtung, die der deutschen Landesverteidigung dient, zerstört, unbrauchbar macht, beschädigt, preisgibt oder beiseite schafft und dadurch vorsätzlich oder fahrlässig die Schlagkraft der deutschen Wehrkraft gefährdet, wird danach mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten bestraft. In schweren Fällen ist auf Todesstrafe oder auf Freiheitsstrafen bis zu lebenslanglichem Zuchthaus zu erkennen. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich ein Wehrmittel oder eine solche Einrichtung fehlerhaft herstellt oder liefert. Wer leichtfertig handelt und dadurch fahrlässig die Schlagfertigkeit der deutschen Wehrmacht gefährdet, wird mit Gefängnis bestraft. Ferner wird mit Zuchthaus, in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft, wer das ordnungsmäßige Arbeiten eines für die Reichsverteidigung oder die Versorgung der Bevölkerung wichtigen Betriebs dadurch stört oder gefährdet, daß er eine dem Betrieb dienende Sache ganz oder teilweise unbrauchbar macht oder außer Tätigkeit setzt. Mit Zuchthaus, in minder schweren Fällen mit Gefängnis wird bestraft, wer an einer wehrfeindlichen Verbindung teilnimmt oder sie unterstützt. Wer vorsätzlich gegen eine zur Regelung des Umgangs mit Kriegsgefangenen erlassene Vorschrift verstößt oder sonst mit einem Kriegsgefangenen in einer Weise Umgang pflegt, die das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft. Schließlich wird durch diese Verordnung auch die Gefährdung der Wehrmacht befreundeter Staaten strafrechtlich verfolgt.

Von besonderer Wichtigkeit war die am 30. November durch zwei Verordnungen des Generalbevollmächtigten für die Reichsverteidigung erfolgte Neuregelung der Schuldverhältnisse während des Krieges. Durch die Verordnung über die Vertragshilfe des Richters aus Anlaß des Krieges (RdBl. I, S. 2329) kann ein Gewerbetreibender, der durch die Auswirkungen des Krieges seinen Betrieb hat stilllegen, umstellen oder einschränken müssen und hierdurch in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt wird, beim Amtsgericht die Gewährung von Vertragshilfe beantragen. Der Richter kann daraufhin folgende Maßnahmen treffen: Die Fälligkeit von Zahlungsverpflichtungen, die aus der Zeit vor dem 1. September 1939 stammen, durch Bewilligung von Teilzahlungen oder Stundung entsprechend der Leistungsfähigkeit des Schuldners regeln, oder einen gegenseitigen Vertrag (z. B. über die Herstellung einer Werkzeugmaschine oder über die Lieferung von Waren), den der Gewerbetreibende vor dem 1. September 1939 im



Zusammenhang mit dem Gewerbebetrieb geschlossen hat und der noch von seiner Seite vollständig erfüllt ist, ganz oder teilweise aufheben, wenn die Erfüllung des Vertrages die Weiterführung oder die Abwicklung des Gewerbebetriebes gefährden würde. Der Richter kann, wenn die Miete oder die Pacht für die Geschäftsräume in einem erheblichen Mißverhältnis zu dem verminderten Ertrage des Gewerbebetriebes steht, die Miete oder Pacht um einen angemessenen Betrag, jedoch nicht um mehr als die Hälfte, herabsetzen. Die Herabsetzung ist aber nur zulässig, wenn der Gewerbetreibende auch bei angemessener Berücksichtigung seiner sonstigen Mittel nicht in der Lage ist, die bisherige Miete oder Pacht (selbst bei Bewilligung von Stundung oder Teilzahlung) weiterhin zu bezahlen. Auf Antrag des Gewerbetreibenden kann der Richter auch das Miet- oder Pachtverhältnis über die Geschäftsräume unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist vorzeitig auflösen und hierbei dem Gewerbetreibenden die Verpflichtung auferlegen, dem Vermieter oder Verpächter eine vom Gericht nach billigem Ermessen festzusetzende Entschädigung zu bezahlen. Ist jemand infolge der behördlich angeordneten Räumung oder Freimachung von gefährdeten Teilen des deutschen Reichsgebiets gezwungen, seinen bisherigen regelmäßigen Aufenthaltsort zu verlassen, und kann er deshalb seine Zahlungsverpflichtungen nicht rechtzeitig erfüllen, so kann auf seinen Antrag der Richter die Fälligkeit seiner Verbindlichkeiten durch Bewilligung von Teilzahlungen oder Stundung regeln. Erleidet der Eigentümer eines Grundstücks dadurch einen erheblichen Einnahmefall, daß er seinen auf dem Grundstück befindlichen Gewerbebetrieb gar nicht oder nur in vermindertem Umfang weiterführen kann, oder dadurch, daß die Miete herabgesetzt oder das Mietverhältnis vorzeitig aufgelöst wird, oder dadurch, daß ihm durch die Freimachung von Gebietsteilen die Nutzungsmöglichkeit genommen wird, so kann der Richter auf Antrag des Grundstückseigentümers die Zinsen von Hypotheken oder Grundschulden stunden oder um einen angemessenen Betrag, jedoch nicht unter einem Zinsfuß von 5 v. H., herabsetzen. Wird nach dem 25. August 1939 ein Hypotheken- oder Grundschuldkapital fällig und ist es dem Schuldner nicht möglich, den erforderlichen Betrag aufzubringen, so kann auf seinen Antrag der Richter die Fälligkeit des Kapitals entsprechend der durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen Lage neu regeln. Hat schließlich ein Schuldner infolge der Auswirkungen des Krieges ohne sein Verschulden eine Verpflichtung nicht rechtzeitig erfüllen können, so kann er sich an den Richter wenden mit dem Antrag, die etwa durch die Säumnis entstandenen nachteiligen Rechtsfolgen für nicht eingetreten zu erklären (z. B. die Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen, die Entstehung von Kündigungs- und Rücktrittsrechten, die Verpflichtung zur Zahlung einer Vertragsstrafe usw.)

Eine verständige Haltung der Gläubiger, nötigenfalls unterstützt durch diese Vertragshilfe des Richters, wird dazu führen, daß trotz der Auswirkungen des Krieges die übergroße Mehrzahl der in Mitleidenschaft gezogenen Betriebe und Personen zahlungsfähig erhalten bleibt. Dennoch ist damit zu rechnen, daß einzelne Unternehmen stärker betroffen werden. Um solche Betriebe vor dem Konkurs zu bewahren, hat der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung auf Vorschlag des Reichsjustizministers eine weitere Verordnung erlassen, die das Kriegsausgleichsverfahren (RGBl. I, S. 2338) zum Gegenstand hat. Dieses Verfahren ermöglicht in erster Linie eine Gesamtstundung, notfalls aber auch einen Teilerlaß der nicht dinglich gesicherten Verbindlichkeiten. Von dem gewöhnlichen Vergleichs- oder Ausgleichsverfahren unterscheidet dieses Verfahren sich namentlich dadurch, daß es nach Möglichkeit jedes kreditshädigenden Charakters entkleidet ist.

Die vorläufige Fürsorge und Versorgung der weiblichen Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes und ihrer Hinterbliebenen wurde durch eine am 15. November veröffentlichte Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 11. November 1939 (RGBl. I, S. 2183) und einer Ersten Durchführung- und Ergänzungsverordnung des Reichsinnenministers vom 12. November 1939 (RGBl. I, S. 2194) geregelt. Im Falle einer Erkrankung wird nicht nur während der Dienstzeit für die weiblichen Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes gesorgt, sondern darüber hinaus — ohne Versicherung —, solange eine Betreuung notwendig ist. Neben der umfassenden Seilsfürsorge wird ein Verlehrsengelb gegeben; zu der allgemeinen Betreuung bei der Überführung in einen anderen Beruf

tritt während einer Umschulung eine Übergangsunterstützung; bei starker Verfehrtheit wird neben anderen besonderen Hilfen laufende Rente mit weiteren Zulagen unter Berücksichtigung des Dienstgrades gegeben. Wenn Reichsarbeitsdienstführerinnen ausscheiden, um zu heiraten oder um einen Beruf auszuüben, tritt neben die allgemeine Betreuung eine laufende Unterstützung und eine einmalige Übergangsbeihilfe, die sich nach der Zahl der Dienstjahre im Reichsarbeitsdienst richtet. Die bevorzugte Eingliederung in ein Angestelltenverhältnis im öffentlichen Dienst oder in ein Beamtenverhältnis vermitteln ein „Angestelltenchein für Reichsarbeitsdienstführerinnen“ und ein „Reichsarbeitsdienstchein“. Reichsarbeitsdienstführerinnen, die früher Lehrerinnen, Beamte oder mit entsprechender Aussicht im öffentlichen Dienst waren, erhalten Ruhegehalt oder sonstige Versorgung wie Beamte.

Dr. R.

---

# Die Sozialpolitik

Son

Dr. Karstedt, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium

Als mich kürzlich ein auch in Deutschland nicht unbekannter amerikanischer Schriftsteller aufsuchte, der zuletzt in den 20er Jahren in Deutschland gewesen war, legte ich ihm die Frage vor, was bei seinem jetzigen Aufenthalt in Deutschland wohl den stärksten Eindruck auf ihn gemacht habe. Er erwiderte darauf, er sei am meisten von der Ruhe beeindruckt, mit der das tägliche Leben und die Arbeit in Deutschland weitergehe. Er sei davon um so mehr überrascht, als auch er bis zu seinem Eintreffen in Deutschland selbstverständlich nicht frei von der Wirkung alarmierender Gerüchte über die Zustände in Deutschland gewesen wäre. Dieser Ruhe, die das soziale Leben in Deutschland kennzeichnet, entspricht es, daß in der zweiten Hälfte des November auf dem sozialpolitischen Gebiet eine Reihe von Erleichterungen hat verfügt werden können. Es ist schon so gewesen, wie es von anderer Seite einmal ausgedrückt worden ist, daß Deutschland den Engpaß der schwersten Einschränkungen an den Beginn des Krieges gelegt habe, um allmählich dann auf diesem und jenem Gebiet möglichst wieder zu den Vorkriegsbestimmungen zurückzukehren. So hat der Reichsarbeitsminister durch Verordnung vom 16. November 1939 (RAVl. I, S. 544) in Anerkennung der Tatsache, daß die Nachtarbeit im Kriege und nicht zuletzt auch die Verdunkelungsmaßnahmen in erhöhtem Maße die Arbeitskraft des Gefolgsmannes in Anspruch nehmen, die Bestimmungen der Kriegswirtschaftsverordnung gemildert.

Nachtarbeit und Verdunkelung verlangen auch erhöhte Aufwendungen für die Lebenshaltung. Auch die Sonntagsarbeit bringe im Kriege notgedrungen besondere Erschwernisse mit sich, die einen Ausgleich zu rechtfertigen geeignet wären. Demgemäß habe auch der Fortfall der Sonn-, Feiertags- und Nachzuschläge, wie ihn § 18 Abs. 3 der Kriegswirtschaftsverordnung vorsah, nur für eine vorübergehende Zeit in Betracht kommen können. Demgemäß verordnete der Reichsarbeitsminister mit Wirkung vom 27. November 1939 die Aufhebung des Verbots der Zahlung von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit.

Auch auf dem Gebiet der Urlaubsgewährung hat der Reichsarbeitsminister unter dem 17. November 1939 (RAVl. I, S. 545) erhebliche Erleichterungen gegenüber den Bestimmungen der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 gestatten können (siehe S. 56). Mit dem 15. Januar 1940 treten die bei Kriegsausbruch gültigen Vorschriften und Vereinbarungen über den Urlaub wieder in Kraft. Urlaubsansprüche, die infolge der Urlaubssperre nicht erfüllt werden konnten, sind nachträglich zu erfüllen. Die Zeit der Urlaubssperre wird bei der Berechnung der Wartezeit für den Erwerb eines neuen Urlaubsanspruchs mitberücksichtigt. Der für das Jahr 1939 rückständige Urlaub soll bis zum 31. Juni 1940 gewährt werden, wobei festgestellt wird, daß ein Verfall des Urlaubsanspruchs vor diesem Zeitpunkt nicht eintritt.

Gewisse Erleichterungen sind ferner durch Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 16. November 1939 (RAVl. I, S. 544) bezüglich der üblichen Weihnachtsgratifikationen (siehe auch S. 55) erfolgt.

Erinnern wir daran, daß die ursprünglichen Bestimmungen über die Zuteilung von Lebensmitteln bereits früher zugunsten von Schwer- und Schwerstarbeitern sowie von Lang- und Nachtarbeitern verbessert worden sind, so ergibt sich insgesamt erneut das Bild einer staatlichen Fürsorge, die ihre Aufgabe darin sieht, vor allem dem schaffenden Menschen zu helfen und ihn nach Möglichkeit nach und nach von den Lasten zu befreien, die bei Ausbruch des Krieges eine unumgängliche Notwendigkeit waren.

Auf solche Dinge hinzuweisen ist, ohne in den Verdacht der Überheblichkeit zu geraten, um so mehr gerechtfertigt, als man nur auf Großbritannien zu blicken braucht, um festzustellen, daß drei Monate Kriegszustand dort fast noch nichts an dem Chaos kapitalistischer Prägung geändert zu haben scheinen, das allen Teilen des sozialen Lebens seinen Stempel aufdrückt. Die in den früheren Berichten erwähnten Lohnsteigerungen haben es nicht verhindern können, daß der ewige Kreislauf: Lohnerhöhungen — Preissteigerungen — Lohnerhöhungen nicht zur Ruhe kommt. Die Lohnforderungen der Büroangestellten sind zwar abgelehnt worden, aber trotz der vielfach zugestandenen, zum Teil erheblichen Lohnerhöhungen auf anderen Gebieten haben Streiks nicht verhindert werden können. So sind in Yorkshire wegen der Mahregelung eines Arbeiters 2500 Bergleute am 22. November 1939 in den Streik getreten. Bis Ende November war der Streik noch nicht beigelegt. Am 23. November 1939 haben in London 450 Autobuschauffner und -fahrer im Hinblick auf die durch die Verdunklung entstandenen Verkehrsschwierigkeiten die Arbeit niedergelegt. Daß auch anderswo erhebliche Streikbewegungen bestehen, geht aus einem unter der Überschrift „Strikes are Hitlerism“ veröffentlichten Aufsatz des „Daily Worker“ vom 13. November 1939 hervor, der in großer Aufmachung berichtet, daß hier und da Flugblätter von den Unternehmern verbreitet worden sind, in denen darauf hingewiesen wird, daß Arbeitsniederlegung praktisch Unterstützung Deutschlands bedeute.

Wenn eine Meldung aus dem Haag vom 18. November 1939 richtig ist, so hatten bis dahin 1750000 Arbeiter Tarife mit gleitender Skala erzwungen, mit anderen Worten, die zu zahlenden Löhne haben sich automatisch mit den steigenden Lebenshaltungskosten zu erhöhen.

Ein klares Bild über die Steigerung der Lebenshaltungskosten in England ist einstweilen noch schwer zu erlangen. Nach einer vom „Economist“ am 14. Oktober 1939 veröffentlichten Liste waren die Großhandelspreise für eine bestimmte Einheit Fleisch in der Zeit vom 23. August 1939 bis 10. Oktober 1939 von 4 s 2 d auf 5 s 8 d gestiegen, für Speck von 100 s auf 105 s, für Schinken von 92 s auf 100 s, für Butter von 113 s auf 145 s, für Zucker von 33 s 1½ d auf 36 s 10 d, für Kohle von 19 s 3 d auf 21 s usw. Die seitdem geltend gemachten neuen Lohnforderungen der Gewerkschaften beziehen sich ausnahmslos auf die weiterhin eingetretenen gewaltigen Steigerungen der Einzelhandelspreise für Nahrungsmittel usw. Es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Interesse, daß der Zentralrat der britischen Bergwerksbesitzervereinigung auf einer Sitzung vom 16. November 1939 sich mit der Kostensteigerung im Kohlenbergbau beschäftigt hat. Als deren wichtigste Ursachen seit Kriegsausbruch wurden dabei die Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter, die Preissteigerung für Grubenholz und der allgemeine Anstieg der Versicherungs- und Reparaturläufe angeführt. Bereits vor Ausbruch des Krieges hätte sich in der Zeit vom 1. April 1939 bis 30. Juni 1939 die Nettoförderungskosten je Tonne Kohle auf 16 s 5 d gestellt gegenüber einem Durchschnittspreis von 14 s 7¼ d für das Jahr 1937.

Über die Arbeitslosigkeit liegen neuere Ziffern nicht vor, jedoch wird mit steigender Sorge auf die zunehmende Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen hingewiesen. Seien es im August nur 78000 Jugendliche unter 17 Jahren gewesen, so sei deren Zahl jetzt auf 110000 gestiegen.

Der große englische Geschichtsschreiber Macaulay, einer der prominentesten Vertreter des Liberalismus, hat die Grundsätze der englischen Parlamente einmal folgendermaßen geschildert: „Sich nie um die Anordnung, wohl aber um die Richtigkeit kümmern; nie eine Ausnahme beseitigen, nur weil es eine Ausnahme ist. Nie eine Neuerung einführen, es sei denn, es mache sich eine Unzuträglichkeit fühlbar, und auch gerade dann nur so viel erneuern, bis solche Unzuträglichkeit beseitigt ist. Nie einen Antrag stellen, der über den Einzelfall, den er behandelt, hinausgeht. Das sind die Grundsätze, die seit den Zeiten Johans bis zum Zeitalter Victorias unsere 250 Parlamente geleitet haben.“ Diese Grundsätze eines längst überholten Liberalismus scheinen auch jetzt, fast 100 Jahre später, noch Leitmotiv mindestens der englischen Sozialpolitik zu sein. Anders ist es nicht zu erklären, daß zwar seit drei Monaten über die schon längst als unzureichend betrachteten Arbeitslosenunterstützungen ebenso wie über die unzulänglichen Altersrenten geredet wird, daß aber

der zuständige englische Minister am 29. November 1939 im Unterhaus lediglich platonische Erklärungen zu dieser Frage abgegeben hat.

Unter diesen Umständen mutet es für deutsche Verhältnisse etwas eigenartig an, daß Keynes den dauernden Lohnerhöhungen eine Notwendigkeit entnimmt, um sie der Kriegsfinanzierung nutzbar zu machen. Die Besteuerung des Arbeitseinkommens in England war seit jeher zwar erheblich geringer als in den anderen europäischen Industrieländern, und auch die letzten Novellen zur Einkommensteuer haben darin kaum etwas geändert. Trotzdem scheint man vor einer Kriegslohnsteuer zurückzuschrecken; andererseits kann man aber zu dem drastischen Mittel der Lohnsenkungen aus preis- und innerpolitischen Gründen unmöglich greifen. Keynes hat deshalb eine andere Möglichkeit vorgeschlagen. Danach sollen die Arbeitgeber verpflichtet werden, bei der Lohnzahlung einen bestimmten Prozentsatz des Arbeitslohnes einzubehalten, der z. B. bei einem Jahreseinkommen von 125 £ 10 v. S. und bei einem Einkommen von 20000 £ 80 v. S. betragen soll. Die anfallenden Beträge sollen, soweit sie nicht als reguläre Einkommensteuer zu verbuchen sind, auf ein Konto bei einer Sparkasse eingezahlt werden, das auf den Namen des Arbeiters lautet. Das Konto bleibt gesperrt, und die darauf eingezahlten Beträge werden mit 2½ v. S. verzinst, dürfen jedoch erst nach Beendigung des Krieges zu festzustellenden Terminen abgehoben werden. Keynes berechnet ein Aufkommen von etwa 400 Mill. £ im Jahr aus dieser Maßnahme. Es hat sich eine sehr lebhafte Erörterung für und gegen an diese Vorschläge angeknüpft, ohne daß bisher aber erkennbar ist, zu welchen Beschlüssen der Regierung sie führen wird. In früherer Zeit ist das nationale Sparaufkommen in England gleichfalls auf 400 Mill. £ berechnet worden. Die Preise sind indessen durchweg weit über 10 v. S. gestiegen, so daß von der früheren Sparrate von 400 Mill. £ nicht mehr viel übrigbleiben würde. Da die öffentliche Hand das Geld aber benötigt, so stellt, soweit bisher übersehbar, der Plan Keynes' nichts anderes als eine Zwangsanleihe dar, die vor allem die Arbeiter trifft.

Für die soziale Lage Englands ist zu wissen wichtig, daß das Land viel stärker als 1914 seine Einfuhren mit Ausfuhren zu bezahlen hat, da weder Gold- noch Wertpapierreserven in dem Maße wie zu Beginn des Weltkrieges zur Verfügung stehen. Die Ausfuhr von Fertigfabrikaten aus England ist aber im September 1939 gegenüber dem September 1938 um 13,8 Mill. £ auf 17,4 Mill. £ gesunken. Für die beiden ersten Kriegsmonate wird ein wertmäßiges Sinken der gesamten englischen Ausfuhr um 42 bis 44 v. S. festgestellt. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das englische Pfund gegenüber dem Vorjahr weiterhin abgeunken ist, ergibt sich also, daß Englands Ausfuhren, gemessen an der Kaufkraft, seit dem Vorjahr etwa auf die Hälfte abgeglitten sind. In England hat man sich besonders viel von einer verstärkten Ausfuhr der Kohle versprochen. Im Oktober lag die Kohlausfuhr aber nur bei 3,24 gegenüber 3,55 Mill. £ im Oktober 1938. Unberücksichtigt dabei sind aber einerseits die höheren Kohlenpreise, andererseits die Pfund-Entwertung. Unter solchen Umständen ist es unverständlich, daß unter den Bergarbeitern allein noch 64000 Erwerbslose sind. Ob die steigende Entlastung von Bergarbeitern aus dem Heeresdienst das Defizit auszugleichen in der Lage sein wird, ist einstweilen nicht erkennbar.

Nach einer Meldung von Ende November ist die Leinenindustrie in England zu einer verkürzten Arbeitszeit übergegangen, weil die Flachsvorräte knapp geworden sind. Die Schuld für den Flachsmangel wird auf das Fehlen der Lieferungen durch die Sowjetunion geschoben. Die Wehrmacht hat sich genötigt gesehen, die vorhandenen Leinenvorräte und die laufende Leinenerzeugung zu beschlagnahmen.

Wir registrieren zum Schluß eine Stimme aus dem Parlament: Nachdem der englische Minister Sir John Simon am 22. November im Unterhaus darauf verwiesen hatte, daß der Krieg England täglich 6 Mill. £ koste und diese Gelegenheit benutzte, um das englische Volk zur größten Sparsamkeit und zur Zeichnung von Kriegsanleihe aufzufordern, ergriff der Labourabgeordnete Lawson das Wort. Lawson sprach eingehend über die ungeheuerliche Steigerung der Kriegslasten und auf der anderen Seite über die Arbeitslosigkeit und die durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten bedingte Not des Volkes. Nach seiner Auffassung trage die

englische Regierung der inneren Lage keineswegs genügend Rechnung. Ohne daß die Regierung etwas unternahme, sei die Arbeitslosigkeit seit Beginn des Krieges ständig im Ansteigen. In zwei Monaten sei sie jedesmal um 100 000 auf jetzt 1 430 000 gestiegen, und hierzu kämen weiterhin 150 000 arbeitslose Jugendliche. Trotz der gegenteiligen Erklärungen der Regierung habe der Krieg und die Entwicklung der Rüstungsindustrie weder direkt noch indirekt zu einer Verminderung der Arbeitslosenziffern geführt. Eine gewaltige Beunruhigung herrsche im englischen Volk angesichts der Tatsache, daß zwar für Kriegsmaterial ungeheure Summen zur Verfügung ständen, daß aber für zahlreiche Menschen, die arbeiten wollten, keine Arbeitsmöglichkeit gegeben sei.

Lawsen kritisierte weiterhin die amtlichen Statistiken über die Kosten der Lebenshaltung in England. Lebenswichtige Waren seien nicht, wie in der amtlichen Statistik angegeben, um 10 bis 20, sondern um 200 bis 300 v. S. gestiegen. Solche unbestreitbaren Tatsachen bewiesen die lächerliche Bedeutung der unzulänglichen und noch immer nicht erhöhten Arbeitslosenunterstützungsätze.

In Frankreich ist nach einer Veröffentlichung des „Journal Officiel“ vom 15. November 1939 eine abschließende Verordnung ergangen, in der die unveränderte Fortdauer der vorhandenen Kollektivverträge festgestellt wird, soweit ihre Bestimmungen mit den jetzt geltenden Verordnungen vereinbar sind. Hinsichtlich der Löhne bestimmt die gleiche Verordnung, daß sie im allgemeinen dem Stand vom 1. September 1939 entsprechen sollen. Die Einrichtung der Arbeitervertretungen solle bestehen bleiben. Für die Erhaltung des Arbeitsfriedens sei es aber unmöglich, Arbeitervertretungen im Amt zu belassen, wenn sie aus den Reihen der am 26. September 1939 aufgelösten kommunistischen Gewerkschaften entstammen. Eine Neuwahl werde zuviel Unruhe verursachen. Sehr oft wären überdies die Bestimmungen dadurch umgangen worden, daß es in den Betrieben zwei Vertretungen nebeneinander gegeben hätte, nämlich allgemein gewählte Vertreter und von den Gewerkschaften eingesetzte. Die Regierung beabsichtige deshalb eine Regelung dahingehend, daß die Arbeitervertretungen zwar von den größten Gewerkschaftsverbänden bestimmt und eingesetzt werden, daß in den Rüstungsbetrieben aber ihre Ernennung von der Zustimmung des Arbeitsministers abhängig gemacht wird.

Weiterhin scheint in Frankreich das Kohlenproblem im Vordergrund zu stehen. Die Kohlenförderung erreichte im Oktober rund 4,3 Mill. Tonnen; beschäftigt waren im Kohlenbergbau im Oktober 207 000 gegenüber etwa 237 000 im gleichen Monat des Vorjahres. Die verhältnismäßig günstige Förderung ist also ausschließlich durch eine Verlängerung der Arbeitszeit erreicht worden. Das Ziel ist eine jährliche Förderung von 60 Mill. Tonnen. Dazu müßte eine Einfuhr von 20 bis 25 Mill. Tonnen kommen. Abgesehen davon, daß es fraglich ist, ob diese Einfuhr von England, Belgien usw. gesichert erscheint, leidet der Kohlenbergbau trotz Entlassungen von Bergarbeitern aus dem Meer an einem ausgesprochenen Arbeitermangel.

Der gleiche Mangel liegt nach wie vor in der Landwirtschaft vor. Es ist beabsichtigt, tschechische und österreichische Emigranten, die zur Zeit noch in Lagern untergebracht sind, für die Landwirtschaft frei zu machen.

In Belgien hat der Rückgang der Arbeitslosenziffern nicht angehalten. Bis zum 25. November 1939 war die Zahl der Arbeitslosen auf 203 000 gestiegen. Das ist erheblich mehr, als in der entsprechenden Berichtswoche der Vorjahre festgestellt wurde. Auch in Belgien bleibt das Kohlenproblem brennend, zumal eine lebhaftere Nachfrage aus dem Ausland vorliegt. Es wird unter diesen Umständen die Verlängerung der Arbeitszeit in den Gruben erstrebt. Eine Einigung darüber ist aber bisher nicht erzielt worden, zumal die Arbeiterverbände zwar mit einer Verlängerung der reinen Arbeitszeit um eine halbe Stunde einverstanden sind, aber nur unter der Bedingung, daß für diese Verlängerung eine 25prozentige Lohnerhöhung gewährt wird.

Die Niederlande planen die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht zugunsten der Landesverteidigung. Die Arbeitslosenziffer in den Niederlanden lag nach dem Bericht des Statistischen Amtes am 1. Oktober 1939 insofern günstiger, als rund 234 000 erwerbslose Männer gegenüber 288 000 am gleichen Stichtag des Vor-

jahres gezählt wurden. Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage wird aber im wesentlichen auf die Mobilisierung zurückgeführt.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat die Besserung der Arbeitsmarktlage, die aus den Hoffnungen auf den Krieg erwuchs, gleichzeitig anscheinend auch die Streikneigung in weiten Schichten der Arbeiterschaft vergrößert. Der große Streik in den Chrysler-Werken, der zwei Monate andauerte, ist zwar beendet. Dafür sind aber an zahlreichen Stellen Teilstreiks aufgeflakert. Eine aus Industriellen und Pädagogen bestehende amerikanische Jugendkommission hat in der Berichtszeit der Bundesregierung die Ausarbeitung eines Sonderprogramms für Notstandsarbeiten für die Beschäftigung von 4 Millionen jugendlichen Arbeitslosen vorgeschlagen. Die Kommission hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß selbst die Kriegskonjunktur keine Arbeitsgelegenheit für diese Millionenzahl unbeschäftigter junger Männer schaffen würde.

---

# Reichsminister Seldte über die Lohnpolitik im Kriege

Reichsminister Franz Seldte sprach am 28. November über den Reichsjender Berlin über die Lohnpolitik im Kriege und führte folgendes aus:

Als in den ersten Septembertagen eine feindliche Umwelt uns zum Kriege zwang, stellte sich mir, als dem für die soziale Betreuung des deutschen Volkes verantwortlichen Minister, sofort die Frage, welche Wege eingeschlagen werden müssen, um auch die Löhne und Gehälter den Notwendigkeiten einer Kriegswirtschaft anzupassen. Mancher deutsche Volksgenosse mag sich — vielleicht auch mit etwas bangem Gefühl — die Frage vorgelegt haben, ob nicht ein Krieg dieses Ausmaßes, in dem es um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes geht, auch einen Teil seines oft mühsam verdienten Lohnes beanspruchen werde. Der Reichswirtschaftsminister und ich haben es abgelehnt, ähnlich wie es in einem uns benachbarten Feindland geschehen ist, durch einen scharfen Schnitt einen allgemeinen Abbau der Löhne und Gehälter vorzunehmen. Wir müssen vom deutschen Arbeiter wie von jedem Volksgenossen in diesem Kriege Höchstleistungen verlangen, und es wäre eine schlechte Einleitung einer auf Leistungssteigerung bedachten Politik, wenn sie den Arbeiter lohnpolitisch ungerecht behandelte und zugleich von ihm forderte, mehr als bisher zu leisten.

In den 6 Jahren friedlicher nationalsozialistischer Aufbauarbeit war es ein unverrückter Grundsatz der Lohngestaltung, daß

## jeder seiner Leistung gemäß entlohnt

werden müsse. Die großen wirtschaftlichen Erfolge dieser Jahre sind der beste Beweis für die Wichtigkeit einer solchen Lohnpolitik. Es wäre geradezu unverständlich, wenn man von diesem bewährten Grundsatz ausgerechnet im Kriege abweichen wollte.

Der deutsche Arbeiter hat bis auf wenige Ausnahmen in den letzten Jahren gerade auf dem Gebiete der Lohngestaltung eine bewunderungswürdige Disziplin gezeigt. Er hat mit seinem unermüdblichen Fleiß, seinen hochwertigen Leistungen, seinem opferbereiten Einsatz mitgeholfen, dem deutschen Volk eine Wirtschaft zu schaffen, die imstande ist, 80 Millionen Deutsche auf dem engen Raum, den uns eine neidvolle Welt gelassen hat, zu ernähren, zu bekleiden und mit vielen Annehmlichkeiten des Lebens zu versehen, die zum Teil die meisten Völker der Erde noch entbehren müssen. Der deutsche Arbeiter war es, der in stiller und gewissenhafter Arbeit, oft fern von Heimat und Familie, uns die Waffen für den Verteidigungskampf geschmiedet hat, sei es, daß er Mitarbeiter am Westwall war oder in den Rüstungsbetrieben sein Wesen hergab, sei es, daß er auf den zahlreichen neuerstellten Flugplätzen oder in den neuerrichteten Fabriken und Werkstätten des Vierjahresplanes in mühevoller und anstrengender Tätigkeit für die Sicherheit unseres Volkes arbeitete. Der Lohn, den er dafür erhalten hat, war bis auf wenige Ausnahmen nicht zu hoch. Damit ist aber dem Staat die Verpflichtung erwachsen, auch im Kriege, in dem von allen Volksgenossen noch mehr verlangt werden muß als in den letzten Friedensjahren, diesen Verdienst in der Regel zu erhalten. Ich habe daher in den von mir erlassenen Durchführungsbestimmungen zur Kriegswirtschaftsverordnung bestimmt, daß Löhne oder Gehälter nur mit Zustimmung des Reichstreuhändlers der Arbeit gesetzt werden dürfen. Damit ist willkürlichen Abbaumaßnahmen einiegel vorgehoben. Es ist sichergestellt, daß nur dort, wo zwingende wirtschaftliche Notwendigkeiten oder einzelne übersteigerte Verdienste eine Zurückführung der Löhne und Gehälter verlangen, eine Lohnsenkung, und zwar unter genauester Kontrolle des Staates, eintreten kann.

Der Führer hat gleich zu Beginn des Krieges die Weisung gegeben, daß niemand am Kriege verdienen soll. Wenn der Soldat unter Einsatz seines Lebens die Heimat ver-



teidigt, dürfen nicht diejenigen, die zu Hause geblieben sind, zu Kriegsgewinnlern werden. Das gilt in gleichem Maße für alle Volksgenossen, also für den leitenden Angestellten ebenso wie für den Arbeiter. Die Zeiten von 1917 und 1918, in denen die Frontkämpfer ihr Leben für die Verteidigung des Reiches hergaben, in denen aber zugleich in der Heimat hohe Löhne und große Gewinne erzielt wurden, dürfen und werden nicht wiederkehren. Ich weiß mich mit jedem deutschen Arbeiter ein, daß solche Zeiten, wie wir sie jetzt erleben, nicht dazu ausgenutzt werden dürfen, Lohnerhöhungen zu fordern und zu gewähren. Ich habe daher in den bereits erwähnten Durchführungsbestimmungen weiter bestimmt, daß die geltenden Lohn- oder Gehaltsätze und die sonstigen geldwerten Zuwendungen nicht erhöht werden dürfen. Ich sehe in diesem Lohnstopp eine der wesentlichen Garantien gegen eine Wiederholung des Zusammenbruchs der inneren Front des Jahres 1918.

Es ist selbstverständlich, daß trotz dieses Lohnstopps ein Aufrücken in andere, nach den einschlägigen Tarifs-, Betriebs- oder Dienstordnungen besser zu entlohnende Altersstufen, eine höhere Entlohnung bei Ausüben einer anderen, hochwertigeren Tätigkeit, ein höherer Akkordverdienst bei gesteigerter Leistung möglich ist. In einer Anordnung habe ich den Preis der zulässigen Verdiensterhöhungen erweitert. Ohne Zustimmung des Reichstreuhänders der Arbeit ist ein Aufrücken in eine höhere Lohn- oder Gehaltsstufe auch dann möglich, wenn die im Gewerbe hierfür üblichen Voraussetzungen einwandfrei vorliegen und es einer langjährigen betrieblichen Übung entspricht. Will z. B. ein Unternehmer einem Gefolgsmann, weil er schon 10 Jahre im Betrieb ist, einen höheren Lohn geben als bisher, so wird er dann, wenn entsprechende Bestimmungen in der Tarif- oder Betriebsordnung fehlen, zu prüfen haben, ob es in seinem Gewerbe üblich ist, daß nach Ablauf einer bestimmten Beschäftigungsdauer Zulagen zum Lohn gegeben werden. Ebenso wie der Lohnstopp ein unfontrollierbares Absinken der reinen Lohn- und Gehaltsätze verhindern soll, ebenso soll er auch einen unbegründeten Abbau aller sonstigen regelmäßigen Zuwendungen verhindern. Im Hinblick auf das bevorstehende Weihnachtsfest habe ich durch eine Anordnung jetzt auch die

### Frage der Weihnachtsgratifikationen

geregelt. Grundsätzlich gilt für diese auch der Lohnstopp. Die bisher im Betriebe üblicherweise gewährten Weihnachtsgratifikationen dürfen zu Weihnachten 1939 weder erhöht noch gesenkt werden; soweit bisher keine solche Gratifikationen gewährt wurden, bedarf deren Einführung der Zustimmung des Reichstreuhänders der Arbeit. Bisher lediglich einmalig gewährte Gratifikationen dürfen ohne Zustimmung des Reichstreuhänders nicht wiederholt werden. Gratifikationen, auf die kein Rechtsanspruch oder ein Rechtsanspruch nicht in bestimmter Höhe besteht, können ohne Zustimmung des Reichstreuhänders der Arbeit an sich gesenkt werden. Doch sollen die Betriebsführer einen Abbau ohne begründeten Anlaß vermeiden.

Mit diesem Lohnstopp sind jedoch nicht alle Probleme auf dem Gebiete der Kriegslohne gelöst. Eine solche Maßnahme kann und soll nur vorübergehend wirksam sein. Der Lohnstopp umschließt und stabilisiert viele Zufälligkeiten, die keine Dauererscheinungen dürfen werden. Unter seinem Schutz müssen daher die Reichstreuhänder der Arbeit in Ruhe eine möglichst gerechte, die Arbeiten zueinander guttreffend wertende Lohnordnung ausarbeiten, die einst an die Stelle des Lohnstopps treten wird. Ich betrachte es als das größte und letzte Ziel der staatlichen Lohnpolitik, eine solche — übrigens schon im Frieden begonnene — gerechte, wirtschaftliche und soziale Tatbestände guttreffend wertende Ordnung zu setzen. Ich weiß, daß die Arbeiter noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen werden. Sie werden auch zunächst noch durch eine andere den Lohnstopp begleitende Maßnahme, nämlich die Beseitigung einiger sogenannter Locklöhne, überschattet werden.

Außer diesem Abbau der Locklöhne brachte die Kriegswirtschaftsverordnung bekanntlich sofort die Beseitigung der Zuschläge für Mehrarbeit, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit. Auch die Vorschriften über den Urlaub wurden außer Kraft gesetzt. Die Ersparnisse daraus verblieben allerdings nicht dem Unternehmer, sondern kommen der Allgemeinheit zugute. All dies waren vorsorgliche Maßnahmen. Es erschien besser, diese möglichst schnell ergreifen, als im späteren Verlaufe des Krieges zu viel härteren Maßnahmen greifen zu müssen, weil die notwendige Voraussicht schelte. Wie richtig diese Maß-

tung war, beweist die Tatsache, daß wir schon jetzt an einen Abbau der Einschränkungen gehen konnten. Jeder schaffende deutsche Mensch darf der Überzeugung sein, daß ich keine sozialpolitische Einschränkung länger als unbedingt notwendig aufrechterhalten werde. Von Anfang an habe ich betont, daß gerade der Wegfall der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit nur für eine vorübergehende Zeit in Betracht kommen könne. Ich habe mich deshalb sehr gefreut, deren Wiederzahlung verordnen zu können.

Besonders freudig wird aber von dem schaffenden Volksgenossen meine Urlaubsanordnung begrüßt. Gerade jetzt im Kriege, wo so viele Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und Leistungsfreude gestellt werden müssen, bedarf es auch einer Erholung, um die Arbeitskraft zu erneuern und zu erhalten. Deshalb ist vom 15. Januar 1940 ab wieder

### allgemein Gewährung von Urlaub zugelassen.

Es war mir leider nicht möglich, schon zu Weihnachten den Urlaub wieder zuzulassen. Die Kriegsverhältnisse ließen dies nicht zu. Ich muß hier an die Einsicht aller Volksgenossen appellieren und bitten, im Interesse des Ganzen berechtigte Wünsche zurückzustellen. Aber auch der alte Urlaub ist nicht verfallen, sondern er ist bis zum 30. Juni 1940 zu erteilen. Demjenigen, der inzwischen aus seinem Betrieb ausgeschieden ist, ist das fällige Urlaubsentgelt nach dem 15. Januar 1940 auszugahlen.

All dies sind erfreuliche soziale Verbesserungen. Gewiß kann im Kriege nicht alles so sein wie im Frieden. Aber ebenso wie der Führer und seine Regierung für den Kämpfer an der Front sorgt, so wird auch alles getan, um unsere innere Front zu stärken und zu festigen. Wie kein Staat der Welt bessere Kampfmittel als wir hat, ebenso wird kein Staat der Welt, geschweige denn unsere Feinde, uns an sozialer Gesinnung und Gerechtigkeit übertreffen. Darum kämpft der deutsche Arbeiter ebenso wie der Frontsoldat ruhig und besonnen und opferwillig für einen siegreichen und gerechten Frieden.

# Die Wirtschaft

Das Vertrauen des deutschen Volkes in seine Wirtschafts- und Ernährungslage wurde weiterhin gestärkt, als zu Beginn der zweiten Novemberhälfte die hervorragenden Ergebnisse der deutschen Safruckernte bekannt wurden. Bei einer um 3,5 v. H. geringeren Anbaufläche betrug die gesamte Kartoffelernte 1939 56,3 Mill. Tonnen; sie erreichte damit die Rekordhöhe des Vorjahres und übertraf den Durchschnitt der Jahre 1932—1937 um mehr als 8 v. H. Ein Rekordtrag ist außerdem bei den Zuckerrüben mit insgesamt 17,4 Mill. Tonnen zu erwarten, obwohl auch hier die Anbaufläche aus Mangel an Arbeitskräften etwas zurückging. Die Zuckerrübenenernte erreichte mit 39,5 Mill. Tonnen nicht ganz die besonders gute Ernte des Jahres 1938. Diese ausgezeichnete Safruckernte sichert nicht nur die Versorgung Deutschlands mit Eßkartoffeln und Zucker, sondern schafft über die Sicherung der Futterversorgung unserer Vieh- und vor allem Schweinebestände hinaus auch die Voraussetzungen für eine befriedigende Versorgung mit Fleisch und Schweinefett im Winter 1940/41. Außerdem war es möglich, aus der neuen Ernte eine Reichskartoffelreserve in Höhe von 2 Mill. Tonnen zu bilden, die den Zweck hat, auch in den späteren Monaten des Kartoffelwirtschaftsjahres eine ausreichende Menge Kartoffeln auf Vorrat für die verschiedensten Verwendungszwecke zu haben.

Die Einbringung der Safruckernte gerade unter den äußerst ungünstigen Witterungsbedingungen dieses Herbstes stellt dem deutschen Landvolk und den eingesetzten Hilfskräften das beste Zeugnis aus. In Verbindung mit der planmäßigen Vorratswirtschaft auf allen Gebieten der kriegsmäßigen Ernährungswirtschaft wird das deutsche Volk damit im Gegensatz zum Weltkrieg vor einer Bedrohung seiner Versorgung geschützt. Der Unterschied in der Organisation der deutschen Ernährungswirtschaft kam in einem Vortrag des Ministerialdirektors im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Moriz zur Eröffnung der von der Verwaltungsakademie Berlin veranstalteten kriegs- und wehrwirtschaftlichen Vortragsreihe zum Ausdruck. Gerade auf dem Ernährungsgebiet waren alle Vorbereitungen im Gegensatz zu 1914 für eine lange Kriegsdauer getroffen. Das Bewußtsein der Sparpflicht im Volke wurde bereits bei Kriegsbeginn geweckt. Vom ersten Tage des Krieges an waren ausführliche Versorgungsbilanzen für alle wichtigen Gebiete vorhanden. Durch eine vorsichtige Verteilung sind wir somit auf Jahre hinaus unter allen Umständen vor einer Bedrohung unserer Versorgung gesichert. Dr. Moriz wies noch besonders auf die Bemühungen nach einer richtigen Zusammenlegung der Ernährung hin. Die Gesundheitschäden im Weltkrieg beruhten zum großen Teil auf der Nichtachtung der Vitamin- und Schutzstoffbestandteile unserer Nahrung. Durch engste Zusammenarbeit zwischen dem Reichsgesundheitsführer und dem Reichsernährungsminister wurde diesmal die Beachtung dieser Fragen besonders gesichert.

Die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Ernährungssektor erfuhren durch eine Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung vom 20. November (RWB. I, S. 2318) eine weitere Ergänzung. Der Reichsfinanzminister wurde dadurch ermächtigt, zur Durchführung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen auf dem Ernährungsgebiet Garantie zu übernehmen. Von besonderer Bedeutung war außerdem ein Ausgleich der Brotationen durch Einschaltung der RSB (RAnz. Nr. 276 v. 24. 11. 39). Zu diesem Zweck entschloß sich das Reichsernährungsministerium gemeinsam mit dem Hauptamt für Volkswohlfahrt, durch die Blockwälder bei den Versorgungsberechtigten die nichtausgenuteten Brotabschnitte wieder einsammeln zu lassen, damit der zufällige Bedarf (z. B. der Lang- und Nachtarbeiter) auf diesem Wege im Rahmen der für die Gesamtbevölkerung angelegten Brotmenge

gedeckt werden kann. Die eingesammelten Vrottkartenabschnitte, die aus der jeweiligen Zuteilungsperiode stammen müssen, werden von den Ernährungsämtern gegen Reisebrotkarten umgetauscht, die von der NSB an diejenigen Versorgungsberechtigten verteilt werden, die einen zusätzlichen Brotbedarf haben.

Die günstige Finanzlage des Reiches machte sich weiterhin in einem reichlichen Angebot an den Geldmärkten bemerkbar, die nicht nur den üblichen Ansprüchen, sondern darüber hinaus auch den Sonderaufgaben der finanziellen Reorganisation und Neubildung im Osten in jeder Weise gewachsen waren. Auch die Zunahme der Steuereinnahmen im zweiten Viertel des laufenden Staatjahres, die zu einem Teil bereits in die Kriegszeit fallen, um 1,55 auf 6,28 Milliarden RM ist als ein Zeichen der befriedigenden Lage unserer Wirtschaft zu werten.

Die wirtschaftliche Eingliederung der befreiten Ostgebiete wurde mit der Einführung der Gesetzgebung über die Devisenbewirtschaftung und dem Zahlungsverkehr mit dem Ausland am 17. November (RGBl. I, S. 2255) weitergeführt. Die neu eingegliederten Ostgebiete sind danach Inland im Sinne des Devisengesetzes, und alle devisenrechtlichen Beschränkungen, die bisher noch zwischen den eingegliederten Ostgebieten und dem übrigen Reichsgebiet bestanden, entfallen künftig. Gleichzeitig gelten nunmehr im Verkehr zwischen dem Reichsgebiet einschließlich der eingegliederten Ostgebiete und dem Generalgouvernement grundsätzlich alle devisenrechtlichen Beschränkungen, wie sie im Verkehr mit dem Devisenausland auf Grund der deutschen Devisenvorschriften bestehen. Der Zahlungsverkehr mit dem Generalgouvernement wickelt sich im Verrechnungswege durch Vermittlung der deutschen Verrechnungskasse in Berlin und einem Verrechnungsinstitut in Krakau ab. Die Hauptverwaltung der Reichskreditkassen wurde nach Krakau verlegt. Eine Verordnung des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete führte am 17. November die Arbeitspflicht der polnischen Bevölkerung ein, deren Einsatz im einzelnen nach Arbeitsvermögen geregelt wurde.

Von besonderer Bedeutung für die Wirtschaftsorganisation war eine am 28. November erlassene Verordnung (RGBl. I, S. 2315), die die am 27. August 1939 erlassene Verordnung über die Wirtschaftsverwaltung in wesentlichen Punkten abändert. Der § 1 Abs. 1 der Verordnung erhält nunmehr folgende Fassung:

„(1) Die einheitliche Ausrichtung und Lenkung aller wirtschaftlichen Maßnahmen, die vom Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft, den ihm unterstellten obersten Reichsbehörden und den von diesen ermächtigten Stellen angeordnet werden, wird für den Bereich des Wehrkreises I dem Oberpräsidenten in Königsberg/Pr.; für den Bereich des Wehrkreises II dem Oberpräsidenten in Stettin; für den Bereich des Wehrkreises III dem Oberpräsidenten der Provinz Mark Brandenburg in Berlin; für den Bereich des Wehrkreises IV a) Land Sachsen, Provinz Sachsen, Kreise Altenburg-Stadt, Altenburg-Land, Hoyerswerda: dem Reichsstatthalter in Sachsen (Landesregierung) in Dresden, b) Sudetengau: dem Reichsstatthalter im Sudetengau in Reichenberg; für den Bereich des Wehrkreises V a) Württemberg und Hohenzollern: dem Württembergischen Wirtschaftsminister in Stuttgart, b) Baden: dem Badischen Finanz- und Wirtschaftsminister in Karlsruhe; für den Bereich des Wehrkreises VI a) Provinz Westfalen, Land Lippe, Regierungsbezirk Osnabrück: dem Oberpräsidenten in Münster, b) Rheinprovinz: dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf; für den Bereich des Wehrkreises VII dem Bayerischen Wirtschaftsminister in München; für den Bereich des Wehrkreises VIII dem Oberpräsidenten in Breslau; für den Bereich des Wehrkreises IX a) Provinz Hessen-Nassau, Land Hessen, Kreise Wschaffenburg-Stadt, Wschaffenburg-Land, Alzenau (Mainfranken), Wiltensberg, Oberrburg, Siegen-Stadt, Siegen-Land, Wittgenstein, Rindden: dem Oberpräsidenten in Kassel, b) Land Thüringen, Provinz Sachsen, Kreis Herrschaft Schmalfelden: dem Thüringischen Wirtschaftsminister in Weimar; für den Bereich des Wehrkreises X dem Reichsstatthalter in Hamburg (Staatsverwaltung); für den Bereich des Wehrkreises XI dem Oberpräsidenten in Hannover; für den Bereich des Wehrkreises XII dem Regierungspräsidenten in Wiesbaden; für den Bereich des Wehrkreises XIII dem Regierungspräsidenten in Ansbach; für den Bereich des Wehrkreises XVII dem Reichsstatthalter in Wien; für den Bereich des Wehrkreises XVIII dem Reichsstatthalter in Salzburg übertragen.“ — § 7 Abs. 1 der Verordnung erhält

folgende Fassung: „(1) Bei den im § 1 genannten Behörden werden Forst- und Holzwirtschaftsämlter errichtet. Der Reichsforstmeister kann mit Zustimmung des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft anordnen, daß im Bereich eines Wehrkreises nur ein Forst- und Holzwirtschaftsamt gebildet wird.“ — § 7 Abs. 4 der Verordnung erhält folgende Fassung: „(4) Die örtliche Zuständigkeit der Forst- und Holzwirtschaftsämlter erstreckt sich auf die im § 1 aufgeführten Wehrkreise oder Wehrkreisteile, im Falle des Abs. 1 Satz 2 auf den gesamten Wehrkreis.“

Die Gesamtheit der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen und ihre bisherige erfolgreiche Durchführung, ihre elastische Anpassung an die sich in kurzer Frist ändernden Voraussetzungen sowie die Zusammenarbeit von Staat und Organisation der gewerblichen Wirtschaft standen im Mittelpunkt einer Rede des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium Dr. Landfried vor der Reichswirtschaftskammer in Berlin. Aus den in Wirtschaftskreisen viel beachteten Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Landfried seien folgende besonders hervorgehoben:

„Die verantwortlichen Männer waren sich darüber im klaren, daß es bei Ausbruch eines Krieges zunächst darauf ankomme, die erforderliche staatliche verwaltungsmäßige Organisation neben die selbstverwaltende Organisation der Wirtschaft zu stellen und die Führung und Lenkung der Wirtschaft bei der Erfassung und Bewirtschaftung der Güter und Rohstoffe nach den Kriegsnotwendigkeiten elastisch zu sichern. Hierfür war eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen staatlicher Führung und Organisation der wirtschaftlichen Selbstverwaltung Voraussetzung. Sie hat zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und der Spitzenorganisation der Wirtschaft, der Reichswirtschaftskammer, von Anfang an bestanden und ist bereits in den ersten Kriegstagen mit Erfolg vertieft und ausgebaut worden. Wir haben es dabei besonders begrüßt, daß sich Reichswirtschaftskammer und DWZ zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden haben und mit dem Reichswirtschaftsministerium über alle grundsätzlichen wirtschaftlichen und sozialen Fragen in ständigem Meinungsaustausch stehen. Und da die Organisation der gewerblichen Wirtschaft in den vergangenen Jahren eine Fülle von Aufgaben, teils auf dem Gebiete der Selbstverwaltung, teils als vom Staate übertragene Auftragsangelegenheiten bereits wahrgenommen hatte und auf diese Weise aufs stärkste mit dem wirtschaftlichen Gesamtleben des Volkes verwachsen war, war es möglich, ihr gerade in den letzten Wochen und Monaten kriegswirtschaftliche Aufgaben im engeren Sinne in weitem Maße zu übertragen.“

Auf der anderen Seite standen dem Staate seit 1934 als schlagkräftige Instrumente der Wirtschaftsführung die Überwachungsstellen, die jetzigen Reichsstellen, zur Verfügung, deren Aufgaben sich in den folgenden Jahren dahin erweiterten, ihn den wichtigsten Verwendungszwecken zuzuführen und aus den minder wichtigen Gebieten zu verdrängen. Darüber hinaus aber waren die bisherigen obersten Wirtschaftsverwaltungen der Länder und deren bezirkliche Stellen bereits dem Reichswirtschaftsministerium in den letzten Jahren unterstellt worden. Zur Vorbereitung wehrwirtschaftlicher Fragen traten die Außenstellen des Reichswirtschaftsministeriums hinzu, die mit Kriegsbeginn in die Bezirkswirtschaftsämlter umgewandelt worden sind, eine Entwicklung, die wir bereits unabhängig von den Kriegsnotwendigkeiten als organisatorische Maßnahmen an sich schon ins Auge gefaßt und für diesen Herbst vorbereitet hatten.

Schon bei Gründung der damaligen Überwachungsstellen ist überlegt worden, diese Aufgaben der Importüberwachung und -regelung in die Hände der Wirtschaftsgruppen zu legen. Dieser Weg erschien jedoch nicht als richtig; denn es ist nicht Aufgabe einer sachlich gegliederten Gruppe, über wirtschaftliche Tatbestände zu befinden, die Produktionsumfang und Betriebschicksal von Mitgliedern anderer sachlicher Gruppen entscheidend berühren. Es handelt sich hier vielmehr um Aufgaben, die sowohl ihrer Art als ihrer Bedeutung nach typische Staatsaufgaben, nämlich Hoheitsaufgaben sind. Dieser Grundsatz schließe aber nicht aus, daß den Wirtschaftsgruppen in geeigneten Fällen auch auf dem Gebiete der Bewirtschaftung Aufgaben übertragen werden, vor allem, soweit es sich um Reparatureisen- und Silb- stoff-Kontingente handelt.

In der nächsten Zeit wird der sachlichen Organisation der gewerblichen Wirtschaft eine weitere Aufgabe zufallen, für deren richtige Lösung bei ihr alle Voraussetzungen am günstigsten vereint sind! Die Werkerhaltung und Beihilfe für durch die Kriegsnöwendigkeiten stillgelegte Unternehmen! Sie wissen, daß hier aus verständlichen Gründen der Wunsch laut wurde, solche Maßnahmen mit Hilfe des Staatsapparates und aus staatlichen Mitteln durchzuführen. Ich habe aber keine Zweifel, daß gerade diese Aufgabe am ehesten und besten durch die Selbstverwaltungseinrichtung der Wirtschaft gemeistert werden kann. Zunächst einmal müssen meines Erachtens die Gruppen der gewerblichen Wirtschaft in der Regel bei den Erzeugungs- und Umlegungsplänen eingeschaltet sein. Sie haben also vorher ihr Votum dazu abzugeben, wenn ein Betrieb durch Hoheitsakt, z. B. durch die Rohstoffverre, stillgelegt werden soll. Ich sehe gerade in dieser Tatsache einen wirksamen Niegel gegen vermeidbare Stilllegungen.

Die verantwortliche Tätigkeit der Wirtschaftspruppen der Reichsgruppe Industrie bei der Umlegung der Erzeugungspläne ist in den Richtlinien des Reichswirtschaftsministeriums über die Zusammenarbeit zwischen staatlicher Wirtschaftsverwaltung und Organisation der gewerblichen Wirtschaft erneut im einzelnen festgelegt worden. Sie hat ihre Bedeutung nicht verloren. Die Aufgaben, die an die einzelnen Wirtschaftszweige im Verlauf eines Krieges herantreten, sind in den für eine Planung wichtigen Einzelheiten meist nicht übersehbar. Nachdem die Mob.-Vorbereitungen eine scharfe Zusammenfassung der Erzeugung als eine Notwendigkeit 'totaler Kriegsführung' vorgesehen hatten, sind wir durch die Entwicklung der Kriegslage sehr bald zur Streuung, d. h. zur Belassung einer möglichst großen Zahl von Betrieben im Produktionsprozeß übergegangen. Plötzlich aus der Kriegsführung entstehende Forderungen müssen erfüllt werden. Um hier den staatlichen Stellen die richtige Entscheidung schnell zu ermöglichen, müssen die sachlichen Gruppen über Kapazität und Inanspruchnahme sowie technische Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe unterrichtet sein. Dann kann in jeder Lage sofort und zweckentsprechend gehandelt werden; dies um so mehr, wenn auch bei der laufenden Vergebung der Staatsaufträge an die Wirtschaft eine weitgehende Mitwirkung der wirtschaftlichen Selbstverwaltung Platz greift. Dies scheint mir dadurch gewährleistet, daß die Reichsausgleichsstelle für öffentliche Aufträge — die auf die Erteilung eines erheblichen Sektors der öffentlichen Vergabungen unmittelbaren Einfluß nimmt — ihre Vorschläge auf Grund der Stellungnahme der bei den Wirtschaftskammern bestehenden Bezirksausgleichsstellen für öffentliche Aufträge abgibt. Vor allem aber muß eine möglichst starke Dezentralisation der Auftragsvergebung erfolgen und an der Einschaltung der Bezirksausgleichsstellen, die in engerer Fühlung mit den wirtschaftlichen Organisationen der Industrie und des Handwerks arbeiten müssen, unter allen Umständen festgehalten werden.

Alle diese Sicherungsmaßnahmen können, wie es in der Natur der Sache liegt, heute in dieser Form gar nicht oder nur noch beschränkt durchgeführt werden. Schon aus diesem Grunde verbieten sich weitere W-Erklärungen nennenswerten Umfangs. Diese so in ihrer Produktionsfähigkeit gesicherten W-Betriebe haben uns ohne Zweifel den Übergang der Friedenswirtschaft in die Kriegswirtschaft ganz erheblich erleichtert und vor vielen Schäden, Produktionsstörungen und dem Durcheinander bewahrt, das in anderen Ländern eintrat. Die Herausstellung einzelner Betriebe als W-Betriebe bedeutet aber keineswegs, daß die übrigen Betriebe zum Stillliegen verurteilt werden sollen oder daß die W-Betriebe ihre Kapazität voll und überboll ausnützen, während den anderen Betrieben nur unzureichende Beschäftigungsmöglichkeiten verbleiben. Im Gegenteil, wir müssen aus mannigfachen volkswirtschaftlichen Gründen Wert darauf legen, daß eine möglichst große Zahl von Betrieben erhalten bleibt. Rohstoffe dürfen nicht etwa nur an W-Betriebe zugeteilt werden, sondern, wie bisher, an alle Betriebe, an alle möglichst gleichmäßig, soweit ihre Erzeugung untereinander kriegswirtschaftlich den gleichen Rang besitzt. Eine Einschränkung muß hier aber selbstverständlich gelten, wenn überragende technische Gesichtspunkte es verlangen oder wenn die Rohstoffbede zu knapp ist, um alle Betriebe rentabel arbeiten zu lassen. Dann müssen notgedrungen einzelne Betriebe ausfallen. Es wird weiter auch dafür Sorge getragen werden, daß auch die Arbeitsämter die Nicht-W-Betriebe nicht etwa als Freiwild ansehen und Arbeits-

kräfte nur unter Berücksichtigung des auch in diesen Betrieben vorhandenen kriegswichtigen Auftragsvolumens entziehen.

Ich halte es für dringend erwünscht, daß alle staatlichen Stellen, die hierauf Einfluß haben, engstens mit den Organisationen der Wirtschaft zusammenarbeiten. Bei Nichtbeachtung dieses Grundsatzes werden Rohstoffe für Erweiterungs- oder Neubauten, die wir besser für die laufende Erzeugung einsetzen, in Anspruch genommen und oft erst nach Jahresfrist oder noch später nutzbar.

Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß die Staatsführung ebenso, wie sie im Interesse der gesamten Volkswirtschaft an einer möglichst weiten Streuung der Kriegsaufträge solange wie irgend möglich festzuhalten entschlossen ist, auch Mittel und Wege finden wird, Betriebe, die im Interesse der Kriegsführung in die Rüstungswirtschaft eingereicht werden müssen, hierzu zu zwingen.

Mit der Einbeziehung immer neuer wirtschaftlicher Bereiche in die staatliche Einflußsphäre steigt das Bedürfnis zu einer Abstimmung der auf verschiedenen Gebieten erlassenen Grundsatzeweisungen der Ministerien auf eine einheitliche Linie gemäß den strukturellen Gegebenheiten der einzelnen Bezirke. Die Berührungslinien zwischen den verschiedenen Zweigen der Wirtschaftsverwaltung, zwischen gewerblicher Wirtschaft, Ernährungswirtschaft, Holzwirtschaft, Bauwirtschaft, Verkehr, Preis- und Lohngestaltung und dem Arbeitseinsatz müssen in der Mittelinstanz ebenso zusammengefaßt werden, wie dies auf den Gebieten der Staatsverwaltung in den Mittelbehörden der allgemeinen Verwaltung preussischer Prägung geschah. Ein gesunder organischer Verwaltungsaufbau verträgt wohl eine ressortmäßige Aufspaltung in der Zentralinstanz, erheischt aber schärfste Zusammenfassung in der Mittel- und Unterinstanz. Diese Zusammenfassung ist Aufgabe der Führungsstäbe Wirtschaft bei den Reichsstatthaltern bzw. Oberpräsidenten.

Daß die Bezirkswirtschaftsämler ihre Aufgabe nur in engster Zusammenarbeit mit der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, sowohl den Wirtschaftskammern wie den bezirklichen Fachgruppen wie auch über die ihnen nachgeordneten Wirtschaftsämler mit den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern lösen können, ist selbstverständlich."

Zu dem Verhältnis der Organisation der gewerblichen Wirtschaft zu den Wehrwirtschaftsinspektionen führte der Staatssekretär aus, er halte es im Laufe der weiteren Entwicklung für unerlässlich, daß die Zusammenarbeit der Wehrwirtschaftsinspektionen und der Bezirkswirtschaftsämler noch viel enger als bisher gestaltet wird, wobei man auch vor dem Entschluß zu einer grundrhythmischen organisatorischen Neuregelung nicht zurückschrecken solle. Man wird im Interesse der Wirtschaft ernsthaft prüfen müssen, ob es sich nicht grundrhythmisch empfiehlt, Bezirkswirtschaftsämler auch bei den Reichsstatthaltern bzw. Oberpräsidenten zu errichten, die bisher wehrwirtschaftlich anderen Bezirken angegliedert waren. In einzelnen Fällen hat man diesen Weg bereits beschritten.

Der Staatssekretär behandelte am Schluß seines Vortrages noch die Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den Organisationen der Wirtschaft auf dem Gebiet der Exportwirtschaft. Er faßte seine Ausführungen in dem Hinweis zusammen, daß beim Aufbau der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in der Kriegswirtschaft das Bestreben vorwalte, organisatorisch die Selbstverwaltung der gewerblichen Wirtschaft in weitestem Maße überall da verantwortlich einzubauen, wo es sich nur irgend ermöglichen lasse. Die Organisation der Selbstverwaltung solle auch den Staatsaufgaben dienen. Alle jetzt gesunden Organisationsformen müßten immer von neuem geprüft werden, um sie zu vereinfachen, Reibungen und Doppelarbeit auszuscheiden sowie der Wirtschaft und jedem einzelnen Volksgenossen die durch die Kriegsnotwendigkeiten bedingte Bürokratie und sachlichen Beschwernisse nach Möglichkeit zu erleichtern.

Das Scheitern der englischen Bemühungen, das Deutsche Reich von seinen Auslandsverbindungen abzuschneiden, erfuhr dadurch eine Bestätigung, daß in der englischen Wirtschaftspresse Forderungen nach einer systematischen Zerstörung aller deutschen Märkte auftauchten. Immer mehr machte sich in der feindlichen, erst recht aber in der neutralen Presse die Meinung bemerkbar, daß die Hoffnungen der Alliierten auf einen Erfolg ihrer Hungerblockade zur Aussichtslosigkeit verurteilt

sind. Die führende englische Wirtschaftszeitschrift „Economist“ mußte sich zu dem Eingeständnis bequemen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem europäischen Südoften und Deutschland stabil gehalten und erweitert werden konnten und daß diese Verbindung auf dem Schienenweg durchgeführt werden kann, ohne von U-Booten, der Blockade und hohen Kriegsversicherungen gestört zu werden. Der englischen Zeitschrift war in diesem Augenblick noch nicht bekannt, daß auch die Verbindungen mit Rumänien durch das jetzt russische, ehemals polnische Gebiet in kurzer Zeit nach Verhandlungen zwischen den zuständigen rumänischen und sowjet-russischen Stellen gegen Ende des Monats aufgenommen werden konnte.

Die vertrauensvolle wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem europäischen Südoften kam weiterhin in der Durchführung einer Ausstellung der deutschen Wirtschaft und Technik in Sofia zum Ausdruck, die am 19. November durch den Präsidenten des Werberats der deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Gunke, eröffnet wurde. Am 29. November konnten auch die Verhandlungen über die jugoslawischen Vorkriegsschulden in Deutschland abgeschlossen werden. Das in Belgrad unterzeichnete Abkommen umfaßt zunächst die Festlegung der Kurse der Vorkriegsbaluten, auf welche die Anleihen lauten. Aber die Anleihen des früheren Königreiches Serbien, für die seit 1914 kein Tilgungsdienst mehr geleistet wurde, einigte man sich dahin, daß 15 Jahre gestrichen, die übrigen 10 Jahre nachträglich abgerechnet werden. Bei den von Österreich-Ungarn übernommenen serbischen Vorkriegsschulden wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß sie Jugoslawien zurückkauft, sobald Deutschland die Anleihepapiere einreicht. Auch für die Einklösung dieser Anleihen werden die Dinar-Beträge auf ein Sonderkonto bei der jugoslawischen Nationalbank eingezahlt.

Die bemerkenswertesten und in ihren Auswirkungen kaum abzuschätzenden Ereignisse auf wirtschaftlichem Gebiet in der zweiten Novemberhälfte haben in der völkerrechtswidrigen am 27. November angekündigten englischen Blockade der deutschen Ausfuhr ihre Ursache. Nachdem bereits seit mehreren Wochen in englischen Zeitungen der Plan einer Unterbindung der deutschen Ausfuhr auf neutralen Schiffen aufgekomen war, nahmen die englische und, wenn auch zunächst etwas widerstrebend, die französische Regierung die durch Winen an der englischen Küste verursachten eigenen und neutralen Schiffsverluste zur Begründung dieser alle Grundsätze des Völkerrechts verletzenden Maßnahmen. Die Reichsregierung behielt sich gegenüber der am 27. November veröffentlichten britischen „Vergeltungs“-Verordnung gegen Deutschland (siehe S. 8) alle Maßnahmen vor.

Das skrupellose englische Vorgehen rief in den neutralen Staaten, die durch die Blockade der deutschen Ausfuhr nach Lage der Dinge stärker als das Reich trotz aller englischen und französischen Beschönigungsversuche zu leiden haben werden, einen Sturm der Entrüstung hervor. Die japanische, italienische, holländische, belgische, dänische und schwedische Regierung legten bei Bekanntwerden der englischen und französischen Blockadepäne Protest ein. Die japanische Regierung stellte im Falle ablehnender Antworten entschiedene Gegenmaßnahmen in Aussicht. Die amerikanische Regierung schien zunächst geneigt, diese britischen Maßnahmen ohne Protest hinzunehmen und damit freiwillig das Recht auf Freiheit der Meere mit der Erklärung aufzugeben, die Vereinigten Staaten hätten ja ihre Schiffe aus der Gefahrenzone zurückgezogen und die Einkäufe der Kriegführenden unter Barzahlungszwang gestellt. Im Dezember jedoch entschloß auch sie sich zu einem Protestschritt in London.

Die englische Presse ließ auch diesmal gegenüber dem Proteststurm der Neutralen neben unverbindlichen Beruhigungserklärungen erkennen, daß diese Einsprüche ebensowenig wie die früheren berücksichtigt würden. Außer den bereits zur Gewohnheit gewordenen Klagen über die immer schwieriger werdende Lebensmittellage, über die unvorstellbare Unordnung in der innerenglischen Wirtschaft, über Einfuhrverluste, Preissteigerungen und Zunahme der Arbeitslosigkeit machten sich in stärkerer Maße auch optimistischere Betrachtungen über die Außenhandelsbeziehungen in den englischen Zeitungen geltend, die jedoch, kaum ausgesprochen, energische Dementis der mit durchsichtigen Lobeshymnen bedachten neutralen Staaten zur Folge hatten. So mußte man schließlich eingestehen, daß die mit Rußland vorgehene



Wirtschaftsverhandlungen seit Wochen ausweglos festgefahren waren und die Nachrichten über ein bedeutendes Abkommen zwischen Italien und England von italienischer Seite als „phantastisch“ bezeichnet wurden. Die Ankündigung des Schatzkanzlers Sir John Simon, daß der von England vom Jaun gebrochene Krieg der kostspieligste sei, den es jemals gegeben habe, und daß er bisher schon mindestens 6 Mill. Pfund täglich gekostet habe, kennzeichnet die Belastungsproben, denen der englische Steuerzahler ausgesetzt ist. Auch die Mitteilung, daß England gezwungen sei, seine Auslandswerte zu verkaufen, um die Kriegsausgaben im Ausland zu decken, war neben der weiteren Unsicherheit des englischen Pfundes keineswegs geeignet, die britische öffentliche Meinung mit großer Zuversicht in die eigene Wirtschaftsführung zu erfüllen.

Um so mehr wurde mit dem lautesten Stimmaufwand die Bildung eines englisch-französischen „Obersten Wirtschaftsrates“ als eine erlösende Tat verkündet. Die englische Befriedigung über die Verbindung der „gemeinsamen Kriegsanstrengungen der beiden Länder“, die am 18. November auf der in London abgehaltenen Beratung des Obersten Kriegsrates durch Chamberlain und Daladier beschlossen wurde, ist durchaus zu verstehen; denn es gelang dadurch, den französischen Kriegspartner nunmehr auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu unterwerfen und in völlige Abhängigkeit von England zu bringen. Frankreich war insofern im Nachteil, als Finanzminister Reynaud bei seinem Aufenthalt in London die Schwierigkeiten des durch die finanzielle Überbeanspruchung aus dem Gleichgewicht geratenen französischen Kriegshaushaltes bekennen mußte. Der beste Beweis für die wirtschaftliche Unterwerfung Frankreichs ist darin zu erblicken, daß nicht nur sämtliche Beratungen in London stattfanden, sondern auch der Sitz des „Obersten Wirtschaftsrates“ in London sein wird. Die Ernennung des französischen Finanzfachmanns Monnet zum Vorsitzenden des englisch-französischen Koordinationskomitees ist somit nur als eine Geste zu werten. Der gemeinsame Wirtschaftsplan sieht eine gemeinsame Aktion auf den verschiedensten wirtschaftlichen Gebieten vor, so u. a. bei Rohstoffen, der Schifffahrt, bei Munition, Öl, Lebensmitteln und der Einfuhr.

Die Bilanz des Obersten Wirtschaftsrates hat neben dieser für Frankreich sehr wenig schmeichelhaften Bedeutung aber auch noch das Eingeständnis zur Ursache, daß der bisherige Blockadeplan gegenüber Deutschland wirkungslos war und daß die deutsche Gegenblockade bereits von erheblichem Einfluß war.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Frankreich sind kaum abzusehen. Die Erschütterung der französischen Wirtschaft unter den Auswirkungen einer mit unzulänglichen Mitteln vorgenommenen Umstellung auf die Kriegswirtschaft sind bekannt und in der französischen Presse immer wieder trotz der Zensur erörtert worden. Die Vorteile dieses „Wirtschaftsbländnisses“ wird nur England haben, das nunmehr über die immer noch beträchtlichen Goldbestände Frankreichs in Höhe von nahezu 100 Milliarden Franken zur Stützung des englischen Pfundes und zur Bezahlung der Rüstungsbestellungen in den Vereinigten Staaten verfügen kann. Denn Gold steht England nach der Erschöpfung seiner Goldbestände in USA zur Bezahlung der vorgesehenen Waffenkäufe nicht mehr zur Verfügung, und der Verkauf der Aktienbestände an amerikanische Gesellschaften kann nicht unbegrenzt fortgesetzt werden. Nachdem der Pfundblock restlos gesprengt war, hat andererseits Frankreich seine Währung nach dem Wirtschaftsabkommen auf Gedeih und Verderb mit der englischen Währung verknüpft, die nunmehr mit dem Sturz des englischen Pfundes mit in den Abgrund gerissen werden. Der Ausschluß der Konkurrenz beider Länder bei Einkäufen in dritten Ländern hat nach den amtlichen Kommentaren den Zweck, die Preise zu drücken, so daß sich die Wirkungen des Abkommens in hohem Maße gegen die Neutralen richten, die an sich schon unter dem von England angezettelten Wirtschaftskrieg schwer zu leiden haben.

Die Klagen der neutralen Staaten über die völkerrechtswidrig gehandhabte englische Blockade nahmen auch in der zweiten Novemberhälfte ihren Fortgang, ohne allerdings von irgendeiner Wirkung auf die englischen Maßnahmen zu sein. Die Folge waren weiterhin Versorgungsschwierigkeiten und Erhöhungen der Lebenshaltung. Ein eindrucksvolles Bild der vergeblichen Anstrengungen Hollands, zu einer befriedigenden Lösung der Wirtschaftsschwierigkeiten mit England zu kommen, bot

das von der niederländischen Regierung veröffentlichte Orangebuch. Im Gegensatz zu England führten die Verhandlungen des Deutschen Reiches über die Beibehaltung und Verstärkung des Warenaustausches mit den neutralen Ländern zu weiteren positiven Ergebnissen. So wurden am 29. November die Besprechungen in Kopenhagen über die Gestaltung des deutsch-dänischen Warenverkehrs mit einem Abkommen abgeschlossen, nachdem der beiderseitige Warenverkehr im kommenden Jahre auf der Grundlage des laufenden Jahres durchgeführt wird.

Die Finanzministerkonferenz der amerikanischen Staaten in Guatemala wurde am 22. November abgeschlossen. Es wurde der Beschluß gefaßt, einen interamerikanischen Zentralorganismus in Washington zu bilden, dessen Aufgabe es sein soll, als Kompensationskammer und als Agent für Investitionen zu fungieren. Weiterhin wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß die Förderung des Wirtschaftslebens der amerikanischen Länder nur durch verstärkte Kapitalanlage in Industrie und Landwirtschaft möglich sei.

Dr. R.